

elan

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

Betriebsreport BASF

**Stufen, die zum
Himmel stinken**

Sexual-Report

**Alles über
Geschlechts
krankheiten**

elan-exklusiv —
auf den Spuren
israelischer
Verbrechen:

**Zwischen Suez
und Golan**



**DER 1. MAI
IST
ROT**



elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

Ausgezeichnet mit dem 1. Preis der Weltorganisation der Journalisten (IOJ) für kämpferische Berichterstattung und Solidarität mit dem vietnamesischen Volk (1968).

Ausgezeichnet mit dem Diplom des Weltbundes Demokratischer Jugend (WBDJ) für besonderen Einsatz im antiimperialistischen Kampf, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt (1973).

HERAUSGEBER
Bernhard Jendrejewski
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen Priemer, Karl Hubert Reichel, Ulrich Sander, Karl Heinz Schröder, Dr. Peter Schütt, Pastor Horst Stuckmann, Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKTEUR
Peter Bubenberger, Dortmund (verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT
Wolfgang Bartels, Peter Berg, Rainer Birenheide, Günter Boncelet, Elke Dahl, Jarken Diederich, Gisela Holzmüller, Reinhard Junge, Hartmut Schulze, Werner Maletz, Ingolf Riesberg, Georg Rohde, Ruth Sauerwein, Helga Riesberg, Werner Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG
Wolfgang Freitag

REDAKTION
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

**VERLAGS-
GESCHÄFTSFOHRER**
Werner Maletz

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,—
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,—
einschl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10 068 742
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 2032 90-600

DRUCK
Plambeck & Co. GmbH,
Neuss

Stimmung

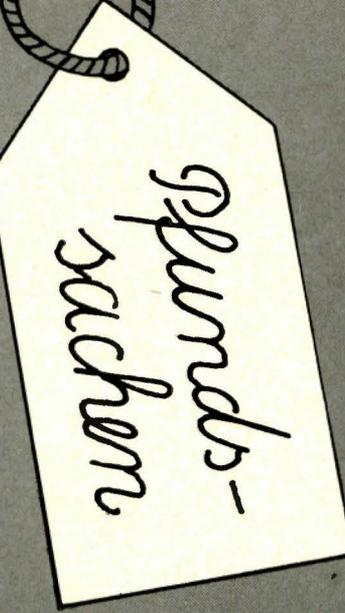
Er besteht aus mindestens zehn, höchstens fünfundzwanzig Mitgliedern — zu denen noch einige (nicht stimmungsberechtigte) Berater treten können. Buwe-Organ „Information für die Truppe“, 3/74

Eile

Butzbachs Polizeibeamte sinnierten... über eine möglichst treffende Definition für „Blitzer“ und fanden die Erklärung „Nudist in Eile“. Frankfurter Rundschau, 22. 3. 74

Präzise

Wenn Sie reden, dann sollten Sie, wenn Sie gut verstanden werden wollen, besonders Sie, was ja öfter bei Ihrer Arbeit, manchmal täglich sogar, jedenfalls sehr oft vorkommen kann, Schwieriges zu erklären haben, in solchen Sätzen wie diesen, die man Schachtelsätze nennt, nicht reden! „Der Ausbilder“, 3/74



Riesen zittern

Wenn Menschen Angst haben, wachsen sie. Durch die Angst steigt das Wachstumshormon im Blut. „Bild-Zeitung“, 27. 3. 74



„Oma geht mir nicht mehr allein aus. Letzte Woche wars der Geiger und heute ist's der Diskjockey aus'm Altersheim.“

Menschlichkeit

„Quelle“-Chef Schickedanz hat... seinen Katalog noch erweitert — um eine Seite Menschlichkeit. Wer arbeitslos wurde oder kurzarbeiten muß, braucht für die Dauer seiner persönlichen Krise bei „Quelle“ keine Raten zu zahlen... Ein Unternehmer, der sich verdient gemacht hat. „Bild-Zeitung“, 22. 2. 74

Streik-Verbrechen

Ein ehemaliger Mannesmann-Hüttenwerker warb sich bei der August-Thyssen-Hütte. Als das Wort „Mannesmann“ fiel, wären die Verhandlungen fast beendet gewesen. Dann stellte der Personalchef fest, daß der Bewerber von den Hüttenwerken wegen Kupferdiebstahls entlassen worden war: „Warum haben Sie das nicht gleich gesagt! Wir dachten schon, Sie hätten am Streik teilgenommen.“ Der Mann wurde eingestellt. Westfälische Rundschau, 1. 3. 74

Nachwahl

Wahlen sollen nicht nach 22 Uhr erfolgen, es sei denn, daß das betreffende Organ etwas anderes mit Zweidrittelmehrheit der noch vorhandenen Mitglieder beschließt. Ein dahingehender Antrag kann frühestens zwei Stunden nach Beginn der Versammlung gestellt werden. Satzung der SPD Dortmund-Ost

Zu Ihrer Sicherheit!

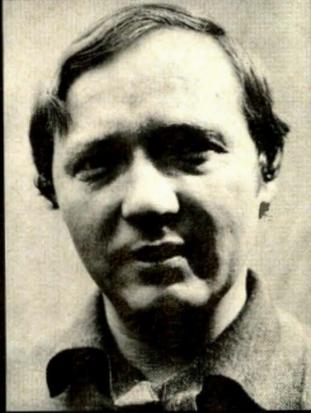
Deutsch-Amerikaner, ehemaliger Green Beret, Vietnam-Veteran, sucht interessante Aufgaben. Evtl. Bodyguard. Zuschriften unter „Zu Ihrer Sicherheit“.
Angebote unter WS 32 538 an WELT am SONNTAG, 2 Hamburg 36, Postfach.

Welt am Sonntag, 10. 3. 74

★★★★★★
INFAKT
 ★★★★★★

BASF-Report:
 Stufen, die zum Himmel stinken 4—7
 Cartoon 8
 Fußball-WM 74 9—10
Aktion
 Roter Kuckuck 12—13
 Arbeiterjugend in Aktion:
 Der Krieg der Bosse
 ... jetzt greif ich zur Geige /
 Totentotten bei
 Walbach 14—15
Sexualität:
 Alles über Geschlechts-
 krankheiten 16—17
Kurzgeschichte 18
Jugendpolitische Blätter:
 Bundesjugendkonferenz
 der IG Druck und Papier
 und der NGG / Zwei
 Briefe oder wer hat
 Angst vor elan? / Zur
 Situation der Schüler-
 bewegung 19—22
 elan-Polit-Poster 24—25
Forum
der Jugendverbände:
 Berichte von den Lan-
 deskonferenzen der
 SDAJ 27—30
Monatsmagazin:
 Mokicks: Rost am Rad /
 Volljährig mit 18 /
 Jugend in der UdSSR /
 Sportleitsätze der SPD /
 „... Kind zu sein
 dagegen sehr“ 31—34
**Revolutionäre im
 Interview:**
 Max Reimann 35
Internationales:
 Jugendgesetz
 in der DDR 36—37
 Chile: Freie Ausreise
 für Gladys Marin 41
 Nahost: Auf den Spuren
 israelischer Verbrechen
 zwischen Suez
 und Golan 38—40
 Leserforum 42—43
Kulturmagazin:
 Hallelujah! Vier Fäuste
 für Nobody Plattfuß /
 Morgens um sieben,
 abends um acht /
 elan-Börse 44—47
 Witze 48
 Beihefter: Soldat 74

Lieber Leser



wer sich mit Hilfe der bürgerlichen Presse ein Bild über DKP, MSB Spartakus und SDAJ macht, der sieht uns von einem Schwächeanfall in den anderen taumeln. Da überschlagen sich Springer und andere Zeitungen in den letzten Wochen mit Artikeln wie „Die Jugend nimmt Abschied vom Sozialismus!“ und „Die Marxisten verlieren an Boden!“ Ein bekanntes Nachrichtenmagazin stellt fest, daß die SDAJ in der Freizeitbewegung gar nichts zu sagen habe und „Die Welt“ meint zynisch, wegen ihrer sozialen Probleme hätten die Jugendlichen gar nicht den Nerv für „ferne“ politische Ziele.

Im Alltag des Lebens zeigt sich etwas ganz anderes: DKP, MSB Spartakus und SDAJ sind in ihrer Jugendarbeit vorangekommen — in Betrieben, Schulen und Hochschulen, in Wohnvierteln und Jugendheimen. Das zeigte sich in der Wahlanalyse zur Hamburger Bürgerschaftswahl 1974, wonach 10 Prozent aller männlichen und 5,7 Prozent aller weiblichen Jungwähler für die DKP stimmten. Das zeigt sich in der Aktivität des MSB Spartakus, der einflußreicher und zur stärksten politischen Studentenorganisation wurde. Das zeigten auch die Orts- und Landeskonferenzen der SDAJ, die von „elan“ und SDAJ durchgeführte Freizeitkonferenz und die insgesamt zunehmenden Aktivitäten von Lehrlingen, Jungarbeitern und Schülern. Während in Bonn öfter vom Null-Wachstum gesprochen wird, haben wir Wachstumsprobleme . . .

Angesichts der Krise in der kapitalistischen BRD, die sich in Wirtschafts- und Außenpolitik, in Regierung und bürgerlichen Parteien, in Sozial- und Jugendpolitik zeigt, sehen mehr Jugendliche als bisher, daß dieses System der Krise, Ausbeutung und Unterdrückung überwunden werden muß, daß der Sozialismus die Alternative dazu ist.

Von der Tribüne ihres IV. Bundeskongresses wird die SDAJ daher Anklage gegen Lohnräuber, Lehrplatzdiebe und Verfassungsfeinde erheben. Sie wird konkrete Vorschläge unterbreiten, wie die Jugend das beste aus ihrer Lage machen kann und wie sie grundsätzlich ihre Lage verändern kann. Im Entschließungsentwurf des SDAJ-Bundesvorstandes „Noch erfolgreicher für die Grundrechte der Jugend kämpfen!“ sind viele Vorschläge enthalten, mit dem sich die SDAJ an die sozialdemokratischen und christlichen Jungarbeiter, an liberal gesinnte Jugendliche wendet. Die Jugend kann ihre Grundrechte verwirklichen, wenn sich alle zusammentun. Junge und ältere Demokraten gemeinsam gegen junge und ältere Reaktionäre!

Der SDAJ wird eine zunehmende Sympathie zuteil: Neue Mitglieder organisieren sich in noch mehr Gruppen im sozialistischen Arbeiterjugendverband. Die Analysen und Aktionsvorschläge finden in der Öffentlichkeit mehr Beachtung. Viele ausländische Delegationen, die am 18./19. Mai in Hannover dabei sein werden, bringen ihre solidarische Verbundenheit mit der SDAJ zum Ausdruck. Wir sehen: Auf DKP, MSB und SDAJ kann man bauen. Wer sich auf Springer verläßt, der ist verlassen.

Rolf Priemer
 (Rolf Priemer)



STUFEN, die zum

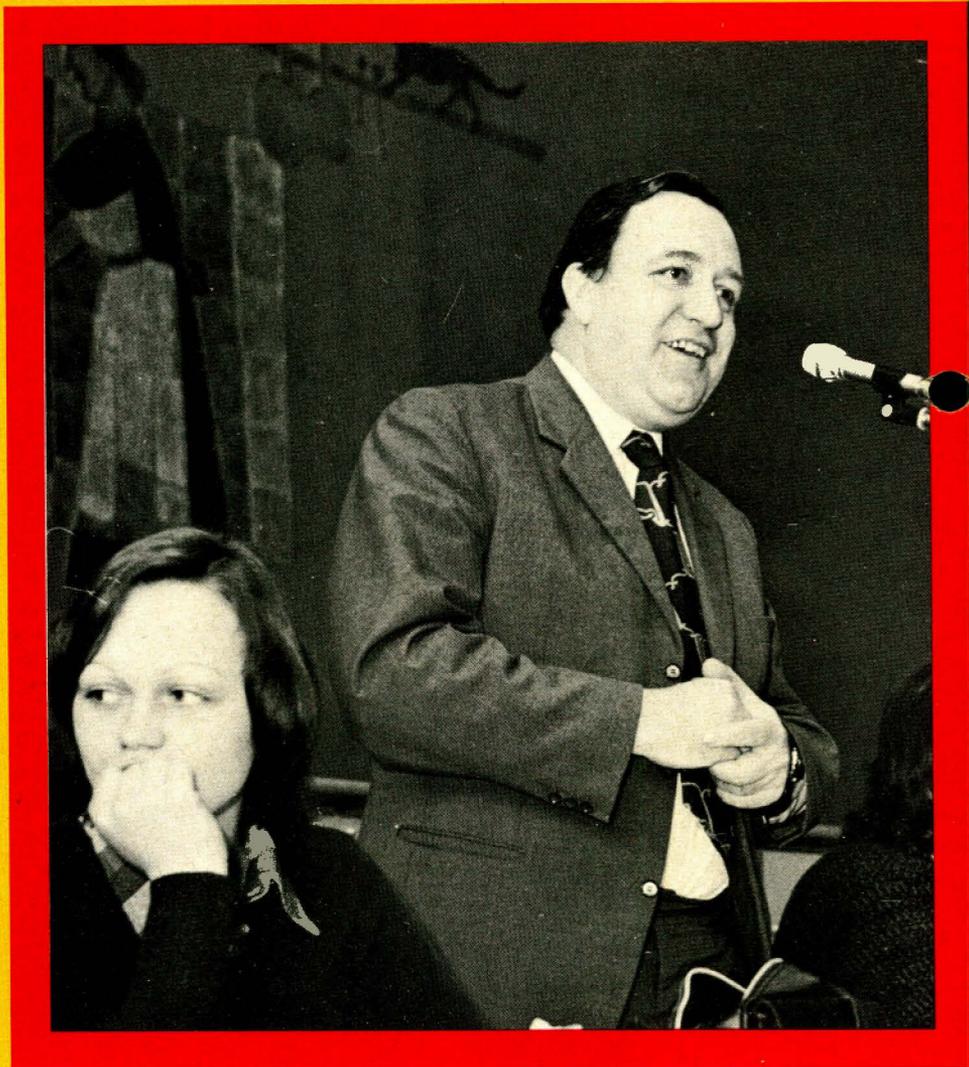
HIMMEL stinken

Von Ruth Sauerwein

Heute wird die Klinken in der Ludwigshafener Anilinstraße 7b nicht kalt! Hier ist der Sitz der Jugendvertretung vom Chemie-giganten BASF. Grund für den lebhaften Publikumsverkehr: die Tarifkommission tagt seit 11.00 Uhr. Und die BASF-Lehrlinge wollen wissen, wie ihre Sache steht. Bald drängen sich in dem kleinen Raum an die 30 Leute, und ständig knarren die Stufen von denjenigen, die das Haus nach weiteren Stühlen durchsuchen. Immer wieder hängen Roswitha Schwinn oder Nikolaus („Nicky“) Müller, zwei von ihren Jugendvertretern, am Telefon: „Wie sieht es aus? Unsere Kollegen wollen eine Antwort!“

Endlich, um 13.00 Uhr, hat Nicky Dietmar Thieser, den Vorsitzenden der Jugendvertretung, an der Strippe. In dem Raum wird es ausnahmsweise mal still. „10 Prozent für die erwachsenen Kollegen. Für die Lehrlinge noch keine konkreten Zahlen!“

Das erste Angebot der Bosse. Die Lehrlinge sind sauer. „Die brauchen wohl wieder Nachhilfeunterricht wie im letzten Jahr!“ meint einer mit langen rötlichen Haaren. Ein Teil zieht ab, um den Kollegen die Nachricht mitzuteilen. Neue kommen hinzu, nehmen die noch vorgewärmten Stühle ein. „Nicky, ruf noch mal an. Das kann doch nicht deren Ernst sein.“





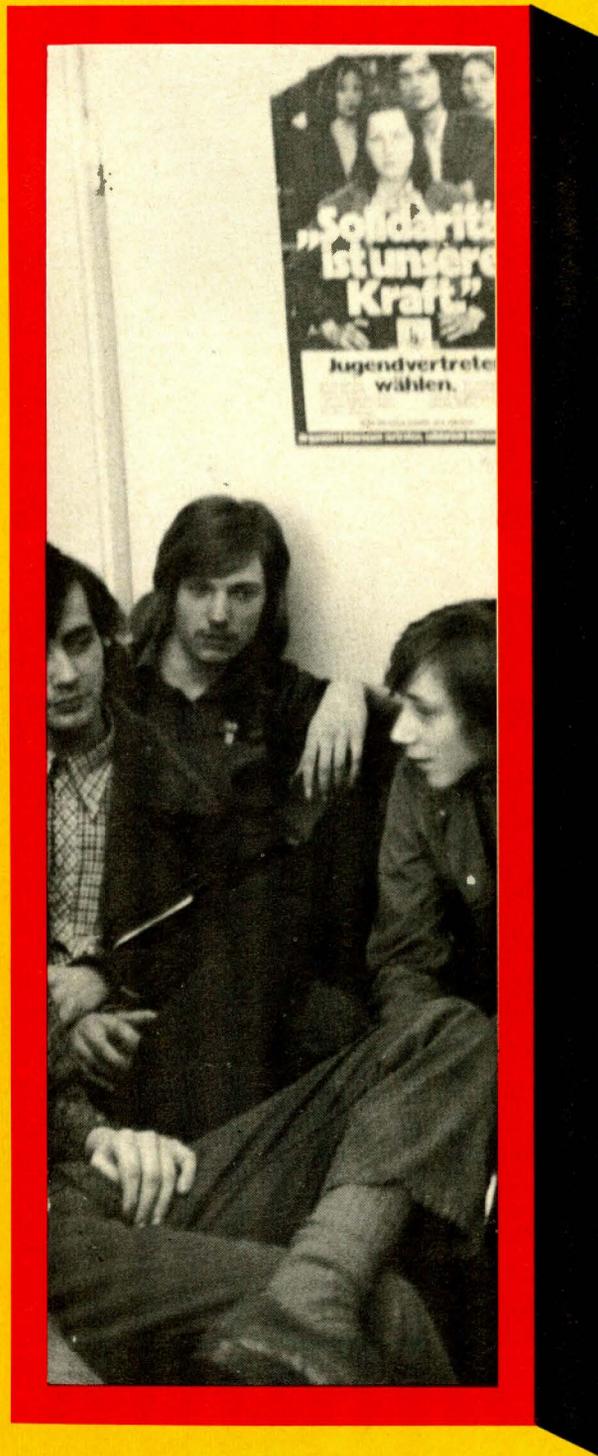
Mit ihrem Profit war es den BASF-Bossen immer bitterernst.

22. April 1915, 1. Weltkrieg. Im Frontabschnitt Ypern in Belgien werden 6000 mit Gas gefüllte Flaschen geöffnet. Tausende von Menschen sterben an qualvollen Erstickungstod. Produziert wurde dieses Gas in Ludwigshafen, bei der BASF. Der lautlose Tod wurde das Geschäft. 1925 schließt sich die BASF mit anderen Chemie-Giganten zum IG-Farben-Konzern zusammen.

1936: Eine weitere profitträchtige Erfindung wird gemacht: das Giftgas Tabun. Die von Tabun Betroffenen sterben unter entsetzlichen Krämpfen. Beliebtestes Experimentierfeld der IG Farben: das KZ Auschwitz. So werden die KZ-Häftlinge von den Bossen doppelt mißbraucht. Einmal als kostenlose Arbeitskräfte in den Werkstätten bei den Konzentrationslagern. Dann, wenn sie total ausgelaugt waren, zur Vernichtung in den Gaskammern. Fritz Ter Meer, einer der führenden Männer der IG Farben nach dem Krieg: „Diesen KZ-Häftlingen ist dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden, da man sie ohnehin getötet hätte.“

Nach dem Krieg schrieb der US-Wirtschaftswissenschaftler Sasuly: „Die IG verstand es immer, Geld zu machen. Selbst in die Krisenjahre arbeitete sie noch mit Gewinn. Aber nach 1932 wurde sie zur Goldgrube. In jedem Jahr stiegen Umsätze und Profite sprunghafter an. Der Bruttogewinn von 1943 war 16mal so groß wie im Jahre 1932.“

Diese Gier nach Profit ist der BASF auch heute eigen. 1973 erzielte der Konzern eine Gewinnsteigerung von 45,6 Prozent bzw. 1,05 Milliarden DM. Anfang des Jahres erhöhten die Bosse die Preise für Düngemittel um 30 Prozent. Und bei den Kontaktbüros für Verbraucheraufklärung häuften sich die Klagen der Kunden, die glaubten, 250-Gramm-Packungen gekauft zu haben, die dann nur 200 Gramm enthielten. Wie sagt man so schön: Geld stinkt nicht. Und die BASF-Bosse holen es sich da, wo sie es kriegen können.





BASF- Betriebsreport

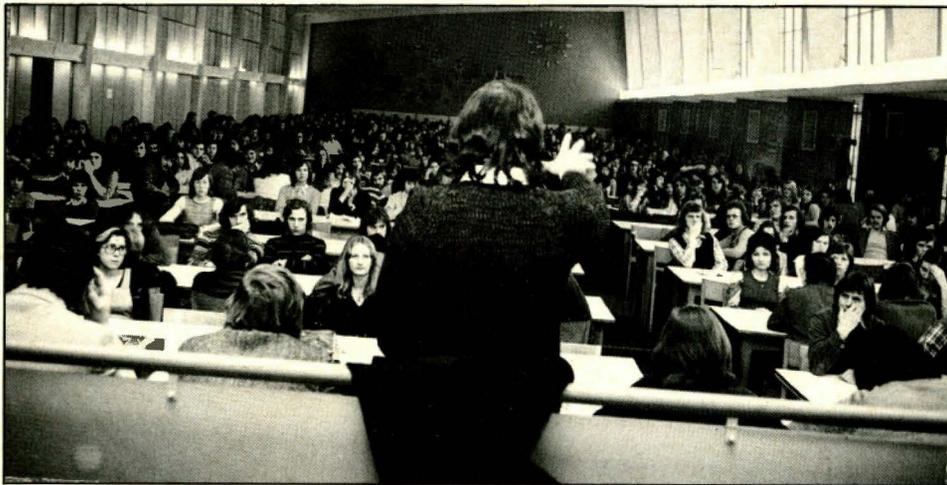
Da färbte sich das Bettzeug grün!

„Ach und dann die Sache mit der Beschäftigung von Jugendlichen in den Farbenbauten! Meine Mutter bekam vielleicht Augen, als sie ihren Sohn stark grün gefärbt wieder erblickte. Und das Bettzeug war am anderen Morgen auch grün. Das Zeug setzt sich nämlich in die Haut und geht erst nach einigen Tagen wieder raus!“ So erzählt einer der Jungens im Raum.

Auch Gruppenakkord für Lehrlinge gibt's, und häufig stehen Lehrgesellen selbst im Akkord, so daß sie sich recht wenig um ihre Lehrlinge kümmern können. Jetzt fordert die Jugendvertretung im Auftrag einer Jugendversammlung, daß diese Kollegen aus dem Akkord rausgenommen werden und dafür eine Vergütung erhalten.

Kein Wunder, daß überraschende Besuche von Jugendvertretern und Betriebsräten nicht gern gesehen sind. In M 400 („ein Bau mit Lehrecke“) wurde ein Jugendvertreter rausgeschmissen, als er nach dem Rechten sehen wollte. Der uns bereits bekannte Herr Schließer drohte mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch!

„Auf der letzten Jugendversammlung haben wir es diesem sauberen Herrn aber mal gezeigt. Die ganzen Sachen kamen zur Sprache. Da stand er und wich aus. Außerdem brüskierte er die Jugendvertretung. Da läuft jetzt noch ein Schriftwechsel zwischen uns und der Werksleitung.“



Größter Ausbilder der BRD

Diese Tatsache lernen die Lehrlinge von BASF beizeiten kennen. Mit über 3000 Lehrlingen ist die BASF wohl einer der größten Lehrlingsausbilder in der BRD. Zahlreiche Berufe werden hier vermittelt: vom Gärtner bis zum Chemiefacharbeiter. Textil- und Fotolaboranten, technische Zeichner, Starkstromelektriker und Schlosser werden ausgebildet. Wie ein Magnet zieht die BASF in jedem Jahr die Schulabgänger aus Ludwigshafen und den umliegenden Städten und Dörfern an. Ja, aus der ganzen BRD kommen die Lehrlinge. Denn die Berufsausbildung in dem Chemieriesen ist besser als in den vielen Kleinbetrieben und Quetschen der Umgebung. In diesem Jahr sind die Lehrstellen schon seit Januar/Februar so ziemlich vergeben. Noch gestern abend erzählte mir Peter Tanzmeier, Jugendvertreter bei BASF: „Als ich vor einigen Jahren bei der BASF anfang, konnte ich noch im August die Prüfung machen, um im Oktober anzufangen. Die BASF selbst hat zwar keine Ausbildungsplätze abgebaut, aber sonst sieht es bei uns übler aus

mit Lehrstellen als sonst.“ Wegen dieses starken Andrangs hat BASF auch die Werbung von Jugendlichen in der weiteren Umgebung gestoppt. Die bleiben nach Abschluß der Lehre sowieso selten da.

Und wie sieht es für die Glücklichen aus, die eine Lehrstelle ergattert haben? Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz wird es doch wohl in so einem Großbetrieb nicht geben! Oder? Zollhofstraße in Ludwigshafen: Hier werden die technischen Zeichnerinnen ausgebildet. Wer einen Pausenraum sucht, kann sich hier Stielaugen holen — sonst aber auch nichts. Im September 1973 bemängelte die Jugendvertretung diesen offenkundigen Verstoß gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz und bestand auf einer Änderung. Die Jugendvertretung erhielt auch eine Zusicherung, daß der Pausenraum eingerichtet werden sollte. Dann passierte erst mal einige Zeit nichts. Auf einen erneuten Vorstoß der Jugendvertretung hin erklärte Herr Schließer, Verantwortlicher für die Berufsausbildung im handwerklichen Bereich: „Das sind Kindereien, über die ich mich mit der Jugendvertretung nicht unterhalte!“

So geht's nicht, Herr Schließer!

Seit einem Jahr haben die Lehrlinge im Bereich Elektrotechnik eine neue Errungenschaft. Sie heißt: Stufenausbildung. Die Ausbildung soll jetzt in zwei Stufen erfolgen, von denen die erste zwei Jahre umfaßt. Die Erfahrungen mit dem Krupp-Stufenplan haben gezeigt, daß die Bosse die Stufenausbildung dazu mißbrauchen wollen, um so ein breites Heer von angelernten Arbeitern und eine Elite von Facharbeitern heranzubilden. Darum erreichte die Jugendvertretung zusammen mit dem Betriebsrat eine Vereinbarung, nach der allen Bewerbern die Möglichkeit gegeben werden muß, nach bestandener Abschlußprüfung der Grundstufe 1 die Ausbildung in der Aufbaustufe bis zum Abschluß fortzusetzen. Und zwar soll das auch für Bewerber gelten, die sich zunächst nur für die Ausbildung in der Grundstufe beworben haben.

Wie sich diese Betriebsvereinbarung bewährt, wird das kommende Jahr zeigen. Bis jetzt steht nur fest, daß sich ein Großteil der Neuen erst einmal für einen Lehrvertrag über zwei Jahre entschieden haben. Grund: ihnen und ihren Eltern war gesagt worden, daß bei einem Vertrag über 3 1/2 Jahre die Prüfung nach zwei Jahren nur als Zwischenprüfung gilt.

Zwei Stufen zum Erfolg?

Wenn sie dann nach den 3 1/2 Jahren möglicherweise durch die Prüfung fallen, wird diese Zwischenprüfung nicht anerkannt. Während bei einem zunächst auf zwei Jahre befristeten Vertrag diese Prüfung anerkannt wird. Klar, daß sich dann die meisten erst einmal für den befristeten Vertrag entscheiden, obwohl sie hinterher weitermachen wollen. Und der Betrieb hat ja auch erneut zugesichert, daß jeder, der will, nach der ersten die zweite Stufe der Ausbildung erklimmen darf. Oder nicht?

„Und wie soll es nach diesen zwei Jahren mit der Ausbildung weitergehen?“ „Tja, dafür liegt noch kein klares Konzept vor“, schaltet sich Jugendvertreterin Uta ein. „Auch, wo die Lehrlinge der zweiten Stufe untergebracht werden sollen, steht noch in den Sternen. Es sollte ein neues Ausbildungszentrum gebaut werden. Aber da hat sich noch nichts getan. Es wird bestimmt 1980 darüber. Und im Betrieb, die Ausbildungsplätze sind jetzt schon voll ausgelastet. Das wird sich noch zeigen müssen, wie die Ausbildung in der zweiten Stufe weiterläuft.“

außen schlägt die Tür. Ein weiterer Lehrling schiebt sich in die drangvolle Enge. „Noch nichts Neues? Wie steht es übrigens mit den Listen zur Jugendvertreterwahl? Wir müssen doch die Unterschriften zusammenkriegen.“

Wahl einer Jugendvertretung

„Wie bereitet ihr die Jugendvertreterwahlen denn vor?“ „Wir haben Mitte Mai die Wahlen. Inzwischen haben wir 22 Kandidaten und davon neun Spitzenkandidaten aufgestellt. Und zwar wurden die Kandidaten auf einer Versammlung von Jugendsprechern gewählt. Diese Jugendsprecher werden von den Lehrlingen ihrer Gruppe gewählt. Wir bemühen uns, aus diesen Jugendsprechern einen funktionierenden Jugendvertrauensleutkörper aufzubauen. Wir haben viel mit den Leuten diskutiert, so daß heute von den 80 Sprechern nur noch

drei nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Diese Jugendsprecher sind eine große Hilfe bei der Vorbereitung der Jugendvertreterwahlen. Schwerpunkte der Arbeit der künftigen Jugendvertretung werden sein: Aufbau des Jugendvertrauensleutkörpers, Urlaubsangleichung für alle Lehrlinge, also daß alle 24 Tage Urlaub haben, auch wenn sie älter als 18 sind; Einführung von drei Wochen Bildungsurlaub; die Jugenddörfer, dabei insbesondere die Taschengeldregelung in diesen Heimen. Diese Forderungen sind auch schon auf den letzten Jugendversammlungen diskutiert worden und werden weiter unter den Lehrlingen diskutiert.“

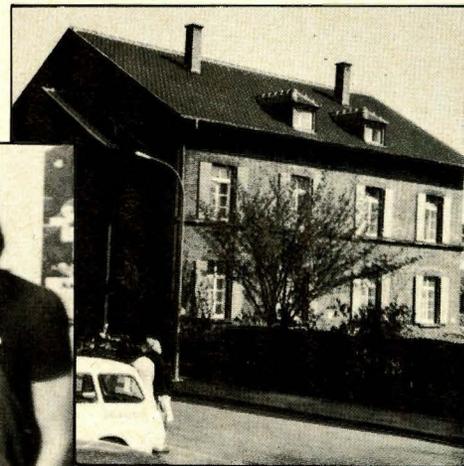
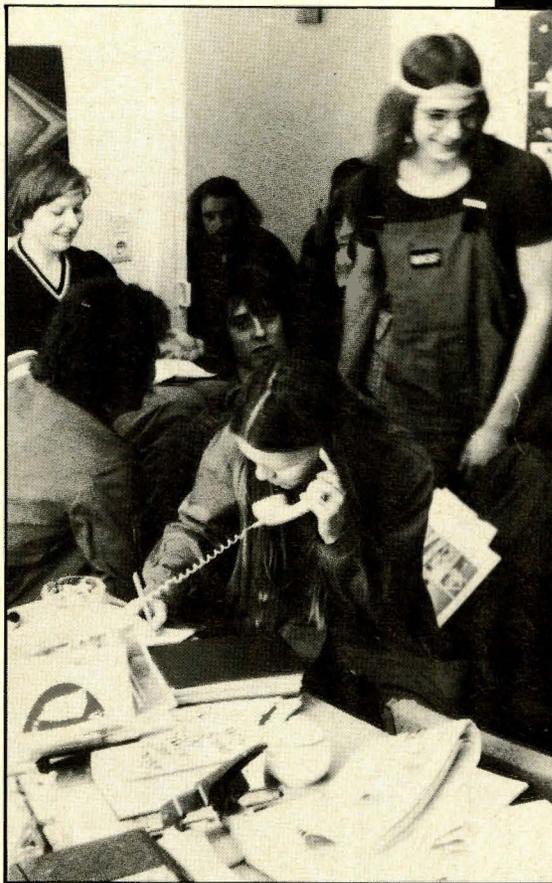
Peter ergänzt: „Diese Jugendvertretung hat in den letzten beiden Jahren auch einiges durchsetzen können, z. B. die volle Lehrmittelfreiheit für Lehrlinge, also daß auch die Bücher, Rechenschieber usw. von der BASF bezahlt werden. Für einen Chemielaboranten macht das so etwa 183 DM aus. Im Moment ringen wir noch darum, daß die Essenspreise für Lehrlinge gesenkt werden. Da sind wir noch dran.“

Noch etwas kennzeichnete die Arbeit der jetzigen Jugendvertretung: Vier Jugendvertreter erhielten innerhalb

von anderthalb Jahren ihren Stellungsbeehl zum Bund, darunter auch der 1. und der 2. Vorsitzende. Und zwei haben ihre Zeit dort auch abgeleistet. Siegmund Hein und Peter Tanzmeier. Einer brauchte aus gesundheitlichen Gründen nicht. Als Anfang 1974 auch noch Dietmar Thieser, der Vorsitzende der Jugendvertretung, „zu den Fahnen eilen“ sollte, war das Maß übergelassen. („Das war doch kein Zufall mehr!“ meint eine Stimme aus dem Hintergrund.) Die Lehrlinge und der Stadtjugendring solidarisierten sich. Sie brachten den Fall an die Öffentlichkeit und erreichten, daß Dietmar weiter ihr Vorsitzender bleiben konnte.

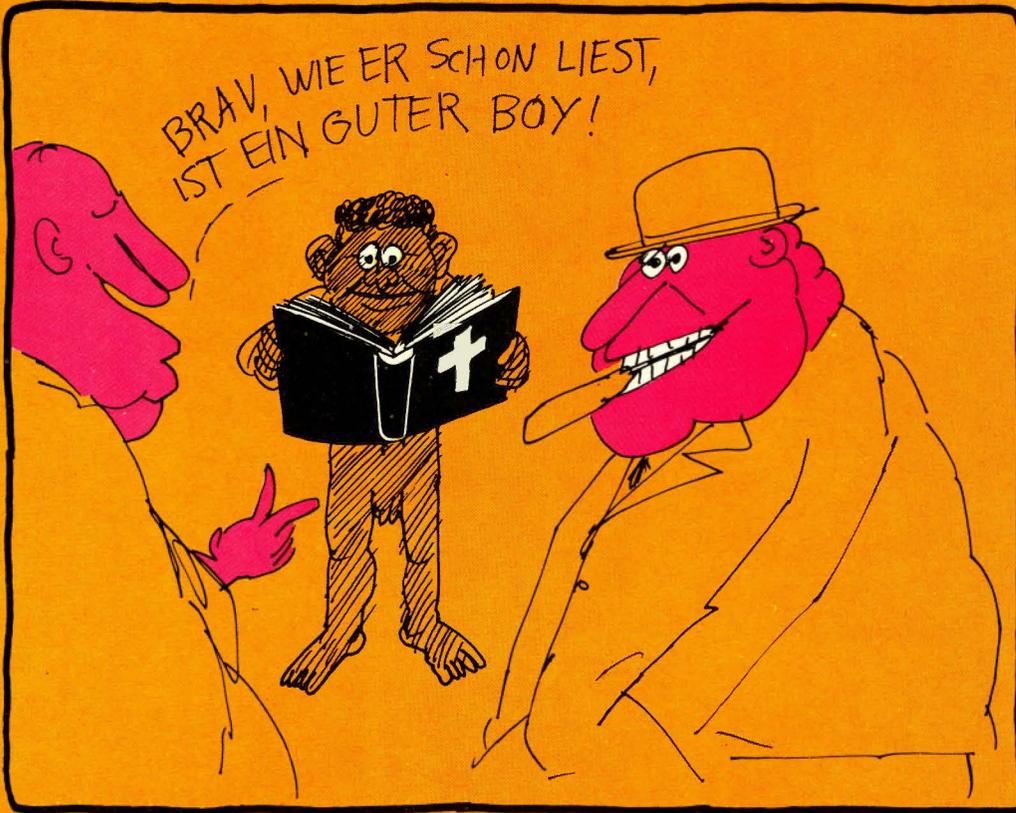
Kann das noch Zufall sein?

Und jetzt sitzt Dietmar statt im Schützengraben in der Tarifkommission, und hier lauern seine Kollegen darauf, daß er neue Ergebnisse durchgibt. Und so lernen die BASF-Lehrlinge hier nicht nur einen Beruf, sondern auch, daß Arbeiter für ihre Rechte gemeinsam kämpfen müssen, daß Solidarität siegen hilft!

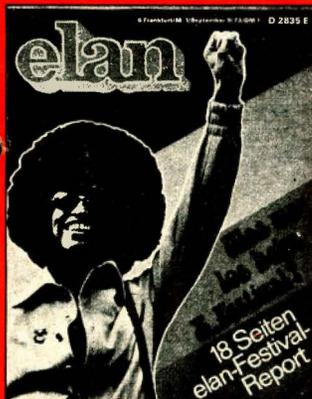


Anilinstr. 7b: bei der Jugendvertretung herrscht Hochbetrieb. Alle lauern auf die ersten Ergebnisse in der Tarifrunde!

KAPITAL(es) Wissen



elan - LESER TESTEN elan



4



5



1



3

4317mal haben elan-Leser die Gelegenheit genutzt, ihr sozialistisches Jugendmagazin kritisch unter die Lupe zu nehmen. Eine Woge von Testbogen hat sich über die Redaktion ergossen, und aus diversen Räumen im Brüderweg 16 hört man unverständliches Gemurmel: „Pfundsachen gut, Forum gut, Witze mäßig.“ Das sind elan-Redakteure beim Auswerten der Testbogen. Auf jeden Fall: Dank allen Lesern, die durch ihren Test die Arbeit der Redakteure wirksam unterstützen. Und — nicht vergessen: vielleicht ist auch diese und die folgenden elan-Ausgaben eines Testes würdig. Die Meinung unserer Leser interessiert uns ständig!



Und das kam unter anderem beim Test rum:

Der typische elan-Leser ist 19 Jahre alt, überwiegend männlichen Geschlechtes (75 Prozent), wohnt in der Großstadt und ist Lehrling, Arbeiter, Angestellter (60 Prozent) oder Student, Fachschüler, Schüler (40 Prozent). Er liest eine Tageszeitung (96 Prozent), gehört einem Jugendverband an (90 Prozent) und hat als häufigstes Hobby Lesen (80 Prozent) — aber auch Fußball, Wandern und Fotografieren. Weiter ergibt unsere „Hochrechnung“ kurz vor Redaktionsschluß: Jeder 2. Leser ist für weiteres monat-

liches Erscheinen, ein gutes Drittel für 14tägiges und etwa jeder 10. für einen wöchentlichen elan. Mit dem Preis sind 90 Prozent einverstanden — ein gleich hoher Prozentsatz hält elan-Informationen und Reportagen für eine persönliche Hilfe.

elan-Leser finden, ihr Jugendmagazin ist:

kämpferisch	55 %/0
interessant	72 %/0
frech	5 %/0
gründlich	25 %/0
informativ	78 %/0
modern	26 %/0
ängstlich	0,7 %/0
langweilig	2 %/0
müde	1,5 %/0
oberflächlich	6 %/0
ohne Informationswert	1,5 %/0
altmodisch	0,2 %/0

elan bringt nach Leser-Meinung die richtige politische Mischung (75 Prozent). Verstärkt wird vor allem die Behandlung von Betriebsreportagen, Schülerfragen, internationalen Themen und Kultur gewünscht.

Besonders gut schnitten beim Test der Rote Kuckuck, die sozialpolitischen Themen, sowie Jugendpolitische Blätter und Forum der Jugendverbände ab. Überwiegend negativ (60 Prozent) reagierten die Leser auf die Witz-Seite.

Und das sind die populärsten Titelbilder der letzten Monate:

1	=	9 %/0
2	=	3 %/0
3	=	7 %/0
4	=	35 %/0
5	=	30 %/0
6	=	7 %/0
7	=	5 %/0
8	=	4 %/0

Zu den politischen Grundfragen äußern sich elan-Leser so:

Die Bundesregierung ist überwiegend unternehmerfreundlich (90 Prozent). An den Preissteigerungen sind die Unternehmer schuld (93 Prozent) und die Regierung (36 Prozent). Wirksame Mitbestimmung haben Arbeiter und Lehrlinge nicht (92 Prozent).

Die Verständigungspolitik mit den sozialistischen Ländern läuft nicht gut, weil die Bundesregierung blockiert (65 Prozent). 20 Prozent geben beiden Seiten die Schuld und 10 Prozent sagen „läuft gut“.

Durchgängig fordern elan-Leser von der Bundesregierung eigene Beiträge zur Abrüstung. 76 Prozent der Leser halten die Politik der Bundesregierung für imperialistisch, 23 Prozent meinen „unentschieden“.

Für die elan-Redaktion resultiert aus dem Test: elan kann und muß noch besser werden, entsprechend den geäußerten Leser-Wünschen. Der Test 1974 ist für uns Auftrag und Ansporn.

SDAJ-Pfingstcamps:

Nur noch ein schlapper Monat, dann ist es soweit: Vom Samstag, 1. Juni 1974 bis Montag, 3. Juni 1974 laufen die Pfingstcamps der SDAJ — zehn insgesamt, durchgeführt von den Landesverbänden der SDAJ.

Und da geht's dann natürlich auch um die elan-Pokale, die in jedem Landesverband ausgespielt werden. Für alle Mannschaften, die noch nicht mit dem Training begonnen haben, wird es jetzt höchste Zeit!

Mitmachen kann übrigens jeder, egal ob SDAJ'ler oder nicht. Da wird jede Menge los sein: Allein das Pfingstlager soll 2000 Teilnehmer stark sein.

Auch der Preis ist attraktiv: Drei Tage, einschließlich Verpflegung und Unterkunft, werden 40 Mark kosten.

Dazu ein Programm, das noch nie auf einmal geboten wurde. Gäste aus der Sowjetunion sind dabei, die „Flöhe“ kommen, und Dietrich Kittner hat zugesagt. Eingeladen ist auch ein Vertreter der Unidad Popular aus Chile, der über den tapferen Kampf der chilenischen Genossen und Freunde berichten wird.

Und hier sind die Anschriften, wo man sich für die Pfingstlager anmelden kann:

Nordrhein-Westfalen:
am Echtzer Badeseesee
bei Düren
Anmeldung an:
SDAJ-NRW
43 Essen,
Bersonstraße 11

Schleswig-Holstein:
am Himmeldorfer See
Anmeldung an:
SDAJ-Schleswig-Holstein
23 Kiel,
Schulstraße 8/Ecke Augu-
stenstraße

Bayern:
in Sonthofen (Allgäu)
Anmeldung an:
SDAJ-Bayern
8 München 2,
Alzheimer Eck 5

Hamburg:
am Plöner See
Anmeldung an:
SDAJ-Hamburg
2 Hamburg 50,
Pallmaille 106a

Bremen:
bei Wilhelmshaven
Anmeldung an:
SDAJ-Bremen
28 Bremen,
Osterdeich 50

Niedersachsen:
Camping Allertal bei
Engelshausen
Anmeldung an:
SDAJ-Niedersachsen
3 Hannover,
Walter-Gieseck-Strasse 85

Baden-Württemberg:
in Weisweil bei Freiburg
Anmeldung an:
SDAJ-Baden-Württemberg
7 Stuttgart 1,
Filderstraße 61

Rheinland-Pfalz:
Anmeldung an:
SDAJ-Rheinland-Pfalz
65 Mainz,
Kreyßigstraße 11

Saar:
internationales Freund-
schaftslager
Anmeldung an:
SDAJ-Saar
66 Saarbrücken,
Hohenzollernstraße 78

Hessen:
bei Lollar, zwischen Gießen
und Marburg
Anmeldung an:
SDAJ-Hessen
6 Frankfurt/Main,
Leibnizstraße 3



JEDER KÄMPT MIT



Liebe Genossen von der Elan
Hiermit möchten wir uns für
Pfingsten anmelden. Wir sind
aus Genossen der Jungsozialisten
Wichtig für uns wäre bald von
Turnierbestimmungen lauten
Stattfindet.

Wir würden uns sehr freuen
nehmen zu dürfen.



ANN MACHEN!



Hier wird gespielt



Niedersachsenstadion Hanover

Fassungsvermögen: 58 700
(vor dem Ausbau: 75 000)
Sitzplätze: 39 000
(davon 18 000 überdacht)
Stehplätze: 19 700

Parkstadion Gelsenkirchen
Fassungsvermögen: 70 000
Sitzplätze: 36 000
(davon 22 200 überdacht)
Stehplätze: 34 000

Rheinstadion Düsseldorf
Fassungsvermögen: 69 600
(vor dem Ausbau 46 600)
Sitzplätze: 37 800
(davon überdacht: 20 000)
Stehplätze: 37 800

Volksparkstadion Hamburg
Fassungsvermögen: 66 600
(vor dem Ausbau: 71 900)
Sitzplätze: 27 800
(davon 18 200 überdacht)
Stehplätze: 32 800

Neckarstadion Stuttgart
Fassungsvermögen: 73 400
überdachte Sitzplätze: 20 200

Waldstadion Frankfurt
Fassungsvermögen: 62 200
(vor dem Ausbau: 70 800)
Sitzplätze: 29 200
(davon 19 300 überdacht)
Stehplätze: 33 000

Olympiastadion München
Fassungsvermögen: 74 200
Sitzplätze: 44 200
(davon 24 700 überdacht)
Stehplätze: 30 000

Westfalenstadion Dortmund
Fassungsvermögen: 53 600
Sitzplätze: 16 600
(alle überdacht)
Stehplätze: 37 000
(davon 33 000 überdacht)

Olympiastadion Westberlin
Fassungsvermögen: 85 000
(vor dem Ausbau: 86 000)
Sitzplätze: 61 800
(davon überdacht: 27 500)
Stehplätze: 23 200

Lörrach 6, den 16. 3. 74
Redaktion!
Elan-Fußballturnier an
eine Mannschaft bestehend
aus den SDAJ Lörrach
wird Euch zu erfahren, wie die
und wo das Turnier für uns
am Fußball-Turnier teil-

Am 12. Juni 1974 (Poststempel) ist Einsendeschluß für die elan-Preisfrage zur Fußball-WM „Wer schießt die meisten Tore“.
Dazu erwarten wir von Euch noch jede Menge Tips!!!

Redaktion elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16.
Wir nehmen am Fußball-Turnier um den elan-Pokal teil!
Wir sind eine:
 Vereinsmannschaft
 Theken-/Stadtteilmannschaft
 Jugendzentrumsmannschaft
 Mannschaft der (Gruppe/Organis.)

Redaktion elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16.
Mein Tip:
(Name des Spielers) (Land)

schießt bei der Fußball-WM 1974 die meisten Tore!
Meine Anschrift:

Wir haben folgende Anschrift:

(Unterschrift)

Der Anmeldeschluß ist der 10. Mai 1974.

Düsseldorf

Girgensohn- der Kuckuck kommt

Anlässlich der Veröffentlichung des Entwurfes des Schülerförderungsprogramms der SDAJ führte der Marxistische Schülerbund Düsseldorf eine „Schüler-Fete“ durch, auf der dem NRW-Kultusminister Girgensohn der „Rote Kuckuck“ verpaßt wurde. Grund: Girgensohn hat sich in der Vergangenheit dadurch ausgezeichnet, daß er das Schulmitwirkungsgesetz verschleppte und damit den Schülern die Mitbestimmung verweigerte.

Als Helfer der CDU und ihrer Schülerorganisation, dem „Bund Demokratischer Schüler“, zeichnete sich der Direktor des Görres-Gymnasiums, Heggemann, aus: Er verbot den Schülern mittags den Raum, in dem abends die Fete plus Kuckucksverleihung steigen sollte. Spontan führten die Schüler vor dem Görres-Gymnasium ihre Fete durch, um dann anschließend im Republikanischen Centrum mit über 150 Schülern einer Puppe an Stelle von Girgensohn den Kuckuck zu verpassen.

Anschließend führte ein Straßentheater der SDAJ das Stück „Die Steppensau“ auf. Für Stimmung sorgte eine Düsseldorfer Jazz-Band.

Köln

„... müssen wir Sie pfänden!“

Die SDAJ Nippes wollte einmal die guten Taten der Fa. Siemens zusammenstellen. Doch leider fand sie keine.

DER ROTE KUCKUCK IN AKTION

Im Gegenteil: Trotz gewaltiger Profite konnten sich die Siemens-Bosse nicht entschließen, für das dringend gebrauchte Kinderkrankenhaus in Nordvietnam eine Spende zu geben. Jugendvertreter, die der Firmenleitung zu aktiv sind, setzt man auf die Straße. Beispiele: Albert Heidinger und Thomas Walterscheidt. Gegen zahlreiche Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes wird verstoßen. Daß man bei Siemens

eine schlechte Ausbildung erhält, zeigt die 80prozentige Durchfallquote bei der letzten Zwischenprüfung des 3. Lehrjahres. Aus all diesen Gründen hat die SDAJ Nippes Siemens mit dem Roten Kuckuck im Interesse der Arbeiterjugend gepfändet.



Offenbach

Auf der Flucht

Lehrer Hüttenhain ist auf der Flucht. Vor wem? dem Roten Kuckuck, der ihm mächtig auf den Fersen ist. Klaus Hüttenhain ist Lehrer an der August-Bebel-Kreisberufsschule. Im Sozialkundeunterricht vertritt er Meinungen, die zwischen CDU- und NPD-Parolen angesiedelt sind. Schon seit Jahren gibt es Konflikte mit ihm. Dreimal versuchten Schüler, ihn mit dem Roten Kuckuck aus dem Verkehr zu ziehen, aber ebenso oft war und blieb Herr Hüttenhain verschwunden. Er überließ es dem Direktor, ihn zu verteidigen. Was dieser auch ausgiebig, auch unter Anforderung von Polizeischutz, tat. Bei den Schülern gab es viele Diskussionen, und es werden sicher noch weitere Aktionen zur Verbesserung der Lernbedingungen folgen.



Koblenz

Kuckucks-Großeinsatz

Großeinsatz für den Roten Kuckuck in Koblenz: Anlässlich der feierlichen Eröffnung des neuen Koblenzer Berufsschulzentrums unter Beteiligung der gesamten Bildungsmafia von Rheinland-Pfalz wurde das Gebäude der Koblenzer Bevölkerung zur Besichtigung freigegeben. Die SDAJ nutzte diesen Tag, um dieses Gebäude mit dem Roten Kuckuck zu pfänden. Angeklagt wurde der immense Lehrermangel, die überhöhten Kantinepreise, die Tatsache, daß in einer Klasse sieben Berufe und dabei noch drei Lehrjahre unterrichtet werden, das Fehlen

einer Sporthalle und die teuren und schlechten Busverbindungen.

Im Rahmen der Vorbereitung des Internationalen Frauentages wurden die Aktionäre des Kaufhof-Konzerns angeklagt unter dem Motto: „Sessel für Bosse — keine Stühle für Verkäuferinnen. Profit auf Kosten der Gesundheit.“ Auch dem Kaufhof wurde der Rote Kuckuck verabreicht. Am Ende der Aktion bekam eine Verkäuferin mit freundlicher Empfehlung einen Stuhl überreicht.

Während einer Sandwich-Demonstration durch die Koblenzer Innenstadt wurde Solschenizyn der Rote Kuckuck für Weltmeisterschaft im Antikommunismus verpaßt. Eine große Buchatrappe vor einem Bücherladen wurde beschlagnahmt.

Minden

509 flogen raus

Puddingkönig Oetker hat seine Finger bekanntlich in vielen Sachen drin. Auf einen dieser Finger hackte jetzt mal kräftig der Rote Kuckuck. Ende des letzten Jahres mußte in Minden der Lemke-Betrieb schließen, wobei 509 Arbeiter und Angestellte auf die Straße flogen — darunter auch viele Jugendliche. An der Schließung der Lemke KG hatten die Oetker-Unternehmen (Lampe-Bank und Windsor-Kleiderwerke) maßgeblichen Anteil. Mit Lemke wurde ein Konkurrent der Windsor-Kleiderwerke aus dem Wege geräumt. Die Lampe-Bank ließ Lemke mit allen Halbfertigwaren im Wert von etwa 1,2 Millionen DM zur Sicherung ihrer „Anteile“ ausräumen. Offensichtlich wurde durch die Oetker-Hausbank auch der Kreditfluß gestoppt. Auf Grund dieser Praktiken wurde die Lampe-Bank von der Arbeiterjugend beschlagnahmt!

Kleve

Bange-machen gilt nicht!

Vergebliche Anstrengungen machte die Schuhfabrik Hoffmann, sich vor dem Roten Kuckuck zu retten: Durch Beschluß des Landgerichts Kleve wollte sie der SDAJ untersagen, „insbesondere die Schuhfabrik Hoffmann mit dem ‚Roten Kuckuck‘ am Dienstag, dem 19. März 1974, um 16 Uhr vor dem Haupteingang zu pfänden“. Auf wie schwachen Füßen der Antrag auf einstweilige Verfügung der Firma stand, zeigt, daß laut einer eidesstattlichen Erklärung eines leitenden Angestellten „diese Formulierung ... nur dahin verstanden werden (kann), daß in Einzelfällen ein kranker Arbeiter doch seinen Arbeitsplatz verliert und ein Lehrling nach seiner Ausbildung nicht weiterbeschäftigt wird“. Nun, durch solche Störma-



nöner ließ sich der Rote Kuckuck nicht einschüchtern: auf einem Transparent verkündete er: Ich komme. Trotz großem Polizeieinsatz war die Aktion ein voller Erfolg! Eins zeigte sich ganz deutlich: auf seiten der Lehrlinge stand der Rote Kuckuck! Und das Landgericht auf seiten der Unternehmer!

in Großbetrieben wie Jungheinrich muß fortgesetzt werden, weil in Großbetrieben die technischen Voraussetzungen für die Berufsausbildung besser sind und sich hier die Ausbildung besser kontrollieren läßt als in kleinen Klitschen.

Mit der Weiterführung der Ausbildung ist es nicht getan. Sie muß von den Gewerkschaften und den Lehrlingen wirksam mitbestimmt und kontrolliert werden!

Norderstedt

Kuckuck gegen Ausbildungs-stop

Die Fa. Jungheinrich gehört zu den Betrieben, die in diesem Jahr die Berufsausbildung drastisch einschränken. Flatsch — da schlug der Rote Kuckuck zu! Die Forderung: Die Ausbildung



Roter Kuckuck für die Geschäftsführung,
wegen Einstellung der Ausbildung

Flatsch!!! Wieder hat der rote Ruchsch angeknurrert! Diesesmal hat er die Geschäftsführung von Jungheinrich heimgesucht. Grundes dafür gibt es stehen genug. Denn der Rote Kuckuck tritt überall dort auf den Plan, wo Menschen ausgebeutet werden. Er kümmert sich um fortschrittlicher Ausbildung, friedlicher Entwicklung und den Grundstein der Jugend zu legen steht. In diesem Falle die Einstellung der Lehrlingausbildung bei JHC. Die hier letzten beschriebene darüber bereits in ihrer Januar-Ausgabe.

Wir fordern Weiterführung der Ausbildung in Großbetrieben wie Jungheinrich, weil:

- 1.) die technischen Voraussetzungen nur eine qualifizierte Berufsausbildung in Großbetrieben vorhanden sind, und
- 2.) die Ausbildung hier besser im Kontrollbereich ist als in kleinen Klitschen, die oftmals noch nicht mit Betriebsrat oder Jugendvertretung haben.

Arbeitslose

Im Raum Pirmasens-Zweibrücken gibt es ca. 5000 Arbeitslose. Davon sind 40 Prozent Jugendliche. In diesem Raum gibt es viel Schuhindustrie, bei der die Produktion stark eingeschränkt wurde. Für ein Großteil der Schulabgänger wird es kaum möglich sein, in diesem Raum eine Lehrstelle zu erwischen. Im benachbarten Rheinland-Pfalz, wohin viele sonst ausweichen, fehlen auch 16 000 Lehrstellen. Keine „rosa Zeiten“ für die Jugend!

Tribunal

Troisdorf. Am 27. April findet in Troisdorf ein Tribunal gegen Dynamit-Nobel statt. In den letzten fünf Jahren starben fünf Arbeiter des Betriebes an der „VC-Krankheit“. 53 Arbeiter sind an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Ein großer Teil von ihnen wird nie mehr arbeiten können. Die DKP-Bonn erstattete gegen den Konzern Strafanzeige wegen „Mordes aus Habgier“. Auf dem Tribunal wird der Schiedsspruch der Arbeiterjugend gefällt.

Mangelware

Bochum. Im Raum Bochum, Herne, Wanne-Eickel und Wattenscheid ist in den letzten vier Jahren die Zahl der Lehrstellen für Jungen um 65,9 Prozent und für Mädchen um 71,3 Prozent gesunken. Für Jungen verringerten sich die Lehrstellenangebote von 4758 auf 1621, für Mädchen von 3744 auf 1074. Um die jetzt noch offenen 2695 Lehrstellen bewerben sich in diesem Bereich etwa 4000 Jugendliche. Vor allem leistungsschwache Schüler haben kaum noch eine Chance.

arbeiterjugend
in aktion

... jetzt greif ich zur Geige!



Die SDAJ Bochum griff zu Geige, Transparent, Plakat und Flugblatt.

Zweck des Ganzen: mit dieser Aktion protestierten sie gegen den Lehrstellenabbau, der auch in Bochum große Ausmaße angenommen hat. Viele Schulabgänger sehen eine Zukunft als Hilfsarbeiter vor sich.

Die Bochumer forderten: Ausbildungsrecht für Jugendliche — Ausbildungspflicht für Bosse! Gleichzeitig wurde mit der Aktion auf die IV. Landeskonferenz der SDAJ in Bochum aufmerksam gemacht und auf die Abendveranstaltung mit den Flöhen. Die Besucherzahl verriet: Viele folgten den Gelgentönen!

Hottentotten bei Schwalbach

Die Bosse lassen sich nicht gern in ihre Karten gucken. Das mußte auch der Laubacher Juso-Vorsitzende und Gewerkschaftssekretär des DGB-Gießen, Hillgärtner, erfahren. In einer Fragebogenaktion wollte er Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz aufdecken.

Dieser Plan paßte dem Textilkauflausbesitzer Schwalbach wenig. Er ließ 700 DM springen und setzte in die „Heimatzeitung“ einen offenen Brief an Hillgärtner, der von übelsten Beschimpfungen triefte. U. a. heißt es dort: „Hoffentlich werden bald viele Bürger wach und setzen sich mit Gewerkschaftsfunktionären und anderen roten Genossen auseinander. Man soll es nicht glauben, aber sie wollen dieses deutsche Land kaputt machen.“ Für Schwalbach ist die Fragebogenaktion ein „Rückfall in die Verhältnisse der letzten Hottentotten, der Wilden in Afrika.“

Es wird sicher interessant sein, zu erfahren, nach welchen mittelalterlichen Maßstäben Schwalbach und Konsorten das Jugendarbeitsschutzgesetz auslegen!



Der Boß frißt den ganzen Kuchen — für den Lehrling bleiben nur ein paar Krümel! So wurde den Lehrlingen bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim anschaulich dar-

gestellt, wie die von den Arbeitern erwirtschafteten Millionen verteilt werden. Die Lehrlingszeitung „Linksabbieger“ untermauerte die Aktion mit harten Fakten. Zusammen mit dem Verkauf von elan war die Aktion eine runde Sache!

Der Krieg der Bosse

Die Bosse blasen zum Sammeln. Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, und Unternehmer-Boß Hans Martin Schleyer kündigten den massiven Widerstand der Wirtschaft gegen das geplante Berufsbildungsgesetz an. Tausende Schulabgänger spüren es am eigenen Leib: Lehrstellen werden Mangelware. Zwar wiegelte NRW-Wirtschaftsminister Riemer ab und behauptete, es gebe noch immer mehr Lehrstellen als Bewerber. Es fragt sich nur: Was für Lehrstellen? Wenn jemand Starkstromelektriker werden will, tröstet es ihn wenig, wenn er stattdessen eine herrliche Stelle als Schornsteinfeger noch offen findet.

In Bremerhaven gibt es nur noch elf (statt 153) offene Lehrstellen im Einzelhandel, auf einen Lehrjob in der dortigen Elektroindustrie kommen 15 Bewerber. Im Düsseldorfer Bankenviertel macht einer von 20 Suchenden das Rennen. In Ludwigshafen gibt es große Schwierigkeiten im kaufmännischen und elektrotechnischen Bereich. Auch im Einzelhandel sind die Lehrstellen stark zurückgegangen. In „das drogistens fachblatt“ sprach Ernst Ludwig Kopp es offen aus: „Jetzt hilft nur noch Streik als Nothilfe!“

Und was tut die Bundesregierung gegen diesen Unternehmerfeldzug gegen die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung? Spricht Brandt so scharf zu ihnen wie zu den Kollegen im öffentlichen Dienst, als die um Lohnerhöhungen kämpften? Dohnanyi hat für die Bosse nur beschwichtigende Worte. Man werde sich noch einmal mit allen Beteiligten zusammensetzen. Zur SDAJ konnte Dohnanyi allerdings leider aus Termingründen nicht kommen.

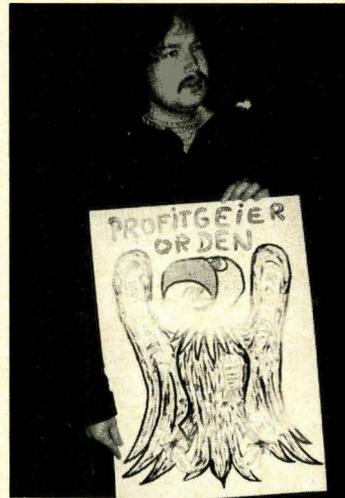
Gegen diese Machenschaften hilft nur eins: gemeinsame Aktionen der Arbeiterjugend und ihrer erwachsenen Kollegen. In Aktionen muß die Profitsucht der Bosse entlarvt werden. Und die Bundesregierung muß aufgefordert werden, die Ausbildungspflicht der Bosse durchzusetzen. Dazu sind Rote-Kuckuck-Aktionen ebenso geeignet wie die Geigen-Aktion in Bochum, die auf diesen Seiten vorgestellt wurde. Und denkt auch an die Postkarten der SDAJ (s. elan 3/74) an Minister Dohnanyi, auf denen die Forderungen der Arbeiterjugend für ein neues Berufsbildungsgesetz formuliert sind. Damit er die vor lauter Unternehmerfreundlichkeit nicht vergißt. Gegen die Macht der Bosse hilft nur Solidarität!

Die Gewerbeschule II in Hamburg-Eimsbüttel bietet ihren Schülern neben den



üblichen Mängeln (Raumnot, überlastete Lehrer usw.) auch noch folgendes: Ob Regen, Sturm oder Schnee — die Schüler müssen in den Pausen auf die Straße. Es gibt keine Pausenhalle, geschweige denn eine Kantine. So bleiben nur die Kneipen der Umgebung mit ihren gepfefferten Preisen. Mit einer „Frikadellenaktion“ machten SDAJ und MSB Spartakus auf diese Mißstände aufmerksam. Die Frikadellen waren innerhalb einer halben Stunde vergriffen!

Mit einer Sargniederlegung und einem Informationsstand demonstrierte die SDAJ in München am Rande einer Tagung der Industrie- und Handelskammer gegen die zigtausend Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz. Gleichzeitig forderten sie von der Bundesregierung, bei einer Neufassung des Gesetzes die Forderungen der Arbeiterjugend zu berücksichtigen — was beim vorliegenden Entwurf nicht der Fall ist.



Die Banken schätzen, daß sich die Dividende bei Klöckner-Humboldt-Deutz verdreifacht hat. Die nicht ausgeschütteten Gewinne sind noch weitaus höher. Trotz dieser Profitsteigerung stimmten die KHD-Bosse bei den Lohnverhandlungen das alte Lied an, daß sie nichts zahlen könnten und daß Lohnerhöhungen zu Preissteigerungen führen. Diese unternehmerwürdige Haltung wurde jetzt endlich gewürdigt: mit dem Profitgeier-Orden!

Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen

Kantinenessen — ein Problem, das viele von euch kennen. „Die Feile“, die Zeitung für Lehrlinge und Jugendarbeiter bei den Krupp-Werken in Bochum, griff das leidige Thema folgendermaßen auf:

Kartoffeln

Natürlich könnten die Kartoffeln auch von vornherein richtig gar sein, aber solche revolutionäre Forderungen zu stellen, ist sicherlich zu viel verlangt. Dort: ein Auszubildender liegt mit der Nase und den Augen dicht über seinem Teller, schaut prüfend und mißtrauisch auf dieses Etwas vor sich. Seine Neugier wird erst gedämpft, als er es auf dem Speisezettel liest: Filet!

Knödel

In einer der hinteren Ecken des Kruppschen Restaurants kann man unseren Ausbildungsleiter beobachten; wie er gerade mit sportlichem Elan einer Küchen-Kollegin einen springenden Knödel zuspießt... Tor!!

Eier

Im nächsten Moment trägt die Werksfeuerwehr einen bewußtlosen Ausbilder aus der Dreherei auf der Bahre davon. War es Spaß oder gar Ernst? — man weiß es nicht! Es steht jedenfalls fest, daß er von einem gekochten Ei getroffen wurde. Draußen in der Elektro-Abteilung benutzt man die Nudeln von gestern zum Isolieren.

Hühnersuppe

Dort, wo Kühlwasser für die Bohrmaschine fehlt, greift man zur aufbewahrten Hühnersuppe.

Alles in allem, das Werksessen ist vielseitig und bietet die verschiedensten Möglichkeiten, die Pausen sinnvoll zu gestalten. Der einzige Nachteil: Man kann es nur selten essen! Deshalb: Besseres und kostenloses Kantinenessen für alle!

ALLES ÜBER GESCHLECHTS KRANKHEITEN

Bei Jugendlichen steigen die Fälle von Geschlechtskrankheiten ungewöhnlich stark an! Sind Geschlechtskrankheiten gefährlich? Was tun, wenn man sich tatsächlich angesteckt hat? Und woran kann man überhaupt erkennen, ob es eine Geschlechtskrankheit ist? Alles über diese Fragen lest ihr hier

Sexualität ist etwas Schönes, etwas aufregend Schönes.

Geschlechtskrankheiten sind nichts Schmutziges, nichts Unmoralisches. Hier gibt es immer noch Vorurteile.

Geschlechtskrankheiten sind — ganz vereinfacht gesagt — Infektionskrankheiten wie eine normale Entzündung nach einer Schnittwunde. Mit Penizillin können sie wirkungsvoll behandelt werden.

Im Jahre 1972 registrierten die Gesundheitsämter insgesamt 5 877 Fälle von Syphilis und 81 711 Fälle von Tripper. Im letzten Jahr haben diese Erkrankungen nicht wesentlich zugenommen.

Allerdings gibt es eine nicht zu übersehende Zunahme bei Jugendlichen:

Bei 14- bis 18jährigen stiegen im letzten Jahr die Trippererkrankungen um 3 bis 10 Prozent; die Syphilis nahm in dieser Altersgruppe ab; bei den 18- bis 25jährigen nahm die Syphilis zu, Trippererkrankungen nahmen dagegen ab.

Sexuell zügellos?

Die bürgerliche Presse hat diese Tatsachen in letzter Zeit verstärkt benutzt, um über Unmoral und sexuelle Zügellosigkeit der heutigen Jugend herzuziehen und um damit auch die Abgabe der Pille an junge Mädchen zu bremsen.

Sicher spielt die Pille bei der Zunahme der Geschlechtskrankheiten gerade bei Jugendlichen eine wichtige Rolle. Die ewige Angst, mit 16 Jahren und noch in der Ausbildung schwanger zu werden, ist damit gebannt. Eine selbstbewußtere Haltung kann sich auch im sexuellen Bereich entwickeln, ein solidarisches, gleichberechtigtes Verhalten vertieft werden.

„Wie oft, wie lange?“

Die andere Seite aber ist: fehlende oder mangelnde Sexualaufklärung im Elternhaus und in der Schule und stattdessen „Erziehung“ zur herrschenden Sexualmoral z. B. durch Film und Presse, die zu Oberflächlichkeit, Verantwortunglosigkeit dem Partner gegenüber, zu bloßem „Funktionieren“ und zum Leistungsdenken im sexuellen Bereich führt. Wechselnder Geschlechtsverkehr mit verschiedenen Partnern geschieht aus Motiven, die mit Erotik und Sexualität nichts mehr zu tun haben — z. B. aus Prestige-Gründen: „Wie oft, wie viele, wie lange hast du gebumst?“

Oft müssen die Ärzte feststellen, daß geschlechtskranke Patienten nicht mehr wissen, wo und bei welcher Gelegenheit sie sich infiziert haben könnten, und oft wissen diese Patienten nicht einmal mehr die Namen der betreffenden Partner. Das ist ein Zeichen für gestörte persönliche und auch soziale Beziehungen. Das erschwert vor allem auch das Durchbrechen der Infektionskette; denn jede Kontaktperson, die nach Geschlechtsverkehr mit großer Wahrscheinlichkeit auch infiziert ist, muß ebenfalls behandelt werden.

Eine wesentliche Ursache für die Zunahme von Geschlechtskrankheiten ist aber auch der Mißbrauch von Antibiotika (biologischer Wirkstoff gegen Krankheitserreger). Nicht selten verordnen Ärzte bei harmlosen Infek-

tionskrankheiten wie z. B. bei einer Mandelentzündung ein Penizillinpräparat. Wenn Antibiotika zu häufig oder auch in einer zu geringen Menge eingenommen werden, entstehen widerstandsfähige Bakterienstämme. Früher reichten für eine Heilung der Syphilis 200 Einheiten Penizillin aus. Heute werden hier als Normal-Dosis 8 Millionen Einheiten genommen!

Achtung! Warnzeichen!

Vor der Syphilis muß eindringlich gewarnt werden. Sie ist nicht nur die gefährlichste Geschlechtskrankheit, sondern eine der heimtückischsten Krankheiten überhaupt. Sie wird — wie alle Geschlechtskrankheiten — fast immer bei direktem sexuellen Kontakt übertragen. Etwa drei Wochen nach der Ansteckung bildet sich ein *nicht schmerzhaftes* Geschwür (harter Scharker) an der Infektionsstelle — meist am Glied, der Vorhaut bzw. den Schamlippen, aber auch am After. Dieses Geschwür heilt nach etwa zwei Wochen ab. Schmerzlose Drüenschwellungen zeigen aber an, daß der Erreger sich ausbreitet. Mit Sicherheit kann man erst nach mikroskopischer Untersuchung sagen, ob es tatsächlich Syphilis ist. Etwa acht Wochen nach der Ansteckung breiten sich die Erreger über die Blutbahn im Körper aus. Am gesamten Körper tritt ein fleckenförmiger, nicht schmerzender oder juckender Hautausschlag auf. Auch dieser Ausschlag verschwindet, so daß eine Heilung vorgetäuscht werden kann. Nach einiger Zeit treten andere Ausschläge auf. Kopf, Hals, Körper, Arme und Beine können befallen werden. Fieber, Kopfschmerzen und Haarausfall sind in diesem Stadium häufig. Auch die Drüsen am Hals, hinter den Ohren und in der Leistengegend sind geschwollen. Dieses Stadium dauert etwa zwei Jahre. Etwa fünf Jahre nach der Ansteckung bilden sich nicht



schmerzende, später zerfallende Knoten (Gummen) im Körper. Schwere, unter Umständen tödlich endende syphilitische Veränderungen können auch die inneren Organe befallen, wie Herz, Blutgefäße, Knochen, Magen, Darm oder Leber. Als Spätfolge der Syphilis können nach fünf bis zehn Jahren Rückenmarksyphilis (Tabes) mit Geh- und Sehstörungen sowie Gehirnerweichung (Paralyse) mit späterer Verblödung auftreten.

Die Gonorrhöe — meist Tripper genannt — ist die häufigste Geschlechtskrankheit. Anzeichen beim Mann: 3 bis 5 Tage, in Ausnahmefällen bis zu 10 Wochen nach der Ansteckung, Kitzeln oder Jucken in der Harnröhre; schleimiger, später eitriger Ausfluß aus der Harnröhre und Brennen und Stechen beim Wasserlassen.

Anzeichen bei der Frau: Die ersten Anzeichen sind nicht leicht erkennbar. Schleimiger, später eitriger Ausfluß aus Harnröhre und Scheide. Er verschwindet manchmal auch ohne Behandlung, wodurch eine Heilung vorgetauscht wird; dann kann sich ein chronischer Tripper entwickeln, der bis zur Entzündung der Bauchhöhle führen kann.

Wenn es „brennt“!

Bei jedem ungewöhnlichen Ausfluß und überhaupt bei jeder ungewöhnlichen Veränderung an den Geschlechtsteilen *sofort* zum Arzt gehen — zum Hausarzt, zum Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten oder zum Gesundheitsamt. Gerade der Tripper ist besonders in den ersten Tagen nach der Ansteckung mit einer einzigen Dosis Penizillin heilbar. Zögern aus falscher Scham ist dumm und verantwortungslos. Jeder Arzt unterliegt der Schweigepflicht! Eine andere — allerdings recht harmlose — Geschlechtskrankheit wird durch die sogenannten Trichomonaden erzeugt. Diese Erreger befinden sich nach der Ansteckung in der Harnröhre und auch in der Scheide, wo sie die natürlichen Säureverhältnisse verändern, so daß es beim Wasserlassen und auch während des Beischlafs „brennt“. Diese doch immerhin lästige Krankheit kann unter Umständen schon durch ein Handtuch übertragen werden, an dem Trichomonaden sind. Sie ist aber leicht mit Tabletten bzw. Salben zu heilen. Doch Vorbeugen ist besser als Salben oder Penizillin!

Zur täglichen Körperpflege gehört das gründliche Waschen der Geschlechtsteile mit Wasser und Seife — besonders nach dem Beischlaf.

Geschlechtskrankheiten sind:
vermeidbar, wenn man seinen Partner genauer kennt,
heilbar, wenn sie rechtzeitig und sachgemäß behandelt werden,
gefährlich, wenn sie nicht ausgeheilt werden.

Gespräch

Von Rolf Pester

auf höchster Ebene



Wir saßen an einem Klubabend gemeinsam an einem Tisch. Ich hatte ihn noch nie gesehen.

Er begann, mich mit überraschender Lebhaftigkeit in ein Gespräch zu verwickeln, das mir von Minute zu Minute unheimlicher wurde. Er warf in geradezu verschwenderischer Weise mit Ausdrücken und Begriffen um sich, von deren Existenz ich bisher nicht die blasseste Ahnung gehabt hatte. Er sprach von Heterözie und Parömiologie, von Parifikation, Somnambulismus und Interlunium, von Kopepoden, Jardinieren, Lokation, reversibel, komatös, hereditär — und dies alles mit einer gelassenen Selbstverständlichkeit, als handle es sich um die alltäglichsten Sachen der Welt. Was er redete, überstieg meine geistigen Potenzen in wahrhaft deklassierender Weise. Längst hatte ich es aufgegeben, ihm in seinem rhetorischen Höhenflug folgen zu wollen. Der gelehrte Goldzahn nagelte mich fest, indem er nebenbei eine Runde Kognak nach der anderen bestellte.

Doch plötzlich hielt er inne, machte ein erschrockenes Gesicht und rief: „Was habe ich da nur angerichtet! Ich erzähle und erzähle und habe nicht im geringsten mehr an meine Solvenz gedacht! Daß mir dies überhaupt passieren konnte! Es ist unverzeihlich — jawohl, unverzeihlich —“

„Was finden Sie so unverzeihlich?“ fragte ich.

„Haben Sie denn nicht gehört? Statt, wie es in einem solchen Falle selbstverständlich sein sollte, sofort zu gehen, plaudere und trinke ich mit Ihnen und vergesse das Wichtigste...“ Er schüttelte sichtlich fassungslos den Kopf und fügte hinzu: „Aber so ist es im Leben — da trifft man unversehens einen Menschen mit Geist und Bildung, mit dem man ein Gespräch auf gehobener Ebene pflegen kann, und schon vergißt man alles um sich her... und doch, kein Wunder bei einem solchen Partner...“

„Ganz meinerseits“, entgegnete ich. „Das freut mich“, sagte er und ließ seine Goldzähne blinken. „Das ermutigt mich sogar, eine Frage an Sie zu richten, die ich mir ansonsten nie erlaubt hätte —“

„Worum handelt es sich?“ erkundigte ich mich, froh, ihn endlich einmal verstanden zu haben.

„Ich bitte Sie nochmals, diese indirekte Frage zu verzeihen“, fuhr er fort. „Sind Sie im Augenblick, wie man so sagt, solvent?“

Ich stieß innerlich einen schrecklichen Fluch aus. Brachte dieser Mensch nicht wenigstens ein einziges Mal einen Satz in vernünftigem Deutsch zuwege? Doch auf eine solch direkte Frage war ich gezwungen zu antworten. Anscheinend handelte es sich bei dieser Solvenz um eine Charaktereigenschaft oder so etwas ähnliches. Deshalb nickte ich und entgegnete: „Durchaus, durchaus.“

„Sie Glücklicher“, seufzte er, „würden Sie es mir verübeln, wenn ich mir erlaube, Ihre Solvenz in Anspruch zu nehmen?“

„Keineswegs“, sagte ich mit fester Stimme. Er trank seinen Kognak aus, erhob sich und schüttelte mir die Hand. „Ich danke Ihnen. Sie sind wirk-

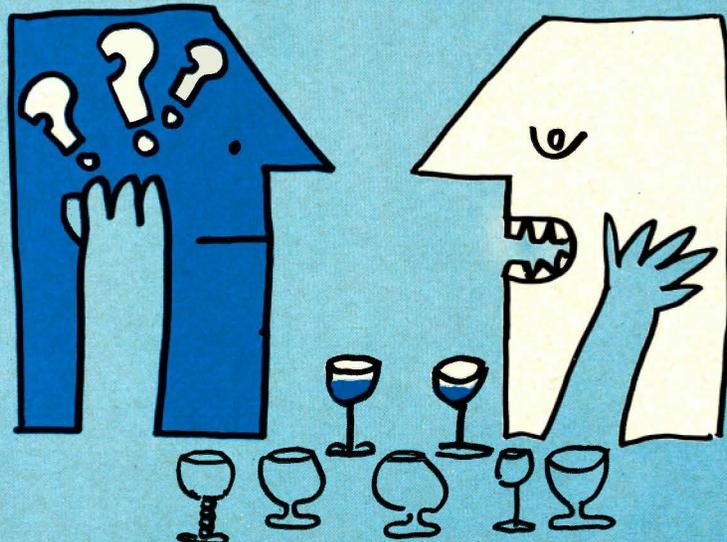
lich sehr liebenswürdig. Ich hoffe, wir sehen uns bald wieder.“ Mit diesen Worten entfernte er sich. Eine Weile saß ich grübelnd da. Dann stand ich auf und begab mich zum Nachbartisch, an dem ein vereinsamter älterer Herr saß.

„Entschuldigen Sie“, sagte ich sehr höflich, „nur eine bescheidene Frage: Wissen Sie zufällig, was Solvenz bedeutet?“

„Aber gewiß“, entgegnete er freundlich. „Es heißt soviel wie Zahlungsfähigkeit, auf gut Deutsch, bei Kasse sein.“

„Vielen Dank“, murmelte ich, ging an meinen Tisch zurück und rief den Kellner. Als ich die recht beträchtliche Rechnung beglichen hatte, begab ich mich nochmals an den Nachbartisch, wo der ältere Herr noch immer gedankenverloren an seiner Zigarre zog. „Ich beneide Sie“, sprach ich. „Jetzt erst ist mir klargeworden, wie wichtig es ist, Fremdsprachen zu beherrschen. Sicherlich haben Sie in der Schule Latein gelernt?“

„Keineswegs“, lächelte er. „Doch ich hatte das Vergnügen, Ihren Tischnachbarn bereits vor einer Woche kennenzulernen.“



blätter

Zwei Briefe — oder — Wer hat Angst vor elan?

Von Peter Bubenberger

Ob Berufsbildungsgesetz, ob Jugendarbeitsschutzgesetz, ob Betriebsverfassungsgesetz — die Leser des elan konnten sicher sein, daß sie in „ihrem“ Jugendmagazin eine kritische Auseinandersetzung

mit allen wichtigen jugendpolitischen Problemen, also auch mit so entscheidenden Dingen, wie sie Gesetze nun einmal sind, finden konnten. Eine kritische Auseinandersetzung, in die unsere Leser stets ein-

bezogen waren, eine lebhafte Diskussion, die im Interesse der arbeitenden und lernenden Jugend geführt wurde — dafür stand und steht der Name elan. Und ohne Übertreibung kann man sagen, daß elan zum jugendpolitischen Handwerkszeug zahlreicher Mitglieder und Funktionäre fast aller Jugendverbände der BRD gehört. Daß die kritische und wache Aufmerksamkeit von elan den Bossen lästig ist, empfinden wir als ein Kompliment für unsere Arbeit. Daß wir auch bei dieser sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, die sich unverändert durch



Deutsche Jugend des Ostens (DJO)

BUNDESJUGENDTAG
5300 BONN 1 - POPPELBOOMER ALLEE 11 • 0 2222 11 82 41 02

Deutsche Jugend des Ostens, 53 Bonn 1, Poppeleboomer Allee 11

An
e l a n
Magazin für junge Leute

46 Dortmund
Brüderweg 16

Bonn, den 22. Februar 1974
1/7b E/p

Betr.: DJO - Bundesjugendtag
Bezug: d. Schreiben vom 19. 2. 1974

Sehr geehrte Herren!

Der Bundesjugendtag der DJO ist lediglich für den Verbandsraum öffentlich. Damit betrachten Sie Ihre Anmeldung bitte als hinfallig. Sie haben Gelegenheit in unseren Publikationen die Ergebnisse und Entschlüsse nachzulesen.

H. Heger
(Hans Heger)

KONTEN: COMMERZBANK BONN 108 37 42 - POSTBANKAMT STUTTGART 321 82

Der Bundesminister
für
Jugend, Familie und Gesundheit
222 - 1014 - 4.9
Gsm. I
Bei allen Anmerkungen wird um Angabe stütziger
Ortsangaben gebittet.

53 BONN-BAD GODESBERG, den 5. März 1974
Postfach 490
Form-Nr. (0221) 856 /
(oder über Vermittlung 8041)
Form-Nr. über 8.05517
Telefax: Kaminzellen 105-107

An den
Verlag des Jugendmagazins
E L A N
z.Hd. von Herrn Bubenberger
46 Dortmund
Brüderweg 16

Betr.: Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes
Bezug: Ihr Schreiben vom 24. Febr. 1974

Sehr geehrter Herr Bubenberger!

Am Referentenentwurf zu einem Jugendhilfegesetz wird z.Zt. im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gearbeitet. Es ist auch richtig, daß der Referentenentwurf zusammen mit der Begründung in der ersten Aprilwoche den Fachverbänden zur Abgebung einer Stellungnahme zugesandt wird.

Leider ist es aus technischen Gründen nicht möglich, den Entwurf in einer solchen Auflagenhöhe zu erstellen, daß er der gesamten interessierten Öffentlichkeit zugehen kann.

Im Herbst 1974 wird die entsprechende Bundesratsdrucksache vorliegen, die Sie dann über den Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg, Postfach 821, beziehen können.

Ich bedauere, Ihnen keine günstigere Nachricht geben zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag
Dr. H i l

Beglaubigt:
H. Heger
Angestellte

besondere Jugendfeindlichkeit auszeichnet, nicht sehr beliebt sind, ist für uns keine sensationelle Neuigkeit.

Daß aber die Bundesregierung in Gestalt ihres Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit das Jugendmagazin elan und damit viele zehntausend engagierte Jugendliche von der Diskussion um den Referentenentwurf für ein neues Jugendhilfegesetz aussperren will — das wirft ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis des Jugendministeriums zu den Opfern seiner Gesetzgebung, den Jugendlichen selbst.

Vom Verhältnis zur Jugendpresse mal ganz zu schweigen . . .

Folgendes war geschehen: Im April sollte der Referentenentwurf und die Begründung für das neue Jugendhilfegesetz der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen zu dem Entwurf ist der 7. Juni — nicht einmal drei Monate also.

elan tat das Naheliegendste, schrieb an das Jugendministerium und bat um die Zusendung des Gesetzesentwurfes.

Die Antwort: nein! Und wörtlich: „Leider ist es uns aus technischen Gründen nicht möglich, den Entwurf in einer solchen Auflagenhöhe zu erstellen, daß er der gesamten interessierten Öffentlichkeit zugehen kann.“

Immerhin — daß elan zur „interessierten Öffentlichkeit“ gehört, gesteht man noch zu. Offenbar aber nicht zu jenem exklusiven Teil, der in den Genuß des Gesetzesentwurfes kommt.

Aufmerksamen Lesern des elan ist sie keine Unbekannte — die „Deutsche Jugend des Ostens“. Und den Führern dieses revanchistischen und erzreaktionären Verbandes junger Ostlandreiter ist das Jugendmagazin elan durchaus nicht in guter Erinnerung.

Erinnern wir uns kurz: zweimal scheiterte in den vergangenen Jahren ein Antrag auf Ausschluß der DJO aus dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR) an zwei Stimmen, die zur notwendigen Zweidrittelmehrheit fehlten.

Unter dem Druck der Isolation im jugendpolitischen und internationalen Bereich, angesichts des stark vor allem unter der Jugend ausgeprägten Friedenswillens, auch geschockt durch die beiden Ausschlußanträge, war die DJO zunehmend dazu übergegangen, ihre revanchistischen Ziele in der Öffentlichkeit einzunebeln.

Der Wolf zog sich einen Schafspelz über. Zu diesem Prozeß mag auch eine kritischere Haltung vieler Mitglieder dieses Vertriebenen-Jugendverbandes beigetragen haben.

Am 23./24. März 1974 fand der Bundesjugendtag der DJO statt, auf dem diese neue Entwicklungsetappe u. a. durch die Erweiterung des Namens in „DJO — Deutsche Jugend in Europa“ zur Debatte und Beschlußfassung stand.

elan wollte wie in jedem Jahr an diesem Bundesjugendtag teilnehmen, um die DJO weiterhin einer kritischen Beobachtung zu unterziehen und seine Leser zu informieren.

Mit dem Hinweis, der Jugendtag sei nur verbandsöffentlich, wurden wir zur Konferenz nicht zugelassen.

Ein Team des ZDF konnte jedoch ungehindert drehen. Das läßt nur einen Schluß zu: die DJO fürchtete sich vor den kritischen Beobachtern des elan und scheute nicht einmal davor zurück, die Pressefreiheit auf gute alte Revanchistenart zu beschneiden.

Zum Schluß noch ein Hinweis darauf, was beide Briefe, nämlich von Bundesjugendministerium und DJO, gemeinsam haben: die Furcht vor kritischer Öffentlichkeit.

Wen wundert es da noch, daß das Bundesjugendministerium bereits im August vorigen Jahres durch ihren Referenten Manteuffel der DJO eine „positive Tendenz“ bescheinigte?

Wenn nicht einmal die größten überregionalen Jugendzeitungen, zu denen elan bekanntlich gehört, einen Gesetzesentwurf erhalten, dann kann es um eine breite Diskussion des neuen Jugendhilfegesetzes nicht weit her sein. Dann erhärtet sich einmal mehr der Ver-

dacht, daß der Referentenentwurf unter Ausschluß der „interessierten Öffentlichkeit“ hinter den verschlossenen Türen von Ministerialstuben mit einem gesiebten Kreis von Diskutanten beraten und dann im Schnellverfahren verabschiedet wird. Möglicherweise kriegen wir noch eine kleine Show geboten — Hearing genannt —, die sich, vielleicht noch vom Fernsehen übertragen, vor den staunenden Augen und Ohren der jugendlichen Zuschauer abspielt: Verstehen können sie keine Bohne davon, denn sie konnten den Entwurf ja nicht einmal auszugsweise lesen. Noch am 10. März, 5 Tage nach der Ablehnung der elan-Bitte, hatte Jugendministerin Katharina Focke großmütig erklärt: „Wir werden auch künftig keine weitreichende jugendpolitische Entscheidung treffen, ohne die ‚Betroffenen‘ selbst vorher dazu gehört zu haben.“

Die Betroffenheit über den Widerspruch zwischen jugendfreundlichen Worten und jugendfeindlichen Taten wird mit Sicherheit weit über den Kreis der Leser und Freunde des elan hinausgehen.

Daß das Bundesministerium eine kritische und öffentliche Diskussion ihres Referentenentwurfes für ein neues Jugendhilfegesetz fürchtet, veranlaßt uns — trotz der knappen noch verbliebenen Zeit —, den Entwurf noch kritischer unter die Lupe zu nehmen.

Zum Schluß noch ein Vergleich, der Bände spricht: das Anfang dieses Jahres verabschiedete neue Jugendgesetz der DDR wurde auf rund 240 000 Jugendveranstaltungen von 5,4 Millionen Jugendlichen öffentlich und lebhaft diskutiert und entsprechend vom Parlament beschlossen.

Gewerkschaftsjugend: „Solidarität ist unsere Kraft!“

1974 ist das Jahr der Gewerkschaftsjugendkonferenzen. Auf Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene finden zahlreiche Jugendkonferenzen von Einzelgewerkschaften und des DGB statt. Höhepunkt der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in diesem Jahr sind sechs Bundesjugendkonferenzen: IG Druck und Papier, Gewerkschaft Nahrung-Genuß-

Gaststätten, IG Metall, Post-Gewerkschaft, IG Bergbau und Energie und schließlich die Bundesjugendkonferenz des DGB, das höchste Organ für die über eine Million Mitglieder zählende Gewerkschaftsjugend.

Zwei dieser Bundesjugendkonferenzen — IG Druck und Papier sowie Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten — haben bereits stattgefunden. Es wurden wichtige Tendenzen deutlich, die sich auf den noch folgenden Konferenzen fortsetzen werden. Erneut wurde sichtbar, daß die Gewerkschaftsjugend eine wichtige Kraft ist, die Interessen der Jugend gegen die Unternehmer durchzusetzen.

Von Wolfgang Bartels

Druck-Jugend steckt neue Ziele

„Solidarität ist unsere Kraft!“ — unter diesem Motto der Gewerkschaftsjugend stehen die diesjährigen Jugendvertreterwahlen, unter diesem Motto stand auch die 5. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier. 60 Delegierte trafen sich vom 22. bis 24. März 1974 in Springen/Taunus, um die Schwerpunkte der künftigen Arbeit zu beraten. Sie repräsentierten über 27 000 junge Gewerkschafter.

Der IG-Druck-Bundesjugendsekretär Gerd Beu erklärte, die verstärkten Angriffe des Kapitals auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse könnten nur im gemeinsamen Kampf abgewehrt werden. Das erfordert auch neue Wege in der Jugendarbeit. Besondere Aktivitäten seien jetzt zur anstehenden Novellierung des Berufsbildungsgesetzes und des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu entwickeln.

Der DGB-Bundesjugendsekretär Walter Haas wies daraufhin, daß die entsprechenden Gesetzentwürfe von der Gewerkschaftsjugend stark kritisiert würden, weil die gewerkschaftlichen Forderungen kaum berücksichtigt würden seien. Deshalb habe die Gewerkschaftsjugend hier ihre Schwerpunktaktionen für das laufende Jahr angelegt. Haas erklärte: „Ohne massiven Druck auf Regierung und Unternehmer wird die Reform der beruflichen Bildung nur Stückwerk bleiben.“

Die Konferenz war gekennzeichnet vom Bemühen, die Arbeit im Betrieb zu verstärken und die Tätigkeit der Jugendgruppen attraktiver zu gestalten. Im Tätigkeitsbe-

richt des Hauptjugendausschusses hieß es, daß mehr und mehr erkannt worden sei, „daß die Basis und der Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Arbeit nur der Betrieb sein kann“.

Dementsprechend nahmen bei insgesamt 94 Anträgen und Initiativanträgen Fragen der Tarifpolitik für Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte breiten Raum ein. Die Delegierten kamen überein, daß der Lehrlingslohn an den Lohn der Erwachsenen angekoppelt werden und mindestens 50 Prozent des Facharbeiterecklohns betragen muß. Darüber hinaus wurde für die Manteltarifverträge gefordert: sechs Wochen Urlaub, Urlaubsgeld und 13. Monatsgehalt in gleicher absoluter Höhe wie für die erwachsenen Kollegen, drei Wochen bezahlter Bildungsurlaub und 7-Stunden-Tag.

Scharf gingen die Delegierten mit den Entwürfen der Bundesregierung für die neuen Gesetze zur Berufsbildung und zum Jugendarbeitsschutz ins Gericht. Neben vielen betrieblichen und örtlichen Aktivitäten sprachen sich die Delegierten für eine große zentrale Aktion der Gewerkschaftsjugend — ähnlich der 1969 in Köln — aus, um den Forderungen der Arbeiterjugend den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Der Koalitionsentwurf zur Mitbestimmung wurde abgelehnt, weil die gewerkschaftlichen Forderungen nicht erfüllt sind. Der DGB wurde aufgefordert, mit Aktionen und Kundgebungen seinen Standpunkt zu verdeutlichen.

Der Hauptvorstand der IG Druck wurde aufgefordert, seinen „Extremisten-Beschluß“ aufzuheben, weil die in der Gewerkschafts-Satzung vorgesehenen Regelungen ausreichen, gewerkschaftsfeindliche Kräfte zu bekämpfen und auszuschließen. Die Delegierten vertra-

ten den Standpunkt, dieser Extremisten-Beschluß sei gefährlich, weil er dazu dienen könnte, kritische Stimmen in der Gewerkschaft mundtot zu machen.

Die Gewerkschaften wurden aufgefordert, ihre Mitarbeit in der Konzentrierten Aktion einzustellen, weil diese „nur den Kapitalisten nützt“.

Zu allgemeinpolitischen Fragen nahm die Konferenz ebenso klar Stellung: Die Berufsverbote und das dazu geplante Sondergesetz wurden als verfassungswidrig verurteilt. Angesichts der Entspannungspolitik wurde eine Kürzung des Wehretats um 20 Prozent verlangt, damit Mittel frei werden für soziale und bildungspolitische Maßnahmen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, jede Unterstützung für faschistische Regime aufzugeben. Einstimmig wurde die unverzügliche Anerkennung der unabhängigen Republik Guinea-Bissau gefordert. Verbot der NPD und Ausschluß der Deutschen Jugend des Ostens aus den Jugendringen sind weitere Beschlüsse.

Einstimmig wurde der Terror der faschistischen Junta in Chile verurteilt. Die Delegierten verlangten die sofortige Freilassung aller Gefangenen. Von der Bundesregierung wurde gefordert, die diplomatischen Beziehungen zur Junta abzubrechen, die wirtschaftliche Hilfe einzustellen, die Widerstandsbewegung zu unterstützen sowie ohne Einschränkungen Flüchtlinge aufzunehmen. 813 DM sammelten die Delegierten als praktische Solidarität.

NGG-Jugend zieht erfolgreiche Bilanz

Am 29. und 30. März 1974 trafen sich 85 Delegierte im Nürnberger Stadtpark-Restaurant zur 7. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG). Die Bilanz, die sie ziehen konnten, war erfolgreich: in den

letzten drei Jahren ist die Zahl der Mitglieder unter 25 Jahre um dreieinhalbtausend auf fast 29 000 gestiegen.

Ruth Köhn, für die Jugendarbeit verantwortliches Hauptvorstandsmitglied der NGG, verwies auf die tarifpolitischen Erfolge der Gewerkschaft in der Jugendarbeit. Scharf setzte sie sich mit den Versuchen der Jungen Union auseinander, die jetzt in den Betrieben anstehenden Jugendvertreter-Wahlen zu beeinflussen. Die Junge Union wolle gegen die Gewerkschaften arbeiten. „Wir erwarten aber, daß wir bei den Jugendvertreter-Wahlen Unterstützung erhalten, und nicht gegen uns gerichtete Aktivitäten!“

In drei Arbeitsgemeinschaften — zur Tarifpolitik für Jugendliche, zur gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb und zur Lage der Jugendlichen im Hotel- und Gaststättengewerbe bereiteten sich die Delegierten auf die Beratung der 52 Anträge, Initiativanträge und Entschlüsse vor.

Die Delegierten sprachen sich für eine konzernorientierte Tarifpolitik aus. Gegen eine starke Minderheit wurde ein Antrag angenommen, der sich für eine einheitliche Ausbildungsvergütung in allen Lehrjahren und Aufgabendeckung des Prinzips, daß sich der Lehrlingslohn am Facharbeiterlohn orientiert, ausspricht. Das ist bedauerlich, weil gerade im NGG-Bereich wichtige Erfolge mit dem sog. „Prozenttarif“ erzielt werden konnten. Die Diskussion wird in dieser Frage sicher weitergehen und vor allem in der praktischen Auseinandersetzung geklärt werden. Weiterhin wurde die Abschaffung der Altersabschläge für Jugendliche, Erstattung der Fahrtkosten für Lehrlinge und Urlaubsgeld in gleicher Höhe wie für die erwachsenen Kollegen gefordert.

Der Gesetzentwurf des Bildungsministers Dohnanyi für ein neues Berufsbildungsgesetz wurde von den Delegierten stark kritisiert, weil er nicht den Forderungen der Gewerkschaftsjugend entspricht. Scharf verurteilt wurde die Stufenausbildung, die mit ihren Ausleseprüfungen die Mehrheit der Arbeiterjugend zwingt, minderqualifizierte Arbeiter zu werden. Der DGB wurde einstimmig aufge-

fordert, „sich für die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes nach unseren Forderungen mit voller Kraft einzusetzen und wie 1969 eine zentrale Demonstration durchzuführen“. Ebenso stark wurde der Regierungsentwurf zum Jugendarbeitsschutzgesetz kritisiert.

Gegen die Versuche des NGG-Vorsitzenden Herbert Stadelmeier, die Delegierten in der Mitbestimmungsfrage auf Kompromiß-Kurs („keine Alles-oder-Nichts-Haltung“) zu bringen, wurde beschlossen: „Der DGB und seine Gewerkschaften können nicht untätig zusehen, wenn faule Kompromisse durch verfälschte Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer geschlossen werden.“

Die Konferenz forderte die Vergesellschaftung aller marktbeherrschenden Konzerne, weil in der „Ölkrise“ wieder einmal bewiesen worden sei, „daß eine privatkapitalistische Ordnung sich gegen die arbeitenden Menschen richtet“. Versuche einiger Vorstandsmitglieder, Kritik am Verhalten der Bundesregierung abzuwenden, blieben ohne Erfolg. Klar stellten die Delegierten fest, die Bundesregierung habe „den Eindruck erweckt, die Politik der Ölkonzerne zu decken“.

Die Delegierten forderten den DGB auf, seine Mitarbeit in der Konzertierte Aktion einzustellen, „weil wir der Meinung sind, daß die Konzertierte Aktion nur der Kapitalseite nützt, da die Orientierungsdaten sich an Interessen des Kapitals orientieren“.

Die Konferenz forderte alle Gewerkschaften zum Kampf für die Aufhebung des Berufsverbots-Erlasses auf und erklärte: „Solidarität mit den Betroffenen bekunden heißt, verfassungsmäßige demokratische Rechte verteidigen...“

Die zunehmenden Angriffe auf demokratische Rechte werden von denen gebilligt und betrieben, die davon profitieren, daß unser Boden- und Steuerrecht, unsere Wirtschaftsverfassung und unser Bildungswesen unsozial ist.“

Solidarität mit Chile wurde groß geschrieben. Am Präsidiumstisch hing ein Transparent mit der Aufschrift: „Chile blutet, Chile kämpft!“ Die Delegierten verurteilten aufs Schärfste den faschi-

stischen Putsch. „Jetzt braucht das chilenische Volk, die chilenische Jugend unsere Solidarität.“ Die Bundesregierung wurde zur Hilfe für alle Flüchtlinge und zur Einstellung jeder Unterstützung für die Junta aufgefordert. Die Delegierten empfahlen den Gewerkschaften, Patenschaften für in die Bundesrepublik geflüchtete chilenische Kollegen zu übernehmen sowie eine Spendenaktion zugunsten unterdrückter Gewerkschafter in faschistischen Staaten durchzuführen. Daß diese Beschlüsse nicht nur Papier sind, bewiesen die Delegierten, als sie selbst in einer chilenischen Fahne 513 DM für die Solidarität sammelten.

Termine



1. 5. 74

Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

9./10. 5. 74

10. Bundesjugendkonferenz der IG Metall in Oberhausen

9./10. 5. 74

8. Bundesfrauenkonferenz des DGB in Karlsruhe

18./19. 5. 74

4. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in Hannover

20./21. 5. 74

11. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Westberlin

23. 5. 74

25 Jahre Grundgesetz der BRD

1.—3. 6. 74

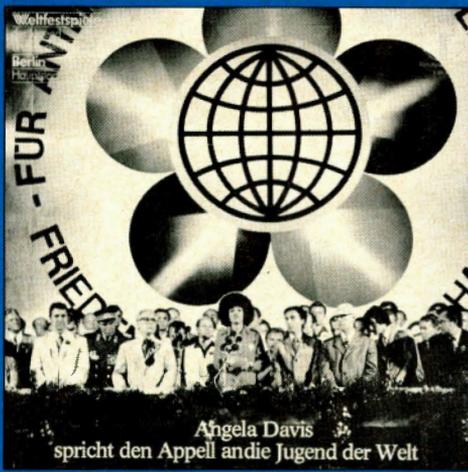
Pfingstlager der Landesverbände der SDAJ (Auskunft und Anmeldung über SDAJ-Bundesvorstand, 46 Dortmund, Sonnenscheingasse 8, Tel. 02 31/52 43 55)

1. 6. 74

Gründung der sozialistischen Kinderorganisation „Junge Pioniere“ in Bottrop

1. 6. 74

Internationaler Kindertag

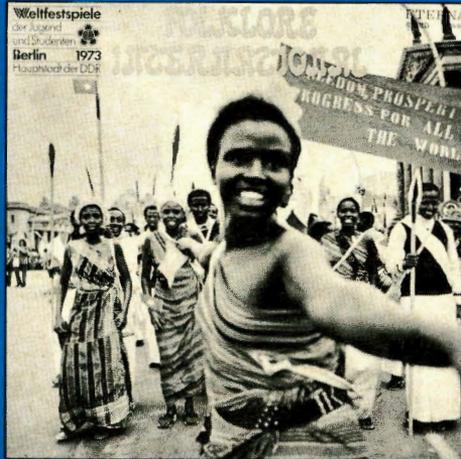


Endlich da! Brandneu! Das X. Festival auf Platten!



1 Angela Davis spricht an die Jugend der Welt

Best.-Nr. 826548 12,10 DM
Mitschnitt vom Festival,
Rundfunk der DDR
Ein historisches Dokument



2 Folklore International

Best.-Nr. 835057 12,10 DM
mit Miriam Makeba, Inti Illimani,
Staatliches Ensemble der
Völker Sibiriens,
Quinteto Tiempo (Argentinien),
Ensemble der Jugend der DRV,
Orchester der Nationalen Streitkräfte
Cuba

Bestellschein

Hiermit bestelle ich folgende
Schallplatten per Nachnahme:

- .. Stück der Festival LP-Nr. 1
Best.-Nr. 826548
- .. Stück der Festival LP-Nr. 2
Best.-Nr. 835057
- .. Stück der Festival LP-Nr. 3
Best.-Nr. 815073
- .. Stück der Festival LP-Nr. 4
Best.-Nr. 855393

Name
Vorname
Anschrift

Unterschrift

Ausschneiden und absenden an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
- Abt. Schallplatten -
46 Dortmund Brüderweg 16

3 Solidarität geht weiter - Lieder zum X. Festival

Best.-Nr. 815073 12,10 DM
Die bekanntesten Festival-Lieder sind
hier festgehalten: „So wird es sein“,
„Frieden, Freundschaft, Solidarität“
u. a.

Jetzt sind sie endlich da, die lang
ersehnten Festivalplatten; elan
hat ausgiebig über das Festival
berichtet, in elan gab es zu lesen,
was los war, jetzt könnt ihr es
hören:

die Lieder, die die Jugend der
Welt auf den Straßen Berlins ge-
sungen hat, die musikalischen
Beiträge zum Festival aus aller
Welt, und das Attribut, das die
Schlagerstars der DDR dem Festi-
val zollten.

Und: wer es schriftlich hat, kann
es jetzt auch im Ton bekommen,
wer es nicht hat, sollte sich das
Tondokument des Festivals be-
sorgen:

Angela Davis spricht den Appell
an die Jugend der Welt.

4 Parade der Schlagerstars

Best.-Nr. 855393 16,10 DM
mit Frank Schöbel, Reinhard Lakomy,
Chris Doerk, Karel Gott und anderen



25 Jahre Grundgesetz

Achtung!

Verfassungsfresser!



elan EXTRA

Lieber Leser!

Daß Wehrpflichtige ihre demokratische Gesinnung nicht gegen einen Stahlhelm bei der Kleiderausgabe eintauschen, ist dem Bundesverteidigungsministerium ein Dorn im Auge. Seinen sichtbaren Ausdruck findet das demokratische Engagement von Soldaten in der Wehrpflichtigenstudie „Soldat 74“. Schon vor vier Jahren gab elan Soldaten das notwendige Forum, um mit der damaligen Studie „Soldat 70“ eine breite Öffentlichkeit mit ihren kritischen Gedanken anzusprechen. Schon jetzt ist sicher: „Soldat 74“ wird genau wie „Soldat 70“ diese breite Öffentlichkeit erreichen.

Wir meinen: Gerade in einer Zeit, in der es in unserem Land um die Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau geht, ist die Diskussion um Schritte zur Abrüstung und kollektive Sicherheit in Europa besonders wichtig.

Während der Rüstungsetat der Bundesregierung in immer neue Höhen klettert, werden die Wehrpflichtigen in einer sozialen Zwangsjacke gehalten, werden ihre spärlichen Rechte weiter beschritten, werden demokratisch engagierte Bundeswehrsoldaten wegen ihrer Gesinnung bestraft. Die Bundeswehrführung führt Bürgerkriegsübungen durch, Offiziere der Bundeswehr halten einen Militärputsch in der BRD ausdrücklich nicht für ausgeschlossen.

Unser Jugendmagazin wird auch in Zukunft die demokratischen Soldaten unterstützen und ihnen als Forum zur Verfügung stehen. Darin weiß sich elan einig mit jungen Gewerkschaftern, Mitgliedern der SDAJ, Naturfreundejugend, Falken, Jungsozialisten und Jungdemokraten, die mit zahlreichen Beschlüssen und Aktionen den demokratischen Soldaten zur Seite stehen.

Hans-Jörg Hennecke

(Hans-Jörg Hennecke)

Soldaten für den Frieden -

Soldat '74

Mehr Rechte für Soldaten

I. Wehrpflichtige sagen ihre Meinung

Wir sind junge Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten, die zur Zeit ihren Wehrdienst ableisten.

Viele von uns haben an Aktionen gegen Wehrkundeunterricht und Bundeswehrhochschulen teilgenommen und so ihren Willen nach einer friedlichen gesellschaftlichen Entwicklung ausgedrückt.

Immer mehr Jugendliche der Bundesrepublik wehren sich gegen Rüstung und Militarismus. Sie fragen sich: Warum steigt der Rüstungsetat, obwohl ein politischer Entspannungsprozeß sich besonders in Europa mehr und mehr durchsetzt? Warum werden trotzdem Bundeswehrhochschulen gebaut? Warum wird Wehrkundeunterricht durchgeführt? Warum können reaktionäre Offiziere ungehindert in der Bundeswehr tätig sein? Die Zahl der Jugendlichen, die sich durch den Gebrauch ihres Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung vom Militarismus distanzieren, hat 1973 einen neuen Höchststand erreicht. Mit großen Solidaritätsaktionen, z. B. während der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im letzten Jahr in Ber-

lin/DDR, für die Völker von Vietnam, Chile, Griechenland, Spanien, Portugal, Angola, Guinea-Bissau und Mozambique haben Jugendliche der Bundesrepublik ihre Verbundenheit mit den gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg kämpfenden Völkern zum Ausdruck gebracht.

In zahlreichen Standorten der Bundeswehr haben Soldaten in den letzten Jahren Arbeitskreise Demokratischer Soldaten (ADS) auf der Grundlage der Wehrpflichtigenstudie „Soldat '70“ gebildet. Sie diskutieren ihre Probleme und Erfahrungen und setzen sich für eine bessere Interessenvertretung der Wehrpflichtigen ein. Sie geben eigene Flugblätter und Zeitungen heraus, mit denen ihre Kameraden und die Öffentlichkeit über die Probleme der Soldaten und undemokratische Vorgänge in der Bundeswehr unterrichtet werden. In einigen Standorten sind die Soldatenarbeitskreise Mitglied des Stadtjugendringes oder streben diese Mitgliedschaft an. Sie entwickeln sich überall dort zu wirkungsvollen Sprachrohren der demokratischen Soldaten, wo sich Gewerkschaften und demokratische Jugendverbände den Problemen der Wehrpflichtigen zuwenden. Wir sind entschlossen, unsere Gedanken in die Kasernen, Betriebe, Gewerkschaften

und Jugendverbände zu tragen. Wir rufen unsere Kameraden, die Gewerkschaften und die Jugendverbände darum auf, dieses Programm zu diskutieren, es weiter zu entwickeln und um seine Verwirklichung zu kämpfen.

II. Wer dient, soll auch verdienen

Vor kurzem beschloß der Bundestag, den Wehrsold für Wehrpflichtige ab 1. 1. 1974 um 1,— DM pro Tag zu erhöhen. Dies ist die erste Erhöhung seit zwei Jahren. Die Dringlichkeitsforderung „Eine Mark mehr pro Tag und Mann“ war von den Gewerkschaften und von fort-

zent der gegenwärtigen Rüstungskosten ausmachen. Statt dessen fordert der CDU/CSU-Rüstungsspezialist Wörner einen „Inflationszuschlag“ auf den Rüstungshaushalt, um so den Preisanstieg bei Neubeschaffungen „aufzufangen“.

Wir fordern:

- Herabsetzung der Wehrdienstzeit und Zivildienstzeit auf zwölf Monate.
- Erhöhung des Wehrsoldes auf 90 Prozent des vor der Wehrdienstzeit erreichten Nettoeinkommens, mindestens aber 500 DM bei jährlicher Angleichung des Mindestbetrages an die allgemeine Lohnentwicklung.
- Zwei gesetzlich garantierte freie Wochenenden im Monat und Vergütung der Wochenenddienste.

diese Kantinen angewiesen, weil die meisten Kasernen weitab von Einkaufsmöglichkeiten liegen. Wir verlangen, daß die Mannschaftskantinen nicht länger unter Ausschluß der Wehrpflichtigen betrieben werden dürfen. Die Kantinenwirte dürfen sich nicht länger auf unsere Kosten bereichern. Wir wollen die Kantinen selber führen und die Verwaltung und Preisgestaltung in der Kantine bestimmen. Die Ausstattung der Aufenthaltsräume für Mannschaften in den Arbeitspausen muß erheblich verbessert werden.

Freizeit

Die Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung für Wehrpflichtige sind vollkommen unzureichend. Entweder versauern wir nach Dienstscluß im Kasernenbereich



Kantinenpreise: Die Pächter verdienen sich doll und dämlich. Bier und Würstchen werden immer teurer.

schriftlichen Soldaten aufgestellt worden. In Übereinstimmung mit den Gewerkschaften sind wir der Auffassung: Nach den ungeheuren Preissteigerungen der letzten Zeit ist die erst jetzt — nach zwei Jahren — erfolgte Erhöhung des Soldes um eine Mark nur mehr ein lächerliches Almosen.

Allein 1973 erhöhten sich die Preise für Waren und Dienstleistungen in starkem Maße. Sie treffen Schüler, Studenten, Lehrlinge, Arbeiter und Wehrpflichtige. Herr Leber hat Unrecht, wenn er behauptet, es sei nicht mehr Sold drin: Selbst die Verdoppelung des jetzigen Wehrsoldes würde nicht einmal ein Pro-

- Verlängertes Wochenende für Soldaten aus weiter entfernten Standorten.
- Freie Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel zwischen Heimat- und Standorten und im Standort selbst.
- Gewährung eines mindestens 14tägigen gewerkschaftlichen oder politischen Bildungsurlaubs im Jahr für jeden Wehrpflichtigen.
- Erhöhung des Jahresurlaubs für Wehrpflichtige auf 6 Wochen.

Kantinen

Die Preise in den Bundeswehrkantinen sind überhöht. Wir sind auf

oder uns wird in teuren Diskotheken, Gaststätten und Kinos am Ort das Geld aus der Tasche gezogen.

Dabei ist gerade für uns Wehrpflichtige mit unseren bescheidenen finanziellen Mitteln ein vielseitiges Freizeitangebot bei niedrigen Preisen die wichtigste Voraussetzung für eine sinnvolle Gestaltung unserer Freizeit.

Wir Soldaten fordern auch keine Uniformierten-Ghettos für die Freizeit, in denen wir im eigenen Saft schmoren. In den bestehenden Soldatenheimen wollen wir über das Freizeitangebot mitbestimmen.

Wir wollen unsere Freizeit bei uneresgleichen verbringen, bei Lehrlingen, jungen Arbeitern, Schülern und Studenten, in Freizeiteinrichtungen, die vom Staat finanziert und gefördert werden. In den Standorten müssen ausreichende kommunale Freizeitheime gebaut werden. Wir beteiligen uns als Wehrpflichtige an den Aktivitäten der Freizeitinitiativen.

Wir fordern:

— **Bessere Bedingungen für unsere Freizeitgestaltung. Diese Bedingungen werden an Hand der Gegebenheiten des jeweiligen Standorts von den Wehrpflichtigen gemeinsam mit den Gewerkschaften und den demokratischen Jugendverbänden erkämpft.**

Die medizinische Versorgung der Soldaten ist ein Skandal. Die Gesundheitsfürsorge bei der Bundeswehr ist ausschließlich nach den dienstlichen Anforderungen der Einheitsführer ausgerichtet. Berechtigte Heilungs- und Schadenersatzansprüche der Soldaten werden häufig nicht gewährt.

Wir fordern:

— **Freie Wahl der ärztlichen und medizinischen Hilfe!**
 — **Schluß mit der Einflußnahme der Einheitsführer auf Angelegenheiten des Gesundheitswesens!**

III. Mehr Rechte für die Wehrpflichtigen

Täglich erleben wir in der Bundeswehr: Nach wie vor endet z. B. das Recht auf freie Meinungsäußerung vor dem Kasernentor.

Wer seine Meinung kritisch und offen zu allen Fragen sagt, wird daran gehindert und bekommt Druck.

Angriffe von Vorgesetzten auf im Grundgesetz verbrieft Rechte z. B. auf Informationsfreiheit, Meinungsfreiheit sind an der Tagesordnung: So wurden in einer Ulmer Kaserne Jugend- und Gewerkschaftszeitungen wie elan, ran, Metall und andere als „Zersetzungsmaterial“ beschlagnahmt.

Bereits 1970 wurde die Diskussion der demokratischen Wehrpflichtigenstudie „Soldat '70“ auf Befehl des Generalinspektors der Bundeswehr verboten.

In der letzten Zeit häufen sich Fälle, daß Wehrpflichtige — obwohl sie ihren Dienst korrekt versehen — die Beförderung versagt

und sie mit Schikanen und Repressionen belegt werden, weil sie sich in ihrer Freizeit aktiv gewerkschaftlich und politisch betätigen oder sich in den Kasernen für die Interessen der Kameraden eingesetzt haben.

Wir verlangen auch als Soldaten die Gewährleistung unserer Grundrechte und fordern:

- **Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung aller Soldaten im Rahmen des Grundgesetzes außerhalb und innerhalb der Kasernen.**
- **Freistellung zur Ausübung des passiven Wahlrechts auch für Wehrpflichtige.**
- **Jugendvertreter, gewerkschaftliche Vertrauensleute und junge Betriebsräte müssen vom Wehrdienst und Zivildienst freigestellt werden.**
- **Freie Betätigung aller demokratischen Organisationen in der Bundeswehr.**
- **Sofortige Änderung von Kasernen- und Schiffsnamen, die eine reaktionäre und militaristische Tradition verkörpern und Umbenennung nach Demokraten, Widerstandskämpfern und Antifaschisten.**
- **Mitbestimmung über Inhalte der „Aktuellen Information“. Freie Wahl der Referenten.**

- **Kein Soldat darf wegen seiner religiösen, weltanschaulichen und politischen Überzeugung und Aktivität im Dienst oder bei Beförderungen benachteiligt werden.**
- **Entfernung reaktionärer Offiziere aus der Bundeswehr.**

Mit einer neuen Wehrdisziplinar- und Wehrbeschwerdeordnung (WDO/WBO) wurden die Rechte der Soldaten weiter verringert: Der Kompaniechef kann Arreststrafen bis zu sieben Tagen verhängen.

Die direkte Beschwerde an den Bundesminister der Verteidigung ist nicht mehr möglich. Bei Zurückweisung einer Beschwerde durch das Truppendienstgericht werden die Kosten des Verfahrens auf den Beschwerdeführer abgewälzt.

Nach den Vorstellungen der Bundeswehrführung soll der Vertrauensmann williges Werkzeug der Kompanieführung sein.

Vertrauensleute, die sich aktiv für die Interessen ihrer Kameraden einsetzen, haben mit Repressalien zu rechnen. In der Öffentlichkeit wurde ein Befehl des Kommandeurs der 3. Panzerdivision bekannt, der konkrete Anweisungen zur Gesinnungsschnüflei gibt. Wer zur Vertrauensleutewahl kandidiert, wird registriert und überwacht. Vertrauensleute, bzw. Kandidaten für dieses Amt, wurden aus ihren Einheiten abkommandiert oder ver-



Zusammen mit anderen fortschrittlichen Jugendlichen in unserem Land kämpfen Wehrpflichtige um ihre Rechte: Sie wollen nicht mehr „Schütze Arsch“ sein.

setzt. Disziplinarvorgesetzte beantragen bei den Truppendienstgerichten die Abberufung von Vertrauensleuten, die das volle Vertrauen ihrer Kameraden haben.

- Unsere gewählten Vertrauensleute dürfen nicht versetzt oder abkommandiert werden. Sie dürfen nur von denen abgewählt werden, von denen sie ihr Mandat erhielten.
- Vertrauensleute dürfen Versammlungen der Soldaten einberufen.
- Wahl von Vertrauensleuten auf Bataillons-, Brigade- und Divisionsebene.
- Beschwerderecht der Vertrauensleute für ihre Kameraden.
- Mitbestimmung der Vertrauensleute bei der Erstellung des Dienstplanes.
- Mitbestimmung der Vertrauensleute über personelle Entscheidungen im Kompanierahmen.
- Mitbestimmung bei der Urlaubs- und Wochenenddienstbefreiungsregelung, um erpresserischen Druck durch Vorgesetzte gegen einzelne Soldaten auszuschließen.

IV. Die Bürgerkriegsarmee

Uns wird immer wieder gesagt: Die Bundeswehr schützt die Freiheit der Bürger unseres Landes. Wir haben das Gegenteil erfahren. Im Jahre 1968 wurden die Notstandsgesetze verabschiedet. Sie ermöglichen den Einsatz der Bundeswehr im Innern unseres Landes: Wir sollen gegen unsere eigenen Kollegen in den Betrieben, wir sollen am Ende gegen uns selbst und unsere Interessen vorgehen: Im Mai 1973

probte die 2. Jägerdivision bereits den Einsatz gegen Henschel-Arbeiter in Kassel. Auf dem wehrpolitischen Kongreß der CSU im Herbst 1973 schlug der Bundeswehrexperte der CDU, Manfred Wörner, vor, die Bundeswehr mit einem „Netz von Vertrauensleuten der CDU/CSU“ zu überziehen.

So wird ein Spitzelsystem aufgebaut, so wird die Aufstellung einer Putschtruppe begünstigt. Im Jahr 1973 hat der „Militärische Abschirmdienst (MAD)“ rund drei Millionen Bundesbürger überprüft. Rund 66 000 Bürger unseres Landes wurden vom militärischen Geheimdienst in schwarzen Listen für die Stunde X erfaßt. Im zivilen Bereich kontrolliert der Verfassungsschutz die Bewerber für den öffentlichen Dienst und bereitet Berufsverbote vor. 25 Jahre nach seiner Verabschiedung ist das Grundgesetz der BRD in einem erschreckenden Maß ausgehöhlt. Bundestagsabgeordnete wie Horn, Hansen und Vahlberg haben antidemokratisches Gedankengut und die Bereitschaft zum Verfassungsbruch bei vielen Bundeswehroffizieren festgestellt. Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei werden immer mehr zu einem Instrument, das für den Einsatz gegen die arbeitende Bevölkerung gerüstet wird. Das beweisen eine Vielzahl von Bürgerkriegsübungen, mit denen Bundeswehrgenerale chilenische Zustände proben. Wir Soldaten wehren uns gegen alle Versuche, uns gegen unsere Kollegen in den Betrieben aufhetzen zu lassen. Da machen wir nicht mit!

Wir fordern:
— Weg mit der Notstandsgesetzgebung, die den Bürgerkrieg einplant!

- **Schluß mit der Erfassung von Bundesbürgern auf den „schwarzen Listen“ des MAD!**
- **Wir fordern die Bundesregierung auf, alle Notstandsübungen, alle Manöver und Planspiele mit Bürgerkriegscharakter zu verbieten!**

V. Den Frieden sichern

Mitte Januar 1974 veröffentlichte die Bundesregierung das Weißbuch 1973/74 „Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr“. Das „Weißbuch“ trägt den Fortschritten der Entspannungspolitik, die in den letzten Jahren erreicht wurden, nicht Rechnung. Die Rüstungskosten sind weiter gestiegen: Allein der offizielle Verteidigungshaushalt umfaßt 1974 29,7 Milliarden Mark. Weitere Milliardensummen werden für Bundeswehrhochschulen, Notstandsmaßnahmen, für Spionage und Bespitzelung (MAD) ausgegeben. Insgesamt sind das mehr als 40 Millionen Mark. Die Rüstungsbosse machen bei dieser Politik ihren großen Schnitt. Zur gleichen Zeit verschlechtern sich die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung. Arbeits- und Ausbildungsplätze werden abgebaut. Bei steigenden Mieten und Preisen fehlen weiterhin ausreichende Plätze in Krankenhäusern und Kindergärten, Schulen und Universitäten. Es gibt zu wenig Jugendheime und Altersheime. Offiziere hetzen ungestraft gegen friedliche Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten. Die Militarisierung unseres Landes wird weiter vorangetrieben. Dazu



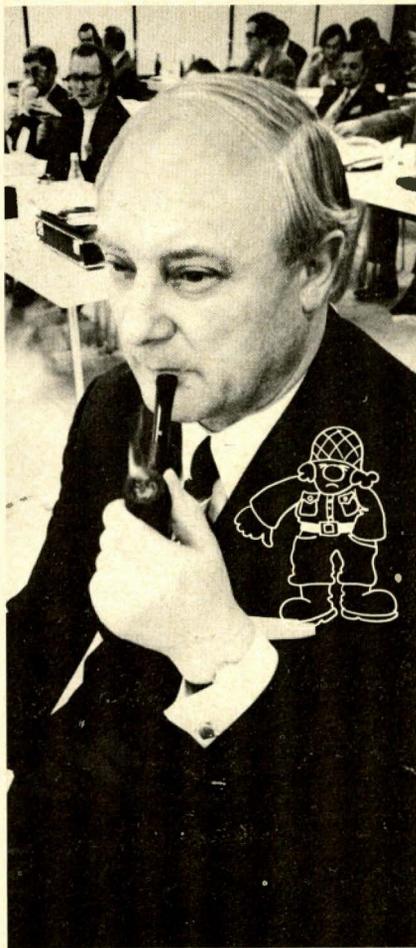
gehören Wehrkundeunterricht an den Schulen, die Bundeswehrhochschulen, aber auch die Berufsverbote für Demokraten und Sozialisten im öffentlichen Dienst.

Gerade die CDU/CSU nutzt die entspannungsfeindliche Haltung des Verteidigungsministers Georg Leber. Sie strebt nach atomarer Bewaffnung für die Bundeswehr. Kein Wort dazu im „Weißbuch“. Herr Leber will uns einlullen, will uns etwas weismachen! Das lassen wir uns nicht bieten! **Nehmen Sie Ihren Hut, Herr Leber!**

Wir wissen, daß die Voraussetzungen für eine friedliche Politik, für die Abrüstung gegeben sind. Die Bundesregierung hat Verträge über die Entwicklung friedlicher Beziehungen mit der Sowjetunion, der VR Polen, der CSSR und der DDR abgeschlossen. Der Atomwaffensperrvertrag wurde ratifiziert. Die Verträge wurden von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes gebilligt. Mehr noch: Ohne die demokratischen Aktionen von Arbeitern, Angestellten, Studenten und Soldaten wären sie gar nicht erst zustande gekommen. Dennoch gibt es in der Bundeswehr weiterhin den „Fall Rot“. Die sozialistischen Länder werden als unsere Feinde dargestellt.

Wir fordern, daß die Bundesrepublik mit der Entspannungspolitik ernst macht und sich endlich den dringenden Problemen in unserem Land zuwendet. **Die Verträge müssen verwirklicht werden. Die Rüstungskosten sollen jährlich um 15 Prozent gesenkt werden, die Truppenstärke entsprechend vermindert werden. Wir brauchen Bildung statt Bomben!**

Die Bundesrepublik ist Mitglied der NATO, die in diesem Jahr 25 Jahre alt wird. Die NATO bedroht unsere Sicherheit: Sie stützt die faschistischen Diktaturen in Griechenland, Portugal und der Türkei. Wir fürchten, daß die NATO — wie in Griechenland — auch in unserem Land dazu dienen kann, eine von



„Nehmen Sie Ihren Hut, Herr Leber!“

der Mehrheit der Bevölkerung gewünschte Entwicklung brutal zu stoppen. Deshalb begrüßen wir alle Vorschläge zum Beispiel bei der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)“, die zur Auflösung der Militärblöcke führen.

Darum fordern wir: BRD raus aus der NATO!

In Vietnam, in Chile und im eigenen Land hat die US-Regierung bewiesen, daß sie den demokratischen

Fortschritt nur noch mit brutaler Gewalt aufhalten kann. US-Kriegsmaterial zur Unterdrückung der Völker wird von den Häfen unseres Landes verschifft.

Die US-Besatzungstruppen sind eine ständige Bedrohung für die Bevölkerung unseres Landes. Sie nehmen landwirtschaftlichen Boden, Naturschutz- und Erholungsgebiete für ihre gefährlichen Kriegsspiele in Beschlag. Sie besitzeln Bundesbürger. Sie tun alles, um die BRD zu einem Kriegsschauplatz vorzubereiten.

Darum müssen die Besatzungstruppen unser Land verlassen. Darum können wir nicht einsehen, warum die Steuerzahler die verbrecherische Politik der US-Regierung mit sogenannten Devisenausgleichszahlungen mitfinanzieren sollen.

Der Wehrbeauftragte besitzt nicht unser Vertrauen. In seinen Jahresberichten an das Parlament werden die Klagen der Generale nachgebettet, während die Anliegen der Soldaten als „radikal“ abgetan werden.

Um so eindringlicher wenden wir uns an die Gewerkschaften, ihre zur Bundeswehr eingezogenen Mitglieder in ihrem Bemühen um eine demokratische Kontrolle der Bundeswehr und die Durchsetzung berechtigter sozialer Forderungen zu unterstützen.

Darum fordern wir die Jugendverbände und alle demokratischen Organisationen in der Bundesrepublik auf, die Interessen der Wehrpflichtigen aktiv zu vertreten. Wir fordern die Journalisten auf, über die Probleme der Wehrpflichtigen zu berichten, auch gegen Bestrebungen von Verlegern, eine kritische Berichterstattung über die Bundeswehr zu verhindern.

Wir werden uns vor allem an unsere Kameraden wenden, unsere Forderungen mit ihnen diskutieren und in den Standorten verbreiten.

Bonn, 20. April 1974

Das sind die Unterzeichner von Soldat '74. Wehrpflichtige aus dem ganzen Bundesgebiet:

Arno Armgot, Panzerkanonier, Schwanewede; Manfred Alex, Gefreiter, Kellinghusen; Nothardt L. Becher, Stabsarzt, Leer; Peter Behrendt, Gefreiter, Hamburg; Frank Bensch, Panzerschütze, Augustdorf; Peter Boin, Wagenfeld; Thomas Borges, Coesfeld; Rainer Bruhns, Matrose, Flensburg; Bernd Bultmann, Gefreiter, Kiel; Stefan Cramm, Delmenhorst; Bernd

Duschner, Jäger, Bayreuth; Harald Forst, Stabsarzt, Rostrup; Michael Freund, Gefreiter, Koblenz; Michael Freytag, Gefreiter, Munster; Heiko Gosch, Barme; Holger Griebner, Jäger, Segeberg; Norbert Grosz, Funker, Hamburg; Bernhard Gründel, Gefreiter, Buxtehude; Hans Grzonka, Schütze, Rheine; Arno Heider, Gefreiter, Burbach; Werner Hensel, Flieger, Pinneberg;

Reinhard Herder, Gefreiter, Hamburg; Peter Hölbe, Gefreiter, Hamburg; Clemens Hürten, Gefreiter, Flensburg; Paul Hug, Tuttlingen; Ulrich Indersmitten, Kanonier, Hamburg; Manfred Janusch, Gefreiter, Lüneburg; Peter Kass, Gefreiter, Neumünster; Andreas Kettel, Jäger, Lübeck; Carl-Bernd Kleene, Panzerkanonier; Ansgar Knolle, Jäger, Stade; Horst Kuhl-

Auch darum: Soldat '74!

Generals-Probe: Bürgerkrieg

Nach und nach wurden in der Öffentlichkeit eine Vielzahl von Beispielen bekannt, wie die Bundeswehr-Generale den Notstand und den Bürgerkrieg vorbereiten:

— Bereits im Oktober 1965 probte der Bundesgrenzschutz die „Auflösung von Streikversammlungen“ und den Kampf gegen „Saboteure“. Das viertägige Manöver fand im Industriegebiet nördlich und südlich des Main statt. (tat 6. 11. 65; FR 13. 11. 65)

— Vom 9. bis 13. März 1973 übten NATO-Militärs am grünen Tisch den Bürgerkrieg in der Bundesrepublik. Name des Manövers: „Wintex 73.“ Als „Spannungsfall“ war angenommen worden: In Marburg rebellieren Mitglieder des MSB Spartakus, in anderen Landesteilen versuchen „Rädelsführer“ Gastarbeiter aufzuwiegeln. „Spezialaufgaben“ bestehen jetzt in der militärischen „Beseitigung dieser Spannungsfälle“. (tat 10. 3. 73)

— Bei der Stabsrahmenübung „Römerkastell“ vom 24. bis 29. Mai 1973 probten Soldaten der 2. Jägerdivision im nordhessischen Treysa



Auch Wehrpflichtige stehen an der Seite des chilenischen Volkes: 66 Soldaten — zum größten Teil aus der Niedersachsen-Kaserne in Barme (b. Verden a. d. Aller) haben in einer Erklärung gegen den Terror der chilenischen Militärs protestiert.

den Notstand, wie ihn sich die Bundeswehrführung vorstellt:

— In Gießen und Marburg fordert die Polizei bei Demonstrationen Unterstützung an. Soldaten werden gegen Demonstranten eingesetzt.

— Bei Henschel in Kassel streiken die Arbeiter und Angestellten. Sie lassen keine Streikbrecher durch. Bundeswehr wird eingesetzt. Beteiligte Soldaten berichten davon, daß

einzelne Soldaten in blauen Monteuranzügen operieren mußten, was die Verkleidung als Arbeiter darstellte. (tat 7. 7. 73; 28. 7. 73; 11. 8. 73)

Das sind nur einige Beispiele. Hier wurde nur die Spitze eines Eisbergs sichtbar. Solchen Notstandsübungen mit Putschgelüsten im Hintergrund muß rechtzeitig begegnet werden.



Er arbeitet beim Bund wie ein Facharbeiter — für weniger als einen Lehrlingslohn. Die Rüstungsbosse kassieren Milliarden-Beträge.

Nepp ohne Risiko

Gläser kippen, Bierflaschen klirren, in der Ecke dröhnt die Musikbox.

Ab und zu kommt die Wache rein, führt einen Soldaten zur „Ausnüchterung“ in die Zelle.

Fast allabendliches Bild in Kantine der Bundeswehr. Denn nach Dienstschluß spielt sich die Freizeit vieler Soldaten in der ungemütlichen Bundeswehrkantine ab, weil die Zeit zu knapp oder der Weg in den nächsten Ort zu weit ist.

Das wird sich in den Kantine in einem hohen Umsatz von Bier und Spirituosen aus. Ganz im Sinne des Kantinenpächters, der daran eine Menge verdient.

Er hat in der Kaserne das Monopol. Konkurrenz hat er nicht zu fürchten. Angebot und Preise sind an dieser Situation orientiert: Vom Schuhputzzeug über Zeitschriften und Süßigkeiten bis zur Curry-Wurst — alles ist in der Kantine zu gepfefferten Preisen zu haben.

Massenumsatz und geringe Kosten machen den Kantinenpächter zu einem reichen Mann — auf Kosten der Soldaten. Bis zu 100 Prozent hauen die Kantinenpächter auf die Preise drauf.

Unkosten entstehen ihm dabei kaum: Die Einrichtung läuft nicht auf seine Kosten, Miete, Strom und Wasser müssen nicht bezahlt werden.

Den Nepp praktiziert er ohne Risiko: Die Standortverwaltungen der Bundeswehr stimmen zu und segnen die Horrorpreise mit Dienststempel und Unterschrift ab. Der niedrige Wehrgeld erlaubt so nicht einmal mehr „kleine Sprünge“.

Es wird Zeit, daß den verantwortlichen Herren in der Bundeswehr und im Bundestag Dampf gemacht wird. Und da reicht es auch nicht aus, wenn in den Kantine einige Verschönerungsaktionen durchgeführt werden. Die Wehrpflichtigen müssen über Angebot und Preise mitbestimmen können.

Die Methoden des MAD

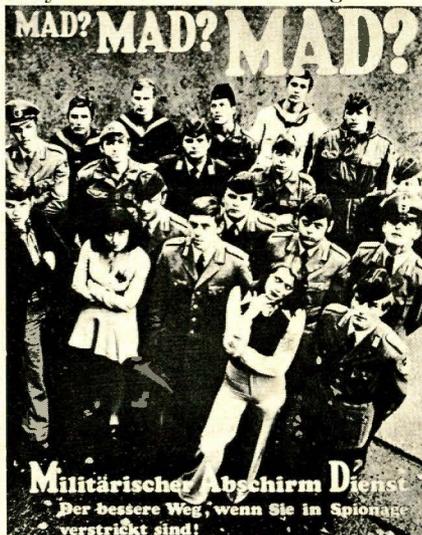
5. 3. 74, Flensburg-Weiche, Brisen-Kaserne. Dem Jäger Griebner wird vom Hauptfeldwebel Benz (5. Kp) befohlen, sich einem Verhör durch zwei Herren auszusetzen. Erst zwei Tage später erfährt Griebner, daß die der MAD-Gruppe Kiel angehören. Sein Chef, Hauptmann Rodde, nennt sie: „Oberbootsmann Bauer“ und „Oberbootsmann Schmidt“. Griebner wird „verdächtigt“, Verstöße von Vorgesetzten in die Öffentlichkeit getragen zu haben. Er schildert das Verhör: „Ich fordere die Herren auf, sich mir vorzustellen. Sie kommen dem nicht nach und weisen sich auch nicht aus. Zunächst benehmen sie

sich freundlich und zuvorkommend, gestatten mir das Rauchen. Dann wird einer laut. Ich habe keine Veranlassung, etwas zu sagen. Da reden sie mir ein: „Griebner, Sie zittern. — Warum sind Sie so nervös? — Sehen Sie sich mal Ihre Hände an.“ Ich verlasse den Raum. Kompaniefeldwebel Benz befiehlt mir, wieder zurückzugehen. Das Verhör geht weiter. Ich werde gefragt, ob ich nach meiner Grundausbildung in meinen Heimatort versetzt werden möchte, was ich bejahe. Daraufhin will man den Ort der ADS-Treffs in Flensburg und Namen wissen. Als ich nichts sage, fällt die Bemerkung, daß bei Leuten meines Schlages wegen „ideologischer Verböhrtheit“ Geld ja doch keine Rolle spiele. Jetzt verlasse ich endgültig den Verhörraum.

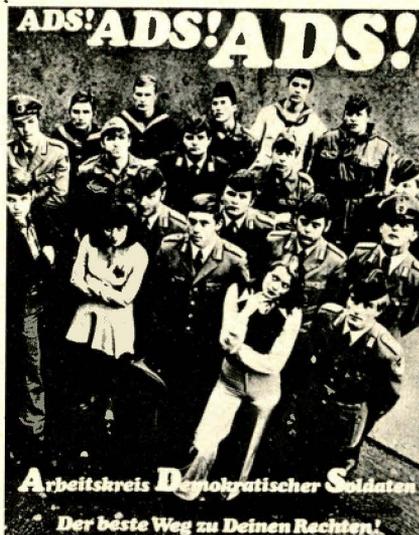
Grundrechte in Gefahr

Jürgen Stowasser stellte Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer und wurde vom Prüfungsausschuß anerkannt. Der Leiter des Kreiswehrrersatzamtes legte Widerspruch ein, es kam zur zweiten Verhandlung: Die Prüfungskammer lehnte den Kriegsdienstverweigerer ab. Jürgen Stowasser klagte beim Verwaltungsgericht. Trotz des schwebenden Verfahrens wurde er am 2. Januar 1974 zur Bundeswehr eingezogen. Er lehnte den Dienst mit der Waffe ab, um seiner Gewissensentscheidung Folge zu leisten. Wegen Befehlsverweigerung wurde er am 9. Januar in der Hindenburg-Kaserne in Oldenburg-Kreyenbrück in Einzelhaft gesteckt.

Der Kriegsdienstverweigerer Peter Johannsen wurde am Abend des 5. März 1974 von der Polizei festgenommen und in die Strafanstalt Lingen/Ost eingeliefert. Der Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes, der das Recht auf Kriegsdienstverweigerung unbedingt garantiert, wird immer weiter ausgehöhlt: Selbstherrliche Prüfungsausschüsse erkennen immer weniger Antragsteller als Kriegsdienstverweigerer an — vermutlich auf Weisung des Bundesverteidigungsministeriums. Seit Dezember 1973 wird von den eingezogenen und noch nicht rechtskräftig anerkannten Kriegsdienstverweigerern voller Waffendienst verlangt. Und wer anerkannt ist, soll bis zur Zuweisung eines Zivildienstplatzes Dienst in der Bundeswehr tun. Von der Bundeswehrführung wird hier eindeutig Verfassungsbruch praktiziert.



FALSCH



RICHTIG



(Name und Anschrift)

(Unterschrift)

- Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar von elan zugesandt bekommen
- Ich bestelle ab bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das sozialistische Jugendmagazin elan (Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

Herausgegeben vom Jugendmagazin elan.
 Redaktion: 46 Dortmund, Brüderweg 16, Tel.: 57 20 10.
 Verantwortlich: Peter Bubenberger, Dortmund.
 Druck: Plambeck, Neuss.



KURO

elam
POLIT-POSTER

Nikolai Ostrowski

Wie der Stahl gehärtet wurde

Aus dem Russischen

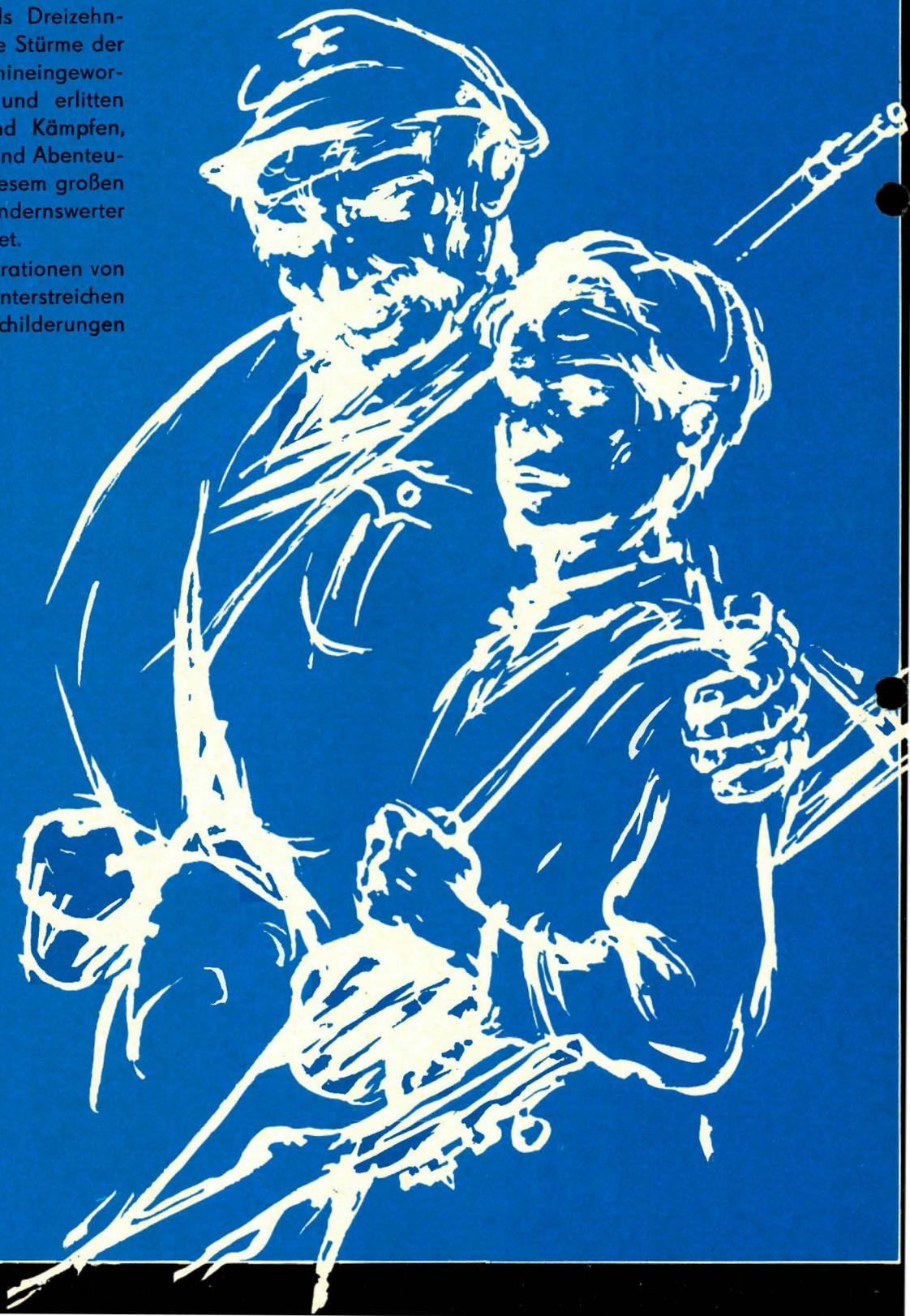
Illustriert von Kurt Zimmermann
448 Seiten · Leinen 6,- M

Ostrowski wurde als Dreizehnjähriger mitten in die Stürme der Oktoberrevolution hineingeworfen. Was er erlebt und erlitten hat an Freuden und Kämpfen, an Enttäuschungen und Abenteuern, das hat er in diesem großen Roman mit bewundernswerter Meisterschaft gestaltet.

Ausgezeichnete Illustrationen von Kurt Zimmermann unterstreichen die eindrucksvollen Schilderungen Ostrowskis.



Bestellungen an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16



forum

forum der
jugend-
verbände

Landeskongresse der SDAJ

Ein gutes Stück vorangekommen

Von Zeit zu Zeit und mit schöner Regelmäßigkeit machen sich Redakteure und Reporter des „Spiegel“ in Hamburg daran, einen sogenannten Tatsachenbericht über die SDAJ zu produzieren. Wie elan erfuhr, ist wieder ein neuer in der Mache. Das Ziel diesmal: Es soll nachgewiesen werden, daß der Einfluß der SDAJ unter der Jugend ständig schwindet . . . Woher die Herren vom „Spiegel“ ihre Informationen nehmen, ist besonders in diesem Jahr recht rätselhaft. Denn auf den Landeskongressen der SDAJ, die am 30./31. März und 6./7. April in Vorbereitung des IV. Bundeskongresses der SDAJ durchgeführt wurden, war kein Beobachter des „Spiegel“ zu entdecken.

Dafür haben Redakteure und Mitarbeiter von elan die Gelegenheit genutzt, an den Landeskongressen teilzunehmen. Die Vielzahl der Diskussionsbeiträge und Anträge, die in Vorbereitung der Kongresse durchgeführten Aktionen, die breite Palette der Aktivitäten, von denen die Delegierten zu berichten wußten — das alles läßt in Kurzfassung den Schluß zu: Mit der SDAJ ist es weiter vorangegangen, und zwar nicht zu knapp. Mit den folgenden Schlaglichtern und Kurzberichten von den Landeskongressen wollen wir versuchen, einen kleinen Eindruck zu vermitteln.

Bayern

„Das Löwenbräu-Land ist in Wirklichkeit Großkapital-Land!“ — diese Feststellung im Hauptantrag an die IV. Landeskongress der SDAJ Bayern wurde durch eine Vielzahl knallharter Beweise in Diskussionsbeiträgen, im Referat des wiedergewählten Landesvorsitzenden Walter Listl und durch ein die Konferenz abschließendes Tribunal gegen den Bildungsnotstand in Bayern erhärtet.

Daß Bayern auch das Eldorado der Rüstungsproduzenten in der BRD ist, und daß sich die Jugend damit nicht länger abfinden will, das wurde durch die Losung der Konferenz und durch eine Demonstration durch die Straßen Nürnbergs unterstrichen: „Mehr Geld für

Bayerns Jugend — weniger für die Rüstung!“

„Auf der einen Seite rostet im Münchner Deutschen Museum ein Senkrechtstarter vor sich hin, der im Auftrag der Bundesregierung bei MBB (Messerschmidt, Blohm, Bölkow) für 450 Millionen DM gebaut wurde — auf der anderen Seite gibt es in allen Städten Bayerns einen akuten Freizeithem-mangel. Mit den 450 Millionen DM hätte ein Student in Bayern 70 000 Semester studieren können, in denen er das vom VDS geforderte 500-DM-Stipendium erhält. Oder andersherum: Alle 30 000 Studenten in München hätten davon ihr ganzes Studium absolvieren können.“ So stellte es der wiedergewählte

Landesvorsitzende der SDAJ Bayern, Walter Listl, in seinem Referat fest.

Auch die Freizeit der Jugend wurde zu einem Supergeschäft für die bayerischen Unternehmer. Bäder, Kinos und Theater werden für Jugendliche immer unerschwinglicher.

„Heranziehung der großen Banken und Brauereien zur Finanzierung der Freizeitheime und freier Zugang zu allen Seeufern und anderen Naherholungsstätten“ — diese Forderung im Hauptdokument der Konferenz werden sich Bayerns SDAJler neben dem Kampf gegen die weiß-blauen Rüstungshaie verstärkt zu eigen machen.

Baden-Württemberg

„Besonders erfolgreich waren wir da, wo wir bei betrieblichen Problemen am Ball geblieben sind“, erklärte der wiedergewählte Vorsitzende Manfred Zachmann auf der baden-württembergischen Landeskongress der SDAJ. Schwerpunkt der Konferenz in Stuttgart: „Für demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsausbildung! Für die Einheit der Jugend! Stärkt die SDAJ!“

Wie wichtige Aktivitäten der SDAJ abliefern, machte Manfred Zachmann an einem Beispiel deutlich: „Als bei BBC in Mannheim 77 Lehrlinge gefeuert werden sollten, weil sie für Teuerungszulagen und Fahrgeldrückerstattung streikten, stand die SDAJ jeden Tag mit ihrer Lehrlingszeitung vor dem Betrieb, sammelte Unterschriften und entwickelte eine breite Solidaritätskampagne. Mit dadurch gelang es, die BBC-Bosse in die Schranken zu weisen und eine größere Entlassungswelle zu verhindern.“

Nachdrücklich orientierten die Delegierten auf die weitere Arbeit mit einem Aufruf der Jugendvertretung von Firma Freudenberg (Weinheim) für demokratische und moderne Bildung und Berufsausbildung. Dieser Aufruf, der massen-

hafte Unterstützung fand, hat auch unter der Sportprominenz inzwischen Unterzeichner gefunden: Olympia-Sieger Klaus Wolfermann und die Mitglieder des BRD-Bob-Weltmeisterschaftsschlitten! Ein anderer Beweis für die Aktivitäten der SDAJ: bis zur Konferenz allein 17 410,67 DM für Chile!

Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz droht zu einem Auswanderungsland innerhalb der BRD zu werden. **Allein im vergangenen Jahr verließen über 100 000 Menschen das Bundesland, weil sie dort keine Arbeit mehr fanden. Außerdem fehlen in diesem Jahr 16 000 Lehrstellen.**

„Diese Abwanderung bedeutet keine Lösung der sozialen Probleme“, erklärte der wiedergewählte Landesvorsitzende Bertold Schmidt in seinem Rechenschaftsbericht. Die Alternative der SDAJ ist in dem Sofortprogramm „Jugend kontra Kohl“ dargestellt, das ein Schwerpunkt der Diskussion auf der Landeskonferenz war. Hier wird klar ausgesagt, wie die Jugend von Rheinland-Pfalz zu mehr Freizeitmöglichkeiten, besseren Lehrstellen und Schulen kommen kann. Und vor allem wird gesagt, wo die Mittel herkommen sollen.

In Rheinland-Pfalz liegen Milliardenwerte von Rüstungsgütern, die da verrotten und in wenigen Jahren unmodern sein werden. Fünf Prozent des Werts der hier lagernden Rüstungsgüter würden ausreichen, um die Forderungen der Jugend zu erfüllen.

Eine wichtige Rolle spielte auf der Konferenz auch die internationale Solidarität. Bis zum IV. Bundeskongress sollen 5000 DM für Chile gesammelt werden.

Saar

Jahn-Turnhalle in Sulzbach: der Landesverband der SDAJ Saar führt seine 4. Landeskonferenz unter dem Vorzeichen der Kommunalwahlen am 5. Mai durch.

In einer Entschliebung fordert die SDAJ: „Damit die Grundrechte der Jugend nicht mehr mit Füßen getreten werden, ... müssen mehr Vertreter in die Parlamente, die die Interessen der Jugendlichen vertreten.“

Die einzige Partei, die die Grundrechte der Jugend in ihr Programm aufgenommen hat, ist die DKP. Wir fordern die saarländische Jugend auf, am 5. Mai die Vertreter der Deutschen Kommunistischen Partei zu wählen!“

Die SDAJ-Ortsgruppe Saarbrücken, Stadt des Freizeitkongresses der SDAJ und des Jugend-

forum

magazins elan, brachte eine Entschliebung zur Freizeitsituation ein: „So glauben die im Dienst der Konzerne stehenden ‚Volksvertreter‘, ein jährlicher Betrag von weniger als sechs Pfennigen pro Jugendlichen im Saarland würde als Jugendförderung völlig ausreichen.“

Außerdem forderte die SDAJ die Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Berufsbildungsgesetzes.

Gäste der Konferenz aus dem Ausland waren der Generalsekretär der Progressiven Jugend Luxemburgs und der Generalsekretär der französischen kommunistischen Jugendbewegung in Lothringen.

Alter und neuer Landesvorsitzender der SDAJ Saar ist Artur Moses.

Hessen



Auf den Landeskonferenzen der SDAJ in Bayern und Hessen überbrachte Monica Rivas als Vertreterin der Jugend der Unidad Popular die Grüße der chilenischen Jugend.

„12 000 Jugendliche in Hessen sind arbeitslos“ — „25 Prozent aller Arbeitslosen sind jünger als 25 Jahre“ — „25 000 Ausbildungsplätze fehlen 1974“ — „50 Prozent weniger Lehrstellen für Kaufleute bei Hoechst“ — „Die Deutsche Bundespost in Gießen stellt keine Lehrlinge ein“ — „Henschel-Hanomag bildet keine Kfz-Schlosser und Industriekaufleute aus“ ... das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Kontobuch der Bosse in Hessen, mit dem sie bei der Jugend Hessens in der Kreide stehen.

Als Plattform gegen die Bosse von Hoechst, Opel, VW und ihre politischen Fürsprecher beschloß die IV. Landeskonferenz der SDAJ Hessen einstimmig den Entwurf eines „Gesetzes zur sozialen Sicherung der Jugend in Hessen“.

In den kommenden Landtagswahlen werden sich die Kandidaten aller Parteien an den 10 Paragraphen dieses Entwurfes messen lassen müssen.

Den Entwurf breiten Kreisen der Jugend bekannt zu machen — das stellte der neugewählte Landesvorsitzende Ulrich Scheibner in seinem Schlußwort als eine der wichtigen kommenden Aufgaben heraus.

Bezeichnend ist, daß allein Abgeordnete der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), so z. B. aus dem mittlerweile schon über die Landesgrenzen hinaus bekannten Mörfelden, diesem Gesetzentwurf ihre aktive Unterstützung zusagten. Denn in Hessen zeigte es sich wie anderswo: Dort, wo Abgeordnete der DKP in den Parlamenten sitzen, hat die Jugend aktive Fürsprecher

20 000 DM waren in beiden Landesverbänden zur Solidarität mit Chile gesammelt worden und wurden Monica während der Landeskonferenzen in Form von Solidaritätsschecks überreicht.

und Mitkämpfer. „Die Jugend braucht eine konsequente politische Vertretung in den Stadt- und Gemeindeparlamenten und im hessischen Landtag, die den Konzernherren mutig und unbeirrt entgegentritt: Die Jugend braucht eine Fraktion der DKP im Landesparlament“ — diese Feststellung der Konferenz Wirklichkeit werden zu lassen und damit dem Gesetzentwurf der Jugend weitere Durchschlagskraft zu verleihen, wird eine der Schwerpunktaufgaben der hessischen SDAJ sein.

Nordrhein-Westfalen

In Bochum wehten die Fahnen auf Halbmast. Allerdings wegen des Todes des französischen Staatspräsidenten Pompidou und nicht, „weil die Bosse wissen, daß die SDAJ aus ihrer IV. Landeskonferenz gestärkt hervorgehen wird.“ So Marianne Mayer, SDAJ-Vorsitzende in Bochum, in ihrem Diskussionsbeitrag.

Im Referat des alten und neuen Landesvorsitzenden der SDAJ, Werner Teriet, im Rechenschaftsbericht und in den Diskussionsbeiträgen wurden immer wieder die Machenschaften der Bosse angeprangert, die die Lehrstellen künstlich verknappten, um jede Veränderung im Berufsbildungsgesetz abzublocken.

Um über diese Problematik zu diskutieren, hatte die SDAJ Bundesminister Dohnanyi nach Bochum eingeladen. Bezeichnenderweise war der Minister gerade an diesem Wochenende „verhindert“.

Werner Teriet sagte dazu: „Dieser ‚Volksvertreter‘ Dohnanyi läßt sich also wieder einmal um den Finger der Unternehmer wickeln. **Gegen das, was wir in diesen Wochen und Monaten an massiven Verbrechen der Bosse gegen die Grundrechte der Jugend erleben, nehmen sich die Aktionen der Mafia wie stümperhafte Delikte einer kleinstädtischen Automatenknackerbande aus.** Wir protestieren von dieser Landeskonferenz aus dagegen, daß die Politiker der Parteien im Bundestag und Landtag von NRW wie Groschenjungen an der Ecke Schmiere stehen und diesen Verbrechen offenen Auges ihre Dekkung geben! Wir setzen den Kampf um ein neues, den Interessen der Arbeiterjugend dienendes Berufsbildungsgesetz fort und wenden uns in aller Entschiedenheit gegen den vorliegenden Regierungsentwurf. Damit wissen wir uns einig mit allen fortschrittlichen Kräften in der arbeitenden und lernenden Jugend, mit den demokratischen Jugend- und Studentenverbänden und fortschrittlichen Schülervereinigungen sowie den Gewerkschaften.“

Niedersachsen

Bei der IV. Landeskonferenz der SDAJ in Niedersachsen, die im Braunschweiger Freizeit- und Bildungszentrum stattfand, konnte den Bossen Zunder gegeben werden: in vielen Städten gibt es jetzt statt einer Ortsgruppe Ortsverbände mit mehreren Gruppen. Wenige Tage vor der Konferenz konnte in Hannover die sechste Stadtteilgruppe gegründet werden, bei Erscheinen

forum

dieser elan-Ausgabe wird es dort bereits sieben Gruppen geben. Die Mehrzahl der neuen Gruppen konnte in kleineren Orten auf dem „flachen Land“, oft weitab von Großstädten gegründet werden. Eine positive Entwicklung.

Über mangelnde Aufgaben kann sich die SDAJ trotz dieser Verstärkung nicht beklagen.

Eins der wesentlichen Probleme in Niedersachsen hob der (alte und neue) Landesvorsitzende Stephan Krull in seinem Referat hervor: **„In unserem Lande herrschen zehn Konzerne... Die Macht dieser Konzerne steht der Arbeiterjugend nicht nur in der Berufsausbildung im Wege, sie sorgt auch für eine zunehmende Unsicherheit der Arbeitsplätze. Im Bundesdurchschnitt müssen wir gegenwärtig 120 000 jugendliche Arbeitslose registrieren. In unserem Lande ist die Arbeitslosigkeit besonders kraß. Allein in Hannover ist jeder zehnte Jugendliche arbeitslos. In Braunschweig gibt es über 2500 jugendliche Arbeitslose, das sind mehr als ein Drittel der Arbeitslosen insgesamt.“** Es blieb nicht bei der Feststellung. Beschluß: „Wir als sozialistischer Jugendverband müssen diesem Problem mehr Aufmerksamkeit widmen. Wir müssen verstärkt den Kampf aufnehmen gegen diese Unternehmerwillkür...“

Hamburg

Ein Kampfprogramm für die 100 000 Jugendlichen in Hamburg entwickelten die Delegierten der Landeskonferenz: „Hamburgs Jugend muß mitbestimmen! Demokratische Bildung und bessere Freizeit erkämpfen! Mach mit in der SDAJ!“ Allein mit ihrer Aktion Freie Fahrt — „Unsere Forderungen für unsere Freizeit“ mobilisierten die Hamburger SDAJler 20 000 Jugendliche ihres Landes, die mit ihrer Unterschrift das Forderungsprogramm unterstützten.

Die erhebliche Verstärkung der SDAJ machte der neugewählte Landesvorsitzende Werner Stürmann in seinem Referat deutlich:

„Viele Forderungen, die wir 1971 auf unserer 3. Landeskonferenz aufgestellt hatten, sind heute auch durch das Wirken unseres sozialistischen Jugendverbandes, jeder Gruppe und jedes Mitgliedes Wirklichkeit geworden. Damals führten wir mit 19 Gruppen unsere Konferenz durch, heute sind 54 Gruppen im Interesse der Hamburger Jugend aktiv.“

Wie der erfolgreiche Weg weitergehen soll, wird in der Hauptschlusssitzung der Konferenz formuliert: „Was wir gemeinsam wollen, müssen wir gemeinsam erkämpfen. In Hamburg dürfen die Pfeffersäcke, die Eigentümer der Werften, der Banken, darf Springer nicht mehr uneingeschränkt das Sagen haben... Deswegen ruft die SDAJ die Hamburger Jugend auf: **Werdet aktiv! Schließt euch zusammen! Stärkt die SDAJ! Das hilft, den Grundrechten der Jugend zum Durchbruch zu verhelfen!**“

Bremen

„An die Bremische Bürgerschaft — Landtag —

Um die Grundrechte der Jugend zu verwirklichen und den Widerspruch zwischen dem Anspruch der Landesverfassung und der Verfassungswirklichkeit im Lande Bremen zugunsten der arbeitenden und lernenden Jugend zu überwinden, möge die Bremische Bürgerschaft — Landtag — beschließen:

Gesetz zur Sicherung der Rechte der Jugend“

So beginnt der Antrag Nr. 1, neben dem Referat der wiedergewählten Landesvorsitzenden Hella Franz das Kernstück der politischen Arbeit der IV. Landeskonferenz der SDAJ Bremen.

Allein 1000 jugendliche Arbeitslose in der Konferenzstadt Bremerhaven zeigen wohl deutlich genug an, wie notwendig dieser Gesetzesantrag und die in ihm geforderten Sofortmaßnahmen sind.

„An einer Sache dranbleiben, uns festbeißen. Durch Beharrlichkeit und Ausdauer werden wir auch Erfolge erringen“ — so steht es im Rechenschaftsbericht an die Landeskonferenz zu lesen.

Nach dieser Faustregel konnte die SDAJ Bremen, ob bei der Seebeck-Werft oder bei Siemens erfolgreich für die Interessen der Kollegen kämpfen. Die Realisierung des Gesetzesentwurfs ist ein Teil der wichtigen Aufgaben, die vor den Bremern stehen. „Sie alle werden wir nur meistern, wenn wir darum gemeinsam mit anderen demokratischen Jugendorganisationen kämpfen“; — diesen richtigen und erfolgreichen Weg wird die SDAJ auch als Mitgliedorganisation des Landesjugendringes Bremen weitergehen.

Schleswig-Holstein

„Jungheinrich stellte die Lehrlingsausbildung ein. Daraufhin trat in Verbindung mit einem Extrablatt unserer Betriebszeitung der ‚Rote Kuckuck‘ in Aktion. Gleichzeitig verteilten wir dazu ein Flugblatt in der Stadt. Diese Aktion

wurde von beiden Norderstedter Zeitungen aufgegriffen und jeweils als Leitartikel veröffentlicht.“

Wie bei allen Landeskonferenzen der SDAJ war auch in Lübeck der „Rote Kuckuck“ gern gesehener Gast der SDAJ Schleswig-Holstein.

Für die schlechte Berufsausbildung im Land zwischen Nord- und Ostsee sind vor allem die großen Werften in Kiel und Flensburg verantwortlich zu machen. Im Rechenschaftsbericht an die Landeskonferenz heißt es dazu: „Die Bosse wollen verschleiern, daß sie es sind, die eine gute Ausbildung verhindern. Neu ist diese Masche nicht, z. B. werden bei den Howaldtswerken/Deutsche Werft AG (HDW) seit 10 Jahren systematisch Ausbildungsplätze reduziert... Den Re-

kord bei Durchfallquoten für Elektromechaniker hält HDW Kiel. 56 Prozent der Elektromechaniker fielen 1973 durch die Prüfung. Und in diesem Jahr sieht es nicht anders aus...“

Unter der Losung „Freizeitzentren statt Millionärsherbergen“ wird sich die SDAJ auch in Zukunft aktiv in den zahlreichen Jugendzentrumsinitiativen des Landes engagieren. „Wir lassen uns nicht länger durch Vertröstungen oder häufig unzumutbare Provisorien abpeisen“, erklärte in seinem **Schlusswort der neugewählte Landesvorsitzende Heinz Stehr.**

IV. Bundeskongreß der SDAJ

Gegen ASchO — für die Rechte der Schüler

Immer mehr Schüler erkennen die Notwendigkeit und Richtigkeit, sich im sozialistischen Jugendverband der arbeitenden und lernenden Jugend, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), zu organisieren. Für immer mehr Schüler wird es deutlich: Heute kommt es darauf an, gemeinsam mit der Arbeiterjugend den Kampf um die Grundrechte der Jugend zu führen. Dies zeigt sich darin, daß von den Jugendlichen, die in den vergangenen Wochen, insbesondere in Vorbereitung des IV. Bundeskongresses der SDAJ am 18./19. Mai in Hannover, Mitglied wurden, ein großer Teil Schüler war.

Von Bert Badekow

So gibt es heute in der Bundesrepublik 34 sozialistische Schülergruppen, die sich korporativ der SDAJ angeschlossen haben, gründen sich in immer mehr Städten Schülerarbeitskreise der SDAJ, werden SDAJ-Schülergruppen gebildet. Mit den vielfältigsten Mitteln treten die Schüler an ihre Mitschüler an den Schulen heran, um sie für den Kampf um unsere gemeinsamen Interessen zu gewinnen. Schülerzeitungen machen auf die Mißstände des Bildungswesens dieses Landes aufmerksam und zeigen die Alternativen zur Veränderung des Bildungssystems im Interesse der arbeitenden und lernenden Jugend auf. So erscheinen inzwischen 80 Schülerzeitungen in vielen Orten der BRD. Heute können wir feststellen: Die fortschrittliche Schülerbewegung unseres Landes konnte sich stärken und weitere Erfolge erreichen.

Unter den Schülern verbreitet sich immer mehr die Erkenntnis: Die-

ses Bildungssystem dient der Erhaltung einer Gesellschaft, die vom Profit bestimmt und von den Großkonzernen beherrscht wird. War es doch die CDU/CSU, die den Grundstein für dieses rückständige Schulsystem gelegt hat, und ist es heute die gleiche Partei, die die Rechte der Schüler abbauen, die Schülervertretungen mundtot und die Schülerzeitungen zensieren will. Dies wird besonders in der bayrischen „Allgemeinen Schulordnung“ (ASchO) deutlich. Gleichzeitig versucht die CDU/CSU mit Augenwischerei und Demagogie, die Jugend für die Ziele der Monopolbosse zu gewinnen. Für dieses Ziel haben sie sich die „Schüler-Union“, ein Anhängsel der Jungen Union und des RCDS, geschaffen, ein Tarnmäntelchen für ihre reaktionäre Politik. Finanziert wird diese Organisation von den Bossen, vom Wirtschaftsrat der CDU, was Heimo George, Geschäftsführer des Wirtschaftsra-tes offen zugibt, indem er sagt, daß

die Spendenaktion für die Schüler-Union „ein Erfolg“ ist. Und: „Da kommt allerhand zusammen“. Die Aufgabe dieser „Demokraten“ ist für George klar. Er sagt: „Solange die CDU die Partei der sozialen Marktwirtschaft ist, kann die Wirtschaft auf sie vertrauen. Die Jugend soll diese Politik ins Volk tragen.“ Und um dies zu erreichen, werden in die Zeitungen Anzeigen „Wir suchen Paten“ gesetzt, organisierte das unternehmerfreundliche SPD-Blatt „Neue Ruhr Zeitung“ ein Podiumsgespräch Anfang April zwischen Unternehmern und Schülern in Essen, um die Schüler unseres Landes von den „Vorteilen“ dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu „überzeugen“.

Auch die SPD und FDP versuchen über Schülerorganisationen ihre Bildungspolitik, die sich nur an den Interessen der Bosse und der Rüstungshaie orientiert, zu verschleiern und den Schülern einzureden, sie würden Bildungsreform durchführen. Was aber nach ihren Versprechungen kam, waren steigende Rüstungsausgaben, Einrichtung von Bundeswehrhochschulen, ein sich immer mehr verschärfendes Berufsverbot und der Numerus clausus. Was kam, war die Verweigerung der Mitbestimmung für Schüler, Lehrer und Eltern. Von den Versprechungen der SPD-Regierung zur Demokratisierung des Bildungswesens wurde nichts umgesetzt! Deshalb kommt es heute darauf an, daß sich die Schüler selbst holen, was man ihnen versprochen hat!

Die SDAJ hat immer fest an der Seite der Schüler im Kampf für eine fortschrittliche und demokratische Schule gestanden. Im März dieses Jahres gab die SDAJ gemeinsam mit den ihr korporativ angeschlossenen sozialistischen Schülergruppen den Entwurf des Schülerforderungsprogrammes „Für die Rechte der Schüler — gemeinsam mit der Arbeiterjugend — mach mit in der SDAJ“ heraus (siehe auch ‚elan‘ 4/74), das in breiter Diskussion mit Schülern, Lehrern und Eltern entstanden ist.

Mit attraktiven und öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Diskussionen und Veranstaltungen wurden diese Forderungen in den vergangenen Wochen unter den Schülern verbreitet. Der Marxistische Schülerbund Düsseldorf verlieh auf einer Schülerfete dem Kultusminister von NRW, Girgensohn, den „Roten Kuckuck“ für seine „Verdienste“ in der Bildungspolitik. In Nürnberg fand anlässlich der IV. Landeskonferenz ein Tribunal statt, auf dem die bayrischen Bildungsfeinde entlarvt und „verurteilt“ wurden.

Das war schon lange fällig!

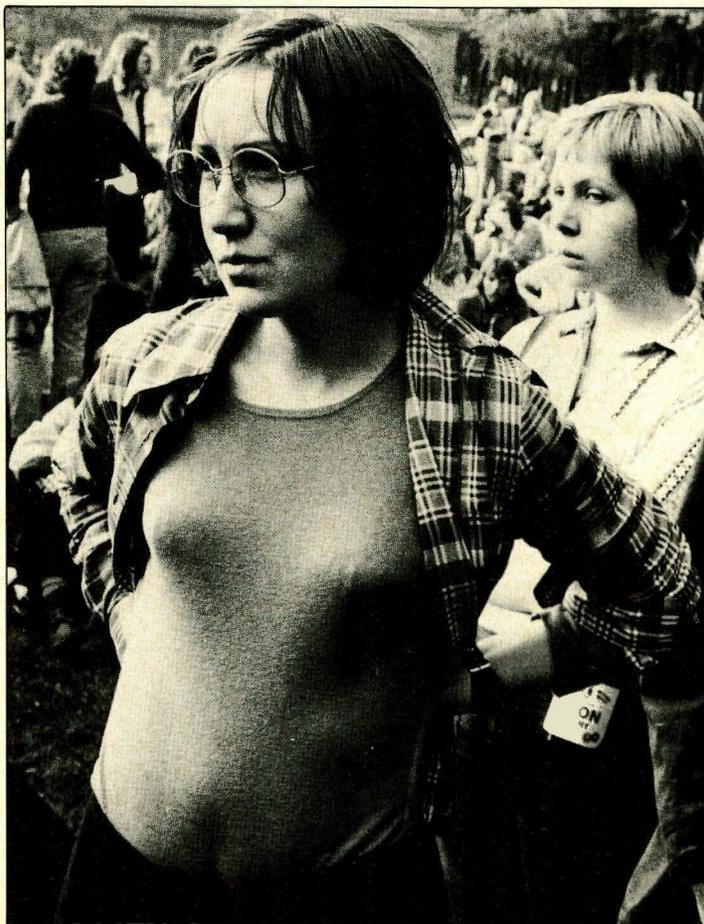
Volljährig mit 18

Von Werner Winter

Was seit langem überfällig ist, was in den sozialistischen Ländern schon seit langem selbstverständlich war, wird jetzt auch in der Bundesrepublik Wirklichkeit. Ende März hat der Bundestag unter dem Druck der demokratischen Jugendbewegung beschlossen, das Volljährigkeitsalter von 21 auf 18 Jahre herabzusetzen. Damit wurde eine längst überfällige Forderung der fortschrittlichen Jugend endlich verwirklicht. Das ist ein weiterer bedeutender Erfolg im Kampf der arbeitenden und lernenden Jugend für ihre Grundrechte. Denn es war absolut nicht einzusehen, warum man in der BRD bereits mit 18 Jahren zur Bundeswehr einberufen werden kann — ansonsten aber als „unmündig“ geführt wird.

Es ist aber vollkommen unverständlich, daß das Volljährigkeitsgesetz erst am 1. Januar 1975 in Kraft treten soll. Das Gesetz muß sofort wirksam werden! Aber machen wir uns nichts vor: Auch nach der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters sind die brennenden Probleme der Jugend in unserem Land nicht gelöst: Der Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen geht verstärkt weiter. Die von der Bundesregierung vielbeschworene „Lebensqualität“ sieht so aus, daß die Preise ins Unermeßliche steigen, die Bildung und Berufsausbildung aber mies ist wie eh und je.

Nach wie vor gibt es millionenfache Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzge-



setz. Nach wie vor gibt es keine wirksame Mitbestimmung! Das sind die Probleme, die nach wie vor vor der Jugend unseres Landes stehen.

Volljährig mit 18 — das ist ein Erfolg, auf dem wir uns aber nicht ausruhen können.

Fünfzehn Tage mehr Urlaub

... für Jugendliche in der Sowjetunion

Von Wladimir Afinogenow

Die Abgänger der Oberschulen haben noch ihre Prüfungen abzulegen, in den Stadt- und Rayonssowjets der De-

putierten der Werktätigen wird bereits die Frage beraten, wo und unter welchen Bedingungen Jungen und Mädchen arbeiten werden. Die ständigen Kommissionen der Sowjets für Jugendfragen sehen eine ihrer Grundaufgaben darin, nach einer optimalen Vereinigung der in allen Zweigen der sowjetischen Volkswirtschaft stets bestehenden großen Nachfrage nach Arbeitskräften mit der der Jugend eigenen Bestrebung zu suchen, sich nur für „abwechslungsreiche“, romantische Berufe zu entscheiden.

Das Problem der Arbeitsvermittlung als solches gibt es in unserem Lande nicht, jedoch ist es für den Staat sehr wichtig, die Jugendlichen gerade dort in der Produktion einzusetzen, wo es an den Arbeitskräften am meisten mangelt. Dabei haben die Deputierten, die die-

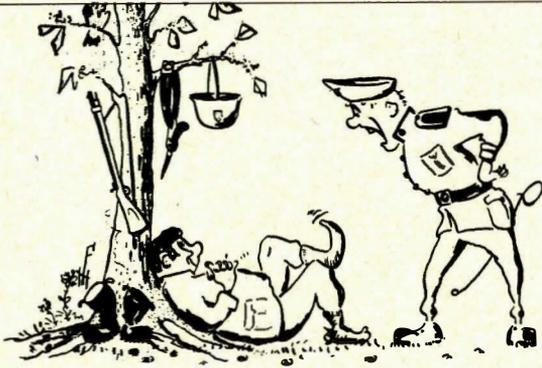
sen Kommissionen angehören, auch daran zu denken, daß ein Fehler bei der Berufswahl den Wechsel des Arbeitsplatzes, die sogenannte Fluktuation der Arbeitskräfte, nach sich zieht, was sowohl der Gesellschaft als auch dem jungen Menschen mit einer noch labilen seelischen Verfassung sehr teuer zu stehen kommt.

In der Sowjetunion wurde ein engmaschiges System von Berufsberatungsstellen geschaffen, die von Organen der Staatsgewalt unmittelbar kontrolliert werden.

Im Arbeitsgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) gibt es einen Abschnitt, der die Jugend betrifft. Darin sind ein gekürzter Arbeitstag, ein Urlaub nur in den Sommermonaten (wobei die Urlaube der Jugendlichen um 15 Tage länger als die der Erwachsenen sind), die Arbeit nur am Tage sowie das Verbot vorgesehen, die Jugendlichen in Abteilungen mit gesundheitsschädlichen Bedingungen und in Warmbetrieben einzusetzen.

In den Jahren 1971—1972 wurden für die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsschutzes in der erdölverarbeitenden und petrochemischen Industrie über 68 Millionen Rubel verausgabt. Etwa 1 Million Rubel wurden im Jahre 1973 für die wissenschaftlichen Forschungs- und Konstruktionsarbeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Industriehygiene bereitgestellt.

Die Kommissionen des Obersten Sowjets der UdSSR für Jugendfragen empfahlen dem Ministerium für erdölverarbeitende und petrochemische Industrie, zusätzliche Maßnahmen zu treffen, die eine sehr strikte Einhaltung der geltenden Arbeitsgesetze, die die Jugend betreffen, gewährleisten.



„Warum so aufgeregt, Herr Unteroffizier? Sie haben doch selbst gesagt ‚hinlegen‘...“
Zeichnung: H. Firzloff (aus: die tat)

Jetzt bestellen: Die neue „LINKS UM“!

Die neue „Links Um“ ist da!

Die demokratische Soldatenzeitung verteilt wieder jede Menge Hiebe unter Rüstungsbossen und reaktionären Bundeswehroffizieren!

Diesmal ist drin:

Die Forderungen der Wehrpflichtigen „Soldat '74“ im vollen Wortlaut! 25 Jahre NATO — 25 Jahre No to NATO: Die Geschichte vom General und vom Pionier!

Was steht im „Weißbuch“? Und: Spinnt der Wehrbeauftragte? Wo fanden in der letzten Zeit in der Bundesrepublik Bürgerkriegsübungen statt?

Was sind die Methoden des „Militärischen Abschirmdienstes (MAD)“?

Antworten darauf findet Ihr in der nächsten „Links Um“!

Also nichts wie weitersagen:

Die neue LU ist da!
Und bestellen bei:
Redaktion elan
46 Dortmund,
Brüderweg 16

Rost am Rad

„Mokicks“ im Test

Sie sehen aus wie kleine Motorräder, doch schneller als 40 km/h laufen sie kaum: Mokicks, auf dem Markt der motorisierten Zweiräder besonders gut im Rennen, kosten immerhin bis zu 1900 Mark.

Mokicks sind einerseits Zwillingbrüder der seit Jahren bekannten Mopeds, andererseits machen sie von ihrem sportlichen Äußeren

her den Eindruck von Kleinkrafträdern. Wie bei Mopeds ist die Höchstgeschwindigkeit gesetzlich auf 40 km/h beschränkt. Die Leistung beträgt bei beiden Fahrzeugtypen zwischen 1,5 und 3 PS, der größtmögliche Hubraum 50 ccm. Der Fahrer muß mindestens 16 Jahre alt sein und braucht den Führerschein der Klasse 5. Doch im Gegensatz zu Mopeds besitzen Mokicks keine Pedale, sondern Rasten. Das haben sie mit „echten“ Kleinkrafträdern gemein.

Der Test mit neun Mokicks, darunter auch zwei Kleinroller, sollte neben den Fahrleistungen vor allem Aufschluß über die Materialeigenschaften, das Fahrverhalten auf guten und schlechten Straßen, den Benzinverbrauch und die Handhabung geben. Bei der Korrosionsprüfung konnte kein Fabrikat befriedigen. Besonders das von Neckermann angebotene Modell Cross 40 und die M 50 Racing von Steyr-Daimler-Puch hatten an zahlreichen Einzelteilen starke Roststel-

len, so daß sie im Gesamturteil abgewertet wurden. Wesentlich besser schnitten die Mokicks bei den Fahrversuchen ab. Unebenheiten der Straße und Schlaglöcher auf Feldwegen sind zwar im Sattel zu spüren, doch bei normalen Straßenverhältnissen reicht der Federungskomfort aus.

Relativ groß waren die Unterschiede beim Benzinverbrauch. Die Meßwerte reichten von 2,2 Liter je 100 km beim Herkules MK 4 bis 3,8 Liter beim Modell M Racing. Noch überraschender die Inhaltsdifferenzen. In den Tank der Honda passen beispielsweise nur zweieinhalb Liter Benzin, während man die Florett von Kreidler mit 12,5 Liter auffüllen und somit wesentlich weiter fahren kann, bevor nachgetankt werden muß.

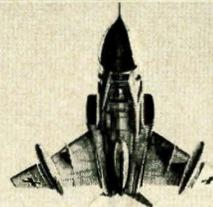
Die Tabelle, der vollständige Test und weitere Testberichte sind in der Zeitschrift „Test“ erschienen. Erhältlich bei der Stiftung Waren-test, 1 Westberlin 30, Postfach 4141 oder im Zeitschriftenhandel.

STIFTUNG WARENTEST					MOKICKS
test-kompass					Test 437 ■ Heft 4 1974
	Preis in DM ca.	Technische Prüfung	Fahrverhalten	Handhabung	test-Qualitätsurteil
Bewertung		35%	35%	30%	
MOKICKS					
Neckermann Cross 40 Art.-Nr. 692/565	1098	- ¹⁾	o	o	weniger zufriedenst. ¹⁾
Honda Dax	1278	o	o	o	zufriedenstellend
Vespa Gilera 50 Touring	1460	o	+	+	gut
Kreidler Florett RM 72	1680	o	o	o	zufriedenstellend
Puch M 50 Racing	1680	- ¹⁾	+	+	weniger zufriedenst. ¹⁾
Zündapp GTS 50	1720	o	+	+	gut
DKW 139 M	1800	baugleich mit Hercules MK 4M			zufriedenstellend
Hercules MK 4M	1839	o	+	o	zufriedenstellend
ROLLER					
Vespa 50 N	1480	o	o	o	zufriedenstellend
Zündapp R 50	1890	o	+	o	zufriedenstellend
Reihenfolge der Bewertung: ++ = sehr gut, + = gut, o = zufriedenstellend, - = weniger zufriedenstellend, -- = nicht zufriedenstellend					¹⁾ wegen starker Mängel bei der Korrosionsprüfung

Quälendes Afterjucken in Minuten gestoppt.

Ein sehr verbreitetes Übel ist peiniger Juckreiz am After. Vor allem während der Nacht wird dieser Juckreiz oft unerträglich. Amerikanische Wissenschaftler haben eine wirkungsvolle Heilsubstanz erfunden. Sie hat die erstaunliche Eigenschaft, den brennenden Juckreiz rasch und anhaltend zu beseitigen. Vertrieben mit quälenden Jucken sind manchmal auch schmerzhaftere Schwellungen, oft erste Anzeichen von Hämorrhoiden. Diese Heilsubstanz biologischer Herkunft bewirkt innerhalb kurzer Zeit ein Abklingen der Schwellungen und Schürfnisse der Hämorrhoiden.

Untersuchungen haben gezeigt, daß diese Substanz eine ungewöhnlich heilungsfördernde Wirkung aufweist. Das Geheimnis ist ein Extrakt aus lebenden Hefezellen, entwickelt in einem amerikanischen Forschungsinstitut. Das einzige Merkmal, das diese Heilsubstanz enthält, ist SPERTI PRAPARATION HP. SPERTI PRAPARATION H gibt es als Zapfen und als Salbe (mit Kanüle) in allen Apotheken ohne Rezept.



Luftwaffen-Preisausschreiben 74

Anschnallen zum Gewinnen

40 Flugreisen winken

Wenn das Thema Fliegen Ihnen Spaß macht, sind Sie der richtige Typ für unser Preisausschreiben. Unten ist der Coupon. Füllen Sie ihn gleich aus — und ab damit. Dann kommen die Gewinn-Unterlagen per Post. Und da die Chancen groß sind, können Sie sich bestimmt schon auf einen der vielen Preise freuen.

10 große 3-Wochen-Flüge nach USA, 4 nach Kanada, 2 nach Großbritannien und 15 mal 5-Tage-Flüge nach Portugal! 100 mal 3-Tage-Besuche auf einem deutschen Fliegermarkt, natürlich mit Überlandflug. 250 Jahrbücher der Luftwaffe 74, 300 Flugzeug-Besätze.

Mitmachen sollte jeder junge Mann mit deutscher Staatsangehörigkeit (Angehöriger der Bundeswehr sind nicht gemeint). Die großen Flugreisen sind für die Geburtsjahrgänge 1955 bis 1957 reserviert.



Aus: Quick 4/74, Seite 27, rechte Spalte: Makabre Anzeigenkombination — nach dem Absturz Juck's nicht mehr.

Worte — wo bleiben die Taten?

Sportleitsätze der SPD

Von Kurt Weber (DFB-Schiedsrichter)

„Unter den humanitären Prinzipien unserer Politik nimmt die umfassende Förderung des Sports einen wichtigen Platz ein. Denn jeder muß die Chance erhalten, den Sport nach indi-

viduellen Neigungen und Talenten als Teil schöpferischer und vitaler Lebensgestaltung auszuformen.“

Das große Wort stammt von Willy Brandt und ist den Leitsätzen zur Sportförderung 1974 der SPD vorangestellt. Gemessen an der Wirklichkeit, ist es reichlich übertrieben.

Aber immerhin: Erfreulich bei diesen Sportleitsätzen ist, daß die SPD zu einigen Schlußfolgerungen kommt, sich für die Belange des Sports über alle Mandatsträger in Bund, Ländern und Gemeinden zu verwenden.

Da ist zum Beispiel folgende Forderung, die positiv zu vermerken ist: „Zugang zu Erholungsgebieten, insbesondere Wäldern und Gewässern, ist gesetzlich zu garantieren.“ Man darf gespannt sein, ob die SPD jetzt gegen den Seeuferbesitzer von Finck oder gegen die Truppenübungsplätze in Erholungsgebieten vorgeht. Aber wenn schon von „humanitären Prinzipien unserer Politik“ die Rede ist, dann vermisste ich nach wie vor den Protest Willy Brandts zur Situation in Chile, den Protest der SPD gegen den Ausschluß der Sowjetunion von der Fußball-WM. Es nutzen die besten Leitsätze niemandem, wenn sie nicht realisiert werden.

Der Breitensport sollte seine Unterstützung über den sogenannten „Goldenen Plan“ finden. Aus diesem Plan, der mittlerweile stillschweigend „gestorben“ ist, schuldet der Bund dem Sport noch immer zirka 400 Millionen Mark.

Ich bin auch dafür — wie es in den Leitsätzen steht —, daß Soldaten Sport treiben. Solange jedoch die Sportunterstützung in der Breite nicht garantiert ist, sind alle materiellen und organisatorischen Zuwendungen abzulehnen: zugunsten des Breitensports.

Prüfungsverfahren gegen ein Grundrecht



Wir lassen uns nicht einschüchtern.

Wir unterstützen die Kriegsdienstverweigerer. Wir kämpfen für das Grundrecht.

Organisiert mit uns die antimilitaristische Bewegung!



Informationen:

Deutsche Friedensgesellschaft-

Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG-IDK),

Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) 43 Essen 1, Rüttenscheider Straße 127

Mit einer Aktionswoche protestierten die Deutsche Friedens-Gesellschaft / Internationale der Kriegsdienstgegner und der Verband der Kriegsdienstverweigerer gegen den fortschreitenden Abbau des Grundrechts auf Kriegs-

dienstverweigerung. In einem offenen Brief an den Bundeskanzler fordern namhafte Persönlichkeiten in der Bundesrepublik u. a. die sofortige Freilassung aller inhaftierten Kriegsdienstverweigerer.

Noch eine Anmerkung: Es kann nicht angehen, daß es im Deutschen Sportbund (DSB) noch Platz für üblen Nationalismus gibt. Hier meine ich die Existenz der „Sudetendeutschen Turnbewegung“, Bestandteil der „Su-

detendeutschen Landsmannschaft“, Mitglied im DSB. Während auf der anderen Seite ein fortschrittlicher Verein wie der RKB-Solidarität seit Jahr und Tag um seine Aufnahme in den DSB kämpft.

Wasserkopf ohne Basis

Schulgesetzentwurf will Schülervertretungen auflösen

Von Uwe Thiem

Niedersachsens Schülervertreter reden sich die Köpfe heiß. Der Entwurf für ein Schulgesetz liegt auf dem Tisch. Die niedersächsische

Landesschülervertretung schreibt in ihrer Zeitung „die sache“: „Immer wieder waren Schülervertreter, engagierte Eltern und fortschrittliche Lehrer auf den Tag verdrängt worden, an dem das große epochale Schulgesetz komme, wenn sie mehr Demokratie und Chancengleichheit forderten. Nun ist das Gesetz da. Aber mehr Demokratie?“

In der Tat: Neben wenigen Verbesserungen besteht das Schulgesetz in der Hauptsache aus Fixierung des bereits Bestehenden.

Die Gesamtschule wird als „Fernziel“ in die graue Zukunft geschoben. Die Pressezensur an der Schule bleibt bestehen. An den Gesamtkonferenzen werden Eltern und Schüler weiterhin nur beratend teilnehmen. Haupt- und Realschülern ist es verboten, politischen Schülergruppen beizutreten.

Der ohnehin entscheidende Unternehmereinfluß auf Bildung und Ausbildung soll noch verstärkt werden: In den Gesamtkonferenzen der Berufsschulen und in den kommunalen Schulausschüssen werden in Zukunft Unternehmervertreter sitzen, damit deren jugendfeindliche Vorstellungen ganz ohne Umwege direkt in die Lehrerkollegien hineingetragen werden.

Natürlich weiß man im Kultusministerium, daß die Schüler dieses Gesetz nicht ohne weiteres hinnehmen.

Daher ist von vornherein für eine Schwächung gesorgt: Die gesamte Landesschülervertretung soll mit ihren Bezirks- und Kreis-SV'en aufgelöst werden. Dafür bekommen die Schüler einen „Landesschülerrat“ geschenkt. Mehr als ein Wasserkopf kann der nie werden, denn ohne einen organisatorischen Mittelbau, in einer Art „Urwahl“ aller Schulen gewählt, muß er frei über den Schülern schweben ohne Verbindung zur Basis. Und damit natürlich auch ohne Arbeitsmöglichkeit. Einen einheitlichen Kampf der Schüler Niedersachsens für ihre Interessen kann es dann nicht mehr geben.

Die Landesschülervertretung hat bereits mit einer Eingabe an den niedersächsischen Landtag reagiert. Darin stellt sie die Forderungen auf, die schon lange in Schülerversammlungen laut wurden:

Gesamtschule jetzt!
Demokratische Schulverfassung sofort!

Satzungsautonomie für die SV'en!

Pressefreiheit, Organisationsfreiheit und Freiheit der politischen Betätigung!
Eine starke Organisation der Schülerinteressenvertretung mit Stadt-, Kreis- und Bezirks-SV'en!

Inzwischen ist gerade von den Realschulen die Forderung nach freier politischer Betätigung in Form vieler Briefe und Postkarten an das Kultusministerium unterstrichen worden. Die SPD-Landtagsfraktion sah sich gezwungen zu beschließen, politische Schülergruppen auch in den Klassen 9 bis 11 zuzulassen.

Ähnliche Erfolge konnten in puncto Landes-SV erzielt werden. In Hannover hält man nicht mehr an einer Auflösung aller Schülerorgane fest.

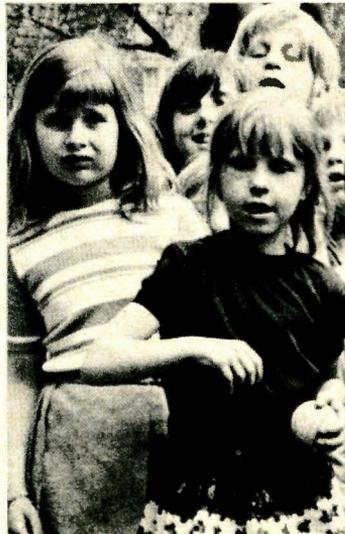
Die niedersächsischen Schüler und demokratischen Jugendverbände werden weiter für ein demokratisches Schulgesetz kämpfen. In einer Broschüre der SDAJ

Niedersachsen heißt es: „Nur mit Druck von unten, nur mit starken SV'en und einer gestärkten Landes-SV gibt es noch Möglichkeiten.“ Diese Möglichkeiten gilt es zu nutzen.

„... Kind zu sein dagegen sehr!“

Gründung einer sozialistischen Kinderorganisation

Von Achim Krooß



Vater werden ist nicht schwer, Kind zu sein dagegen sehr. So müßte man einen bekannten Ausspruch Wilhelm Buschs abwandeln, wenn man die Lage der Kinder in unserem Land betrachtet. Wir können endlose Debatten über die Mengenlehre führen — die Kinder müssen sie mit allen Mängeln und ohne Diskussion pauken. Wir können die Sendungen der verdummenden

Fernsehwerbung analysieren — die Hälfte der Kinder zwischen drei und dreizehn Jahren sehen sie täglich. Wir können die manchmal faszinierenden Comic-Strips verteilen — die Kinder bekommen sie in die Hände und lesen sie. Die natürliche Vorliebe der Kinder für Helldentum, Mut und Abenteuer wird ständig im Interesse der Herrschenden mißbraucht. Sie wollen Generationen von einseitig manipulierten und unkritischen Jugendlichen.

Für Kinder fehlen 300 000 Spielplätze, 2 Millionen Kindergartenplätze, an den Schulen fehlen 178 000 Lehrer. Dagegen muß etwas unternommen werden! Sozialistische Kindergruppen in allen Teilen der Bundesrepublik arbeiten schon seit Jahren mit Kindern, für Kinder und kämpfen mit ihnen für ihre Rechte. In ihnen spielen und lernen Kinder, üben Solidarität untereinander und mit Kindern aus der ganzen Welt. Sie sammeln für Pioniere in Vietnam und Chile, diskutieren mit Arbeitern über deren Beruf und ihre eigenen Berufswünsche.

In den sozialistischen Kindergruppen wurde der Wunsch nach Zusammenarbeit untereinander immer stärker, es wuchs der Wunsch nach einem eigenen Verband.

Ein Initiativkreis rief jetzt dazu auf, am 1. Juni 1974, dem Internationalen Tag des Kindes, in Bottrop eine sozialistische Kinderorganisation zu gründen. Sie soll — weil sie sich als eine Organisation versteht, die sich aktiv in die internationale sozialistische Kinderbewegung einreihen will — den Namen „Junge Pioniere“ tragen. Heute Pionier sein beim Lernen und beim Spielen bedeutet morgen zu einer engagierten und kritischen Jugend zu gehören. Informationen über sozialistische Kindergruppen:

Achim Krooß
46 Dortmund-Scharnhorst
Dröote 75



Max Reimann während des Hamburger Parteitages der DKP im Gespräch mit Redakteur Peter Bubenberger

REVOLUTIONÄRE im INTERVIEW

Max Reimann war seit der Gründung der KPD im Jahre 1918 ihr Mitglied. 1938 wurde er von den Nazis verhaftet. Er wurde zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt und ins KZ Sachsenhausen gebracht. Im Lager setzte Reimann die illegale Arbeit fort.

1948 wurde Max Reimann zum Vorsitzenden der KPD gewählt. Zu diesem Zeitpunkt wurden in den damaligen Westzonen die Weichen zur Spaltung Deutschlands, zur Restaurierung der Macht des Großkapitals, zur Wiederaufrüstung gestellt. Die Arbeit der KPD und ihres Vorsitzenden Reimann galt der Durchsetzung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz. Sie galt der Ausrottung der Reste des Faschismus, der Einrichtung eines geeinten, demokratischen und friedlichen Deutschland.

Nach dem KPD-Verbot 1956 arbeitete Reimann wieder illegal. 1971 trat er in die DKP ein, wurde deren Ehrenpräsident und Mitglied des Präsidiums.

elan: Genosse Reimann, nach der Niederlage des deutschen Faschismus vollzog sich in den drei westlichen Besatzungszonen und im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands eine grundverschiedene Entwicklung. Könntest du das einmal kurz umreißen?

Max Reimann: Ich kehrte im August 1945 ins Ruhrgebiet zurück, kurz nach der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens. Ausrottung des Faschismus und Imperialismus, das war der Auftrag, den uns dieses Abkommen gestellt hatte. Wir, die KPD, hatten kurz vor Potsdam, am 11. Juni 1945,

in einem Aufruf erklärt: „Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden.“

elan: Wie sollte dieser Weg aussehen, wie verwirklicht werden?

Reimann: Nach dem Inferno des Hitler-Faschismus war Deutschland ein Trümmerhaufen. Aus den Lehren der Vergangenheit und vor den gestellten Aufgaben mußte eines vordringlich sein. Das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse, aller demokratischen Kräfte. Es galt insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten herzustellen. Rechte SPD-Führer wie Schumacher torpedierten schon bald diese Bestrebungen. In zahlreichen örtlichen Vereinbarungen hatten die Untergliederungen beider Parteien enge Zusammenarbeit vereinbart, systematisch aber wurden diese Bündnisse von den rechten Führern diffamiert, gestört, gesprengt. Im sowjetisch besetzten Teil dagegen mündete die geschichtliche Erfahrung in die Vereinigung zwischen der KPD und der SPD in die SED im April 1946. Im Gegensatz zu den westlichen Mächten unterstützte die sowjetische Besatzung die Einigungsbestrebungen.

elan: Genosse Reimann, im Mai 1948 wurde das Grundgesetz verabschiedet. Das sind jetzt 25 Jahre. Die KPD hat damals die Verfassung abgelehnt. Warum?

Reimann: Diese Verfassung bedeutete die Spaltung Deutschlands. Und diese sollte, nach dem Willen der ewig Gestrigen, die Wiederaufrüstung und die Restauration der Macht des Großkapitals erleichtern. Von den westlichen Besatzungsmächten aktiv unterstützt, tauchten die alten Bosse, viele eben erst aus dem Kriegsverbrechergefängnis entlassen, wieder in Wirtschaft und

Politik auf. Krupp und Flick hießen sie, Zangen und Henle. Und setzten sich wieder in das noch kriegswarme Nest. Mit Millionen und Willkür hintertrieben sie, wieder geduldet und gefördert von den Besatzern, das Potsdamer Abkommen. Sie verhinderten im Bündnis mit der CDU/CSU und den rechten SPD-Führern die Durchsetzung der demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse, die nichts mehr wissen wollte von Krupp-Kanonen und IG-Farben-Gift.

elan: Welche Kräfte waren damals die entschiedensten Verfechter für einen westdeutschen Separatstaat?

Reimann: Die demokratische Entwicklung, wie sie im sowjetisch besetzten Teil konsequent vorangetrieben wurde, sollte hier verhindert werden. Es bildete sich ein Komplott des US-Imperialismus mit dem westdeutschen Monopolkapital und den Militaristen. Einer ihrer reaktionärsten parlamentarischen Vertreter war Adenauer. Mit ihm hatte ich kurz vor der Verabschiedung der Verfassung in Bonn ein Gespräch, in dem ich ihn nochmals zur Einstellung der Arbeit an der Verfassung aufforderte. Adenauers Antwort war: „Ich bin entschlossen, das Grundgesetz so schnell wie möglich herzustellen.“

elan: Genosse Reimann, es gibt einen fast schon berühmten Ausspruch von dir, kurz nach der Schlußabstimmung über das Grundgesetz.

Reimann: Ja, dieser Ausspruch folgte unserer Weigerung zur Unterzeichnung. Ich erklärte im Namen der Partei: „Sie, meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“

In Dresden hält der Frühling termingerecht Einzug. Wir fahren am Dynamo-Stadion vorbei, dem „Stadion des Sieges“. „Bei uns Dresdenern heißt es jetzt nur noch ‚Stadion der Niederlage‘ nach der Schlappe gegen Bayern München“, erzählt mir Werner, FDJ-Sekretär bei Pentacon. „Dafür hat es aber gestern abend bei den Leipzigern im Spiel gegen Ipswich geklappt. Das war ja wie ein Krimi!!! Hast du das gesehen?!“ Der Leipziger Fußball-Triumph ist heute das Tagesgespräch.

Da taucht vor uns der Pentacon-Turm auf — auf der ganzen Welt Markenzeichen für Fotoapparate, Projektoren und Filmkameras. Auch in der BRD ist die Praktica ein fester Begriff. Die Pentacon-Leute sind stolz auf ihre Erfolge. Die früheren Herren — Pentacon gehörte zum Zeiss-Konzern — verschwanden 1944 mit sämtlichen Produktionsunterlagen, Konstruktionszeichnungen und Patenten nach Stuttgart. Durch die Bombenangriffe wurde sehr viel zerstört. Es war ein schwerer Start. 1947 stimmten in einer

Volksabstimmung 76 Prozent der Bevölkerung Sachsens für eine Enteignung der Kriegsverbrecher. Darunter fiel auch der Zeiss-Konzern, der im 2. Weltkrieg an der Rüstungsproduktion Riesengewinne gescheffelt hatte. Damit war jetzt Schluß: Es entstand der Volkseigene Betrieb Pentacon.

Was hat das seit dieser Zeit gebracht für die Jugendlichen? Und was bringt vor allem das neue Jugendgesetz der DDR? Auf diese Spur begab sich elan-Redakteurin Ruth Sauerwein.

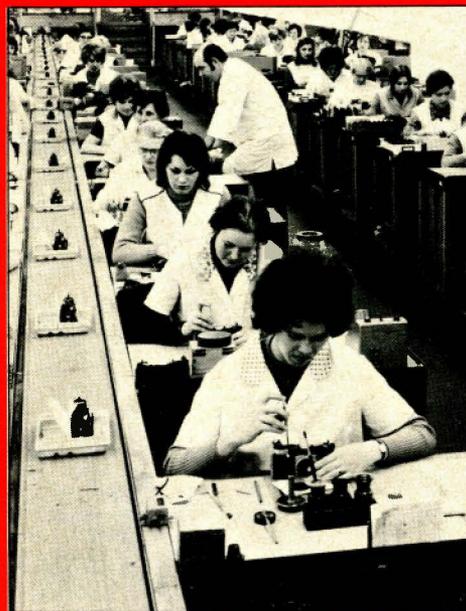


DA HAT ES BEI UNS Klick GEMACHT



Prakticas am laufenden Band

Unsere erste Station im Betrieb ist die Automatendreherei. Hier werden viele Teile, die zu einer Kamera gehören, hergestellt. Wolfgang, Lehrling (er hat in einem halben Jahr Prüfung), zeigt mir mikroskopisch kleine Teilchen und große Objektivringe. Er zeigt mir auch den Stolz der Abteilung: Früher mußten noch viele Vorrichtungen mit der Hand gemacht werden. Kollegen der Abteilung knobelten eine Vorrichtung aus, mit der sie automatisch ausgeführt werden. „Diese Knobelei, bei uns Neuererwesen genannt, wird vom Betrieb stark gefördert. Schon die Lehrlinge halten die Augen offen, wo sich etwas verbessern, die Arbeit erleichtern läßt. Aber nicht nur das: Jeder brauchbare Verbesserungsvorschlag schlägt sich in einer Prämie für die



Hier gibt's Prakticas am laufenden Band!

beteiligten Kollegen nieder. Und was das Neueste ist: Wenn Jugendliche Neuerervorschläge machen, so muß der Betrieb neben der Prämie den Wert der Verbesserung auf ein Konto der FDJ, also unseres Jugendverbandes, überweisen. Dabei gehen 15 Prozent auf das Konto der FDJ im Betrieb, der Rest auf ein zentrales Konto. Was macht das bis jetzt aus, Werner?“ „So etwa 2000 bis 3000 Mark. Wie wir dieses Geld verwenden, darüber entscheiden wir selbst. Ob wir jetzt den Jugendclub weiter ausbauen oder Ferienplätze finanzieren.“

Um sieben in der Disko

Beim Stichwort Jugendclub erinnert Wolfgang daran, daß heute abend dort Diskothek ist. „Sollen wir uns um sieben dort treffen?“ Abgemacht. Als nächstes geht es zu den Montagebändern, wo die Prakticas zusammenge-

baut werden. Hier treffen wir Gudrun und ihre Freundin. Sie wollen Feinmechaniker werden. Sie kommen gerade von einer Versammlung der Abteilung. „Wir hatten Rechenschaftslegung.“

Wie bitte?

„Alle vier Wochen müssen in jeder Abteilung Versammlungen stattfinden, auf der die Kollegen über den Stand der Produktion und was sonst noch Aktuelles im Betrieb anliegt, informiert werden. Dabei kommen auch die Probleme der Kollegen zur Sprache; z. B., wenn jemand eine Wohnung braucht usw.“ In der Kantine verabreden wir uns für abends. Vier Gerichte gibt es hier jeden Tag zur Auswahl, dazu noch Diät- und Schonkost.

„Im Schnitt brauche ich 15 Mark im Moment fürs Essen“, meint Gudrun. Abends sehen wir uns in der Diskothek wieder. Inzwischen habe ich von Werner erfahren, daß bei Pentacon im Stammwerk jährlich etwa 400 Lehrlinge ausgebildet werden. Ein Drittel der 8000-Mann-Belegschaft sind Jugendliche. Kein Wunder, daß es hier im Jugendclub ganz schön eng ist. Es haben bis zu 200 Leute Platz. Der Jugendclub von Pentacon steht nicht nur Betriebsangehörigen offen, sondern auch den Jugendlichen dieses Stadtteils. Eintritt: 1,50 Mark. Das Jugendgesetz schreibt vor, daß Eintrittspreise 3 Mark nicht überschreiten dürfen. Und Betriebe und Gemeinden sind verpflichtet, diesen Freizeitmöglichkeiten ihre größte Aufmerksamkeit zu schenken und sie gut auszustatten.

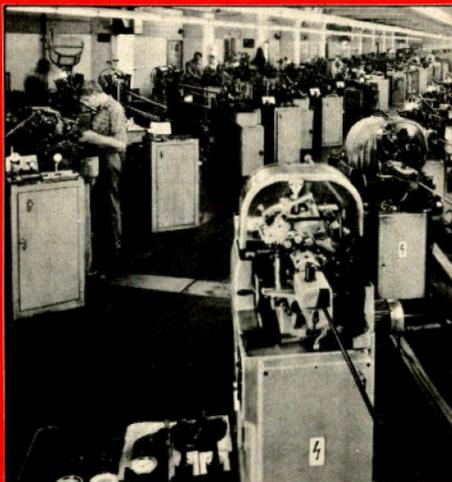
Hier ist immer was los

Der Club ist sehr beliebt. „Wir haben auch einen tollen Diskjockey. Bei der Prüfung (in der DDR müssen Diskjockeys einen Kursus mitmachen, der mit einer Prüfung abschließt) wurde nur bemängelt, daß er zu sehr ‚sächtelt‘! Er macht immer eine Menge los: Gesellschaftsspiele zwischendurch, Diavortrag; Filme, kurze Diskussionen über aktuelle Themen. Heute haben wir ihn leider ‚ausgeliehen‘. Da ist er über Land unterwegs. Heute ist sein Ersatzmann dran.“

Probleme bei Cola mit Wodka

„Wir haben jetzt auch eine neue Anlage“, fährt Wolfgang fort. „Der Betrieb hat uns 17 000 Mark dafür gegeben.“ Wolfgang taut so langsam bei einer Cola mit Wodka wieder auf. Nach Feierabend hatte er bei der Ju-

gendmode vergebens nach einer Feincordhose seiner Größe angestanden. „Wir haben doch bald Kommunalwahlen. Bring das doch mal auf einer Versammlung an und nagel deinen Kandidaten darauf fest, daß da etwas unternommen wird!“ schlägt ihm Werner vor.



Die Automatendreherei von Pentacon – bald bedient Wolfgang sechs dieser Automaten.

Gudrun und ihre Freundin haben andere Probleme. Sie beratschlagen, wohin sie in Urlaub fahren wollen. Die Betriebsberufsschule hat ein Zeltlager an der Ostsee und Ferienplätze in der CSSR, in der Niederen Tatra. Dorthin zieht es die beiden. „Das kommt uns 150 Mark mit Fahrt, Verpflegung und verschiedenen Ausflügen für 14 Tage.“ Vom Urlaub ist es ein kurzer Weg bis zum Jugendgesetz — immerhin brachte es den Jugendlichen in der DDR eine Woche mehr Urlaub. „Ja, wir haben auch den Entwurf ausführlich diskutiert. Das hat uns alle interessiert. Mehr Urlaub, mehr Geld — das sind Sachen, die jeder unmittelbar spürt.“ „Aber das ist nicht alles. Das Gesetz verpflichtet ausdrücklich alle Betriebsdirektoren, sich um die Belange der Jugendlichen zu kümmern. Sei es, daß die Jugendlichen genügend Möglichkeiten haben, sich weiterzubilden. Sei es die Frage, Ferienplätze zur Verfügung zu stellen oder für junge Eheleute Wohnungen zu besorgen. Oder eben auch der weitere Ausbau dieses Jugendclubs.“

„Der könnte seinen Hut nehmen!“

„Ja, aber was ist, wenn sich der Direktor nicht an das Gesetz hält? Oder wie wäre das, Wolfgang, wenn dir dein Ausbilder sagt: ‚Heute bleibst du mal etwas länger da und räumst die Abteilung auf?‘“ „Ich würde zur Gewerk-

schaftsorganisation und zur FDJ-Gruppe meiner Abteilung gehen. Die würden dem Ausbilder schon klar machen, daß so etwas nicht zulässig ist. Und wenn er das nicht einsieht, ist er die längste Zeit Ausbilder gewesen!“ meint Wolfgang kurz und knapp. Und Werner ergänzt: „Ein Direktor, der das Jugendgesetz nicht einhält, könnte wohl seinen Hut nehmen. Nein, das kann sich bei uns niemand leisten.“

Jugendgesetze, made in DDR . . .

Dabei muß ich noch betonen, daß das Jugendgesetz ja nicht beim Nullpunkt anfängt. Da fingen wir nach 1945 an. Damals ging es darum, die Grundrechte der Jugend durchzusetzen: Das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Erholung und sinnvolle Freizeit. Diese Grundrechte sind bei uns durchgesetzt worden. Das neue Jugendgesetz bedeutet eine neue Etappe. Wir haben mehr Rechte und mehr Verantwortung bekommen. Ja, und wir haben ja auch alle an dem Gesetz mitdiskutiert, unsere Meinung dazu gesagt. Fünf Monate lang stand es bei uns in der DDR zur Diskussion.“ „Also, da hat niemand auf die Uhr gesehen.“ „Wir haben noch in den Pausen weiterdiskutiert.“

Fünf Monate lang Diskussion. Auf 240 000 Versammlungen machten 5,4 Millionen Jugendliche ihre Vorschläge zum Entwurf. Und entsprechend wurde das Gesetz im Parlament beschlossen. Und wie sieht es in der BRD aus?

. . . und made in BRD!

Beim Berufsbildungsgesetz erklärte Bildungsminister Dohnanyi, man werde „behutsam“ vorgehen und z. B. die höheren Anforderungen an die Ausbilder nicht gesetzlich festlegen. So führt Dohnanyi die breite Diskussion um seinen Gesetzentwurf — eben ausschließlich in Kreisen der Unternehmer. Die Betroffenen werden nicht gehört.

Diese Praxis setzt sich auch bei den anderen Jugendgesetzen fort. Das Jugendministerium hat einen Entwurf zum Jugendhilfegesetz formuliert. Was geschieht damit? Auf die Bitte nach Übersendung eines Exemplars erhielt die Redaktion des Jugendmagazins elan lediglich einen Antwortbrief: „Leider ist es aus technischen Gründen nicht möglich, den Entwurf in einer solchen Auflagenhöhe zu erstellen, daß er der gesamten interessierten Öffentlichkeit zugehen kann.“

**Auf den Spuren
israelischer Verbrechen**

Zwischen SUEZ und

Die israelischen Truppen hatten sich einen Tag zuvor auf die vereinbarten Waffenstillstandslinien an der Sinaifront zurückgezogen, als am 5. März 1974 eine internationale Journalisten-Delegation den Frontabschnitt bei Suez besichtigte. Das Besondere an der Delegation: sie war zusammengesetzt aus Jugendjournalisten. Die Teilnehmer kamen aus: UdSSR, CSSR, Polen, Ungarn, Bulgarien, DDR, Rumänien, Frankreich, Italien, Österreich, England, Finnland, USA. Aus der BRD war elan-Redakteur Peter Bubenberger dabei. Organisiert hatte die Reise der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ).

Ziel der Arbeit der Jugendjournalisten: natürlich soviel wie möglich zu erfahren über die Situation nach dem Oktoberkrieg, über den Aufbau der von den israelischen Aggressoren zerstörten Städte und Dörfer, über die weitere politische Entwicklung in den arabischen Ländern. Und natürlich auch über den Beitrag der Jugend und Ihrer Organisationen während des Krieges und danach.

In Ägypten, Syrien und im Libanon sprachen wir mit führenden Politikern, mit Generalen, mit Repräsentanten der Jugend ebenso wie mit Vertretern der palästinensischen Widerstandsbewegung.





GOLAN

Als wir im Morgengrauen vom Flughafen stadteinwärts nach Kairo fahren, werden wir gleich zu Anfang daran erinnert, daß der Krieg, der „Oktoberkrieg 1973“, noch nicht sehr lange zu Ende ist. Und daß auch Kairo sich vorbereitet hatte auf die Angriffe israelischer Bomber: Noch sind die Scheinwerfer der Autos, die Straßenlaternen und die Fenster der Häuser mit blauer, verdunkelnder Farbe bestrichen, auch wenn sie an manchen Stellen schon abzubröckeln beginnt. „Der Oktoberkrieg“ — kein Gespräch in den folgenden zwei Wochen, in dem nicht dieses für die gesamte arabische Welt, aber auch für die israelischen Okkupationstruppen einschneidende Ereignis eine Rolle spielen wird. Und mehrfach werden wir selbst unmittelbar mit den Auswirkungen des Oktoberkrieges konfrontiert...

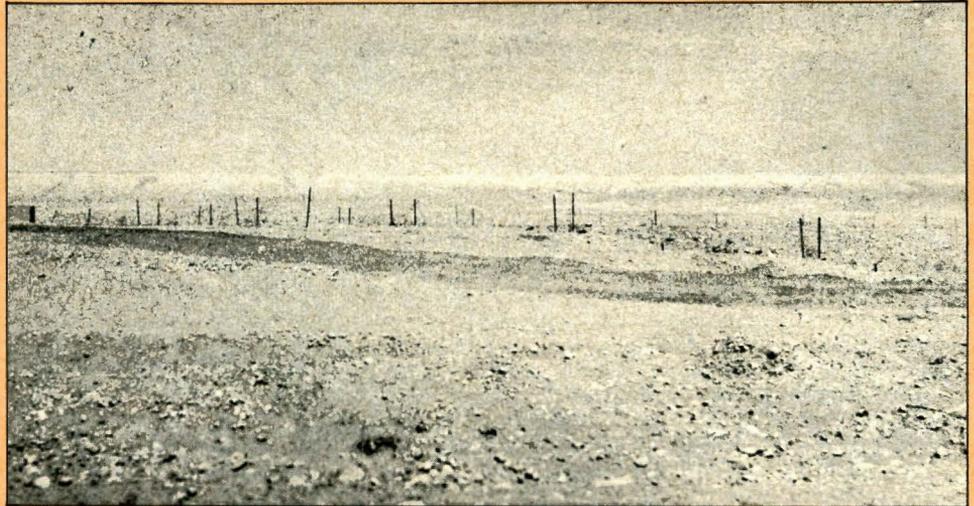
Suez, 5. März 1974 — Wir haben soeben den schon legendären Kilometer 101, an dem die ägyptischen und israelischen Militärs ihre Verhandlungen aufnahmen, passiert. Stacheldrahtrollen im Wüstensand sind letzte Spuren des israelischen Brückenkopfes auf afrikanischem Boden.

Wir erreichen gegen Mittag die ersten Häuser am Rande der Stadt. Wie mit Pockennarben übersät haben israelische Granaten und Bomben die mehrschossigen, modernen Wohngebäude. Nicht ein Haus haben wir in Suez gesehen, das nicht von mehreren Einschlägen getroffen wurde. In den menschenleeren Straßen hin und wieder ein abgeschossener israelischer Panzer vom Typ Centurion. Selbst die Palmen am Rand der Straße, auf den Plätzen und in den Gärten sind zerfetzt von den Einschlägen israelischer Geschosse.

„Sie haben die Luft mit ihren Granaten gesiebt“, sagt uns eine Frau, die seit über 30 Jahren in der Stadt lebte und erst vor zwei Tagen zurückkehrte. „Sie gaben nicht eher Ruhe, bis jedes Leben in der Stadt erloschen war. Seit 1969 schossen sie Tag und Nacht von der anderen Seite des Kanals. Sogar das Gebäude der UNO dort drüben haben sie in Schutt und Asche gelegt. 1969 lebten 355 000 Menschen hier, heute sind es einschließlich der fast 1000 UN-Soldaten nur noch 5000.“

Und dann stehen wir auf den Wällen der alten ägyptischen Verteidigungslinie, zu unseren Füßen das hellblaue Wasser des Kanals und des Golfs von

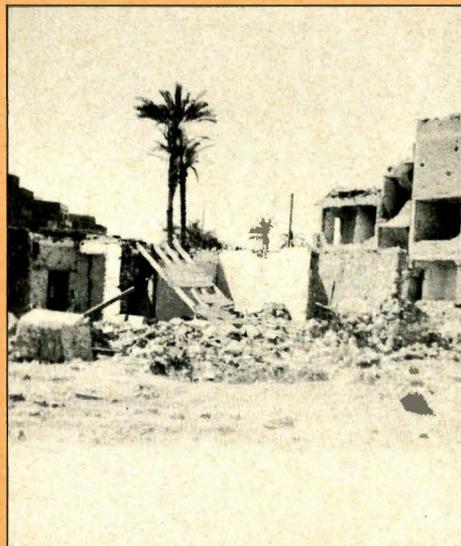
Am Kilometerstein 101: die letzten Spuren des israelischen Brückenkopfes auf afrikanischem Boden, gekennzeichnet durch Stacheldraht.



Suez. Auf der anderen Seite, vielleicht 200 m entfernt, hinter aufgeschütteten Sandwällen die alten israelischen Stellungen, die berühmte Bar-Lev-Linie, von der die israelischen Generäle meinten, daß sie uneinnehmbar sei. Unmittelbar in unserer Nähe gehen Kommandos daran, die Minenzonen direkt am Wasser zu räumen. Bei jeder der schweren Explosionen zucken wir erneut zusammen.

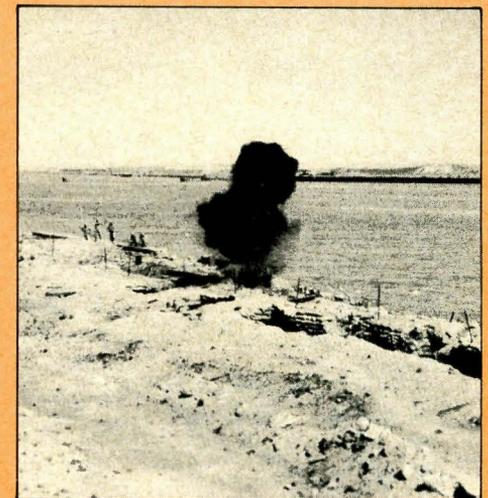
Finnische UN-Soldaten, mit denen wir an diesem Tag sprechen, können ihre Erschütterung über die Verwüstung der Stadt, über die tausendfachen Morde an der ägyptischen Zivilbevölkerung nur schwer hinter der ihnen auferlegten Neutralität verbergen.

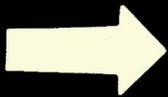
Kairo, 6. März 1974 — Die Eindrücke von Suez und der Sinai-Halbinsel noch frisch in Erinnerung, treffen wir den ägyptischen General Hassan El Badri.



Wir haben kein Haus in Suez gesehen, das nicht von mehreren Granateinschlägen zerstört worden wäre. Die Grausamkeit des israelischen Bombenterrors gegen die Zivilbevölkerung ist vergleichbar mit dem der US-Piloten in Vietnam.

Einen Tag, nachdem die Israelis ihre Stellungen am Suez-Kanal verlassen mußten, beginnen ägyptische und UN-Kommandos mit dem Sprengen der Minen. Im Hintergrund die für uneinnehmbar gehaltene Bar-Lev-Linie der Israelis, die von der ägyptischen Armee mit Hilfe modernster sowjetischer Waffentechnik aufgebrochen werden konnte.





elan international: Ägypten, Syrien und Libanon

Er bestätigt uns auf seine Weise und aus seiner Sicht des Militärtaktikers, was uns in zahlreichen Gesprächen in Kairo und Damaskus, sei es im Stahlwerk Helwan, sei es mit Soldaten an den Frontlinien oder auf der Straße, sei es mit Aktivisten des Sozialistischen Jugendverbandes oder mit Vertretern der Arabischen Liga oder des Nationalen Friedensrates — mit führenden Vertretern der Baath-Partei, mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Syriens, mit Repräsentanten der palästinensischen Befreiungsorganisationen in Syrien und im Libanon immer wieder auf das nachdrücklichste demonstriert wird: Ohne die Hilfe der modernsten sowjetischen Waffentechnik, vor allem der entscheidenden elektronischen Systeme, aber auch ohne die zuverlässige politische und diplomatische Unterstützung der Sowjetunion sind die arabischen Erfolge im „Oktoberkrieg“ undenkbar. Nüchtern, ohne Selbstüberschätzung, realistisch, aber auch nicht ohne Stolz, nennt uns Hassan El Badri jene Kriterien für den Erfolg der arabischen Völker, die uns in den folgenden Tagen immer wieder begegnen werden:

● Israel konnte sein militärisches Ziel, den Nahen und Mittleren Osten gewissermaßen im „Spaziergang“, wie Moshe Dayan es immer verkündet hatte, nicht erreichen. An den sowjetischen SAM-Stellungen zerbrach der „Lange Arm“ der israelischen Luftwaffe. An den modernen sowjetischen T 62-Panzern bissen sich die englischen Centurions und die amerikanischen Pattons die Zähne aus.

● Die Völker und vor allem die Jugend der arabischen Staaten haben neues Selbstvertrauen zu sich selbst, zur gerechten arabischen Sache gefunden. Israel ist nicht unbesiegbar — das war eine der wichtigsten Lehren des Oktoberkrieges.

● Israel ist mit seiner brutalen, imperialistischen Okkupationspolitik im Ergebnis des Oktoberkrieges mehr als zuvor politisch und diplomatisch isoliert. Die Forderungen der arabischen Völker und der Friedenskräfte in aller Welt auf Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten, die Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes, die Einhaltung der Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO haben neues Gewicht erhalten.

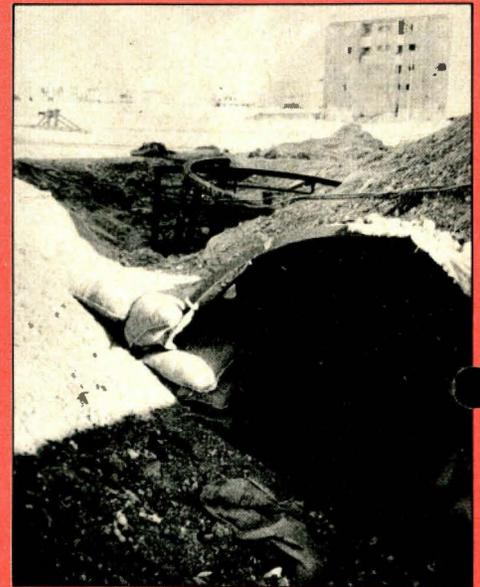
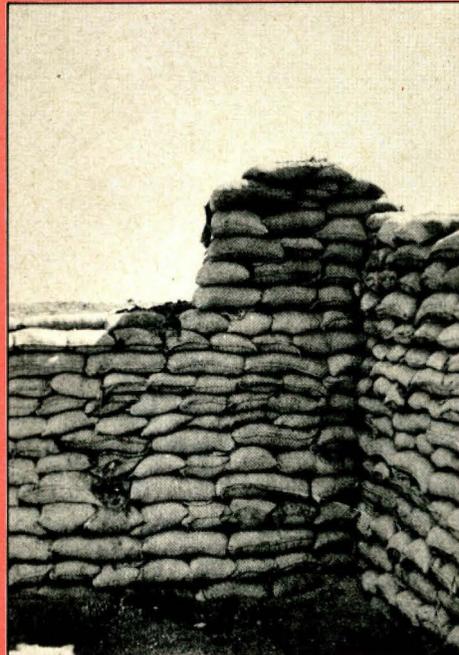
● Die herrschenden Kreise in Israel selbst, die Regierung und die Militärs sind durch die Ergebnisse des Oktoberkrieges in eine schwere Krise geraten. Das schwere Schicksal der jüdischen Volksmassen unter dem Joch der Rüstungslasten und des Krieges wird nicht mehr widerspruchslos hin-



Wir nehmen teil an der Eröffnung einer Ausstellung der 3. ägyptischen Armee

mit erbeuteten israelischen Waffen wie z. B. diesen Centurion-Panzern.

Auf den Wällen der ägyptischen Verteidigungslinien am Suez-Kanal.



In diesem Unterstand verteidigten Mitglieder der Sozialistischen Jugendorganisation Ägyptens erfolgreich ein Objekt ihres Verbandes in Suez vor den Angriffen der israelischen Soldaten.

genommen. Es gewinnen die Kräfte an Einfluß, die sich der wahnsinnigen Eroberungspolitik Israels widersetzen und auf eine friedliche Nachbarschaft mit den arabischen Völkern drängen. Für den sozialistischen Jugendverband Ägyptens hat der Oktoberkrieg gleichfalls neue und wichtige Aufgaben gebracht. „Die im Krieg mobilisierten Kräfte der Jugend gilt es nun in unserem Jugendverband politisch zu erziehen und in der Aufbauarbeit zu engagieren. Deshalb kommt unseren

Jugendbrigaden zur Rekonstruktion der Suez-Kanal-Zone gewissermaßen eine Schlüsselrolle in dieser neuen Etappe unseres sozialistischen Jugendverbandes zu“, das sagt uns der 1. Sekretär des Jugendverbandes, der zugleich Jugendminister Ägyptens ist. „Wir brauchen den Frieden ebenso wie die Befreiung der von den israelischen Aggressoren besetzten Gebiete. Für die Jugend unseres Landes hat sich jetzt eine Tür in die Zukunft geöffnet.“

WBDJ-Delegation in Chile

Doch nur häßliche Affen ...



„Aus Buenos Aires schickten wir ein Telegramm an die Junta, in dem wir unsere Delegation ankündigten. Zur gleichen Zeit flogen wir ab nach Santiago de Chile, konnten das Land jedoch nur als Touristen betreten und konstituierten uns nach Erteilung der Visa als politische Delegation.“

So beginnt der Bericht von Teilnehmern einer Abordnung des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ), die sich in der Zeit vom 2. bis 8. März 1974 in Chile aufhielt. Geleitet wurde die Delegation vom Präsidenten des WBDJ, Lapicciarella. Vertreter kommunistischer, sozialistischer und christdemokratischer Jugendverbände aus Frankreich, Finnland und Venezuela gehörten der Delegation an.

Soziale Hilfskomitees, deren Aufgabe die Vermittlung von Arbeitsstellen und die Suche nach „Vermißten“ ist, gaben der Delegation folgende Auskünfte: Infolge des Putsches gibt es jetzt 220 000 Arbeitslose, die meisten von ihnen waren im öffentlichen Dienst, in der Staatsverwaltung tätig. Bisher konnte das Komitee erst eine (!) Arbeitsstelle vermitteln.

Studenten, die die Universität betreten und studieren wollen, brauchen ein „Führungszeugnis“ und einen Ausweis der Junta. Über 8000 Agenten der Geheimpolizei „Dinar“ (vergleichbar mit der Gestapo der Nazis) verbreiten Angst und Unsicherheit, sorgen für immer neue politische Gefangene.

Christen, Rechtsanwälte und Journalisten, mit denen die Delegation sprechen konnte, selbst Leute, die zu An-

fang für die Junta waren, bestätigten: Das Schicksal der Volksmassen wird immer schwerer, Zehntausende sind unmittelbar vom Hunger bedroht.

Journalisten, die zur Regierungszeit Allendes die Freiheit hatten, so oft sie wollten, Artikel gegen die Regierung der Unidad Popular zu schreiben, haben heute Schreibverbot, weil sie nicht in allem mit der Junta übereinstimmen.

Als z. B. Studenten der katholischen Universität von Valparaiso eine kleine Ausstellung mit Werken von Picasso machen wollten, wurde dies vom Militärréktor verboten: Picasso sei, obwohl bereits tot, ein Agent des internationalen Marxismus und male außerdem doch nur häßliche Affen ...

Die Junta-Generale fürchten die internationale Solidarität gegen ihre Verbrechen und versuchen z. B., jede Delegation, sei es der UNO, von Amnesty International oder die des WBDJ totzuschweigen. Nur manchmal (und immer öfter) sehen sie sich gezwungen, in ihrer Presse diese internationalen Delegationen zu diffamieren. Dann weiß das chilenische Volk, daß seine Sache im Ausland nicht vergessen ist, und daß die internationale Solidarität weiter gewachsen ist ...

Freie Ausreise für Gladys Marin!

Vor den Bluthunden der chilenischen Militärjunta konnte sich Gladys Marin, Generalsekretärin des kommunistischen Jugendverbandes, in die Botschaft der Niederlande in Santiago flüchten. Auf eine Ausreisegenehmigung und die Zusage von freiem Geleit wartet sie bis heute. Mit dieser von der SDAJ initiierten Postkarten-Aktion wollen wir unseren Beitrag leisten, Gladys dem Zugriff der chilenischen Mörder zu entreißen. Schneidet die nebenstehende Karte aus, klebt sie auf eine Postkarte und schickt sie unter Angabe eurer Anschrift an folgende Adresse: **Königlich Niederländische Botschaft, 53 Bonn, Sträßchenweg 2**

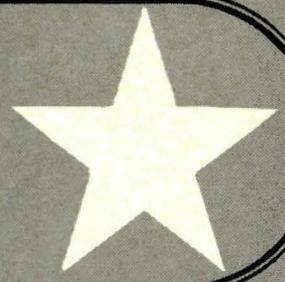
Ich bitte die Regierung Ihres Landes eindringlich, ihre Bemühungen auf ungehinderte Ausreise und freies Geleit für Gladys Marin, Generalsekretärin des Kommunistischen Jugendverbandes Chiles, fortzusetzen, die sich in der Botschaft der Niederlande in Santiago aufhält.

(Unterschrift)





Leserforum



„Stichwort“

Es ist zwar eine gute Sache, unter der Rubrik „Stichwort“ einige immer wieder benutzte Schlagwörter zu erklären. Nur ist Euch leider in der letzten Nummer ein Mißgeschick unterlaufen. Eure Erklärung des Antikommunismus erklärt nämlich nichts. Wer kann schon etwas damit anfangen, wenn geschrieben wird, der Antikommunismus sei die wichtigste Methode, die Arbeiterbewegung zu spalten. Oder, daß sich der Antikommunismus gegen alle fortschrittlichen Kräfte und nicht nur gegen Kommunisten richte.

Das stimmt zwar, aber solange das nicht in der Argumentation belegt ist, kann weder jemand daraus lernen, noch es in der Agitation benutzen. Ihr habt auch nirgendwo gesagt, was Antikommunismus überhaupt bedeutet. Natürlich reicht der Platz für eine derartige Rubrik nicht aus, ein so kompliziertes Phänomen zu erklären. Vielleicht könntet Ihr es länger machen.

Und natürlich sorgfältiger. Denn sonst kommt elan in den Verdacht, dogmatisch an die Wirklichkeit heranzugehen statt flexibel und gekonnt den ideologischen Kampf zu führen.

Thomas Abels, Neuss

Solidarität mit KDVer

In der letzten Zeit sind die Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer vor Ausschuß, Kammer und

Verwaltungsgericht wieder verschärft worden.

Mit Recht werden die Stimmen derer immer lauter, die eine ersatzlose Streichung dieses widersinnigen Verfahrens fordern. Der kürzlich auch in der Öffentlichkeit bekanntgewordene Fall um den KDVer Bernd Beuthin aus Hamburg zeigt nur allzu deutlich, mit welchen Mitteln man bereit ist, ein Exempel zu statuieren und damit die in dem Verfahren gängige Rechtsbeugung endgültig zu legitimieren. Bernd Beuthin sitzt z. Z. in einem Militärgefängnis und wird eines Verbrechens bezichtigt: „Fortgesetztes Befolgen einer Gewissensentscheidung“ wird ihm angelastet. Wir alle sind also dazu aufgerufen, praktische Konsequenzen aus der antidemokratischen Gesinnung der Ewiggestrigen zu ziehen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten. Unabdingbare Voraussetzung für diese schwierige, aber auch lohnende Aufgabe ist das Bewußtsein, nur füreinander und miteinander leben und überleben zu können und vor allem breiteste Solidarität. **Lothar Müller (DFG/IDK) Bremerhaven.**

elan-Leser testen elan

Über den Fragebogen (siehe elan 3/74) hinaus möchte ich noch einige Vorschläge bringen:

1. Einen größeren Raum als bisher sollte der Anti-Militarismus und überhaupt die Beschäftigung mit den NATO-Armeen (insbesondere der Bundeswehr) haben, weil dieses Thema verständlicherweise sehr viele interessiert, wie ich glaube.

Wenn man sich näher mit diesem Thema befaßt, sollte man nicht dabei stehenbleiben, Formalismus etc. zu kritisieren, sondern man müßte immer wieder darauf hinweisen, wie enorm gemeingefährlich (im wahrsten Sinne des Wortes) die BW ist.

2. Der Antisowjetismus (und der mit ihm liierte Revisonismus) sollte ständig bekämpft werden, weil er auch gegenwärtig wieder das Zentralstück des Antikommunismus abgibt. Sehr positiv finde ich die elan-Berichte über sowjetische Bildungseinrichtungen etc. Die vorgefundene elan-Argumentations- und Ausdrucksweise sollte beibehalten werden, weil sie in der Tat gut und wirksam ist.

3. Für das Blatt ist wichtig, daß „gemeinsame Nenner“ bestehen bleiben bzw. ausgebaut werden (Rock & Pop, Film, Sport und andere Gebiete, die viele interessieren, dürfen keinesfalls vernachlässigt werden). Auch soll elan dabeibleiben, Bücher des sozialistischen Lagers zu besprechen und anzubieten.

4. Ungeschicklichkeiten, die hin und wieder passieren, sollten weitgehend vermieden werden (z. B. in Nr. 3/74, S. 36/37 die Farbkombination, die das Lesen erschwert).

G. Schmidt, Fulda.

Es wäre gut, wenn ihr etwas mehr über internationale Zusammenschlüsse der Jugend und Studenten berichten würdet. Zum Beispiel über den Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ).

Jutta Hüffelmann, Krefeld.

Vielleicht wäre es möglich, dem Ästhetik-Empfinden einiger werter Mitarbeiter des elan einige Abstriche aufzuerlegen und in Zukunft

weniger mit violett gehaltenen Seiten und schwarzem Aufdruck (Text) farbpsychologische Studien zu treiben. **Erwin Neudecker, Nürnberg.**

Meine Kritikpunkte sind folgende:

Warum sind die Titelbilder so unterschiedlich? Ausgezeichnet waren sie im September (Angela Davis) und Oktober 1973 (Allende): mit dem Titelbild wird ein Artikel in elan gut verbunden (Beispiel Festival, Solidarität mit Chile).

Nun zum Inhalt. Unbestritten sind wohl die Artikel, die von Aktionen der Arbeiterjugend, wie Roter Kuckuck, oder Streiks, Demonstrationen usw. berichten. Hier sieht jeder Lehrling und Jungarbeiter, daß elan die einzigste Jugendzeitung ist, die sich wirklich mit seinen Problemen in der Berufsausbildung und der Freizeit beschäftigt. Darum sollten diesen Artikeln, sowie Berichten über andere Jugendverbände, und über Beschlüsse der Gewerkschaftsjugend breiter Raum eingeräumt werden.

Nur frage ich mich manchmal, was sollen Artikel wie der über die WM 74. Wenn man sportbegeisterte Jugendliche für die elan gewinnen will, wird es so kaum Erfolg haben. Denn diese Jugendlichen kaufen sich den Kicker oder eine andere Sportzeitschrift.

Ein weitere Kritikpunkt sind die Kurzgeschichten. Warum besinnt man sich nicht mal auf sozialistische oder humanistische Schriftsteller wie Hermann Kant, Erich Weinert, E. E. Kisch, Wallraff, Bredel, ..., die doch auch genug Kurzgeschichten geschrieben haben.

Ich hoffe, hiermit einige Anregungen gegeben zu haben, wie man die elan noch es-

ser gestalten kann, nicht damit wir eine Zeitung für die Funktionäre der SDAJ erhalten, sondern damit wir die elan noch mehr unter der Arbeiterjugend verbreiten können.

Holger Schultze, Hamburg

Der Fragebogen hätte ausführlicher sein können. Außerdem wird leider deutlich, daß noch immer die Problematik der Schüler vernachlässigt wird.

Momentan gibt es ca. 7 Millionen Schüler. Also würde ich Euch vorschlagen, z. B. über die Arbeit des MSB Düsseldorf, des SSB-Bremen ... öfter und konzentrierter zu berichten.

Ansonsten darf man Euch das fortschrittlichste und anspruchsvollste Jugendmagazin, das ich kenne, gratulieren.

Hermann Siegert, Hamburg.

Ich finde die Witze in der elan zum größten Teil „saublöd“. Für ein fortschrittliches Magazin wie elan müßte es doch möglich sein, gute, schlagkräftige, einfache politische Witze und Karikaturen zu bringen... Ich halte die Aufmachung des elan zum Teil noch für unübersichtlich. Farbige Schrift auf farbigem Bildhintergrund irritiert und ist schlecht zu lesen. Diese Kritik kann natürlich meinem persönlichen Geschmack entspringen, war aber solidarisch gemeint.

Kel Schulte, z. Z. Boostedt.

Bringt ein bißchen mehr von Singgruppen, fortschrittlichen Rockbands und über Freizeitgestaltung. Über Arbeit in Jugendzentren und Eigeninitiativen für Jugendklubs könntet Ihr auch mehr berichten.

Die Sache mit der Fußball-

weltmeisterschaft finde ich furchtbar albern. Fußball ist genug im Fernsehen. Dann auch noch in der Zeitung, die sowieso nur einmal im Monat kommt?! So das wär's.

Ulrike Bernsdorff, Marburg.

Jugendzentrum Mettmann

Auf Seite 22 (März 1974) schreiben Sie u. a. „... Denn für die Stadt gibt es immer noch Möglichkeiten, „den Hahn zuzudrehen“: „Jede Briefmarke, jedes Blatt Papier, jede Schallplatte, die angeschafft werden soll, muß vom Rechnungsprüfungsamt genehmigt werden. Die Lieferung erfolgt auf Bezugsschein. Da hat die Stadt natürlich Möglichkeiten, uns trockenzulegen. Und darum muß jeder Jugendliche in Mettmann zu seinem Jugendzentrum stehen.“

Bei dieser Darstellung entsteht der Eindruck, ich hätte behauptet, das Rechnungsprüfungsamt in Mettmann habe oder wolle in Zukunft die Selbstverwaltung im JZ Mettmann trockenlegen. Vielmehr habe ich gesagt, daß durch die Kontrolle des RPA naturgemäß im JZ der Verwaltungsaufwand höher ist.

Es ist gesetzliche Pflicht des RPA, Ausgaben der Verwaltung daraufhin zu überprüfen, ob der Haushaltsplan eingehalten wurde und die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind.

**Dagmar Kies
4 Düsseldorf
Graf-Adolf-Straße 56**

Wo fehlt eine?

Bei uns alle Schreibmaschinen.
Riesenauswahl,
stets Sonderposten. - Kein Risiko, da Umtauschrecht -
Kleine Raten. Fordern Sie
Gratiskatalog 286X



NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. R. - M. Z. N.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

ES LEBE CHILE! ES LEBE DAS VOLK!

Die letzte Rede von Präsident Allende
im Original (mit Übersetzung)

Single-Schallplatten DM 4,10
Der Reinerlös kommt der Chile-Solidarität zugute.

Bestellungen an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
Abt. Schallplatten
46 Dortmund
Brüderweg 16

Übrigens: Beim Weltkreis-Verlag gibt es viele Platten mit Folklore und revolutionären Liedern aus aller Welt — auch aus Lateinamerika. Platten aus dem Weltkreis-Verlag gibt es in allen Collectiv-Buchhandlungen und in Schallplattenläden.

Gesamtverzeichnis anfordern!

Abonnenten haben's besser:

Ich bestelle ab _____
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens
ein Jahr, das Magazin für junge Leute
elan.
(Jahresabonnement 13 DM einschließ-
lich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

*Beisenden an:
Weltkreis-
Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16*



Hallelujah! 4 Fäuste für Nobody Plattfuß

Nun filmen sie also einzeln, die beiden sagenumwobenen, legendären Begründer der Spaghetti-Western-Welle. Wer kennt es nicht, dieses ungleiche Paar, den kleinen pffiffigen Komischen, der mit der Backpfeife schneller war als die anderen mit dem Colt, und den großen Vierkant mit Goldherz und Stahlfaust. Was bei diesem Einzelgängertum herauskommt, ist jedoch höchst fragwürdig. Bei den gigantischen, gürtelschnallensprengenden Freß-, Sauf- und Prügelorgien der Halleluja-Filme ging es ja zumindest noch originell zu.

Zwar war es auch hier schon schwierig, irgendeinen Sinn im Handeln der Akteure zu finden, aber man konnte immerhin noch unbekümmert lachen. Damit ist es nun auch vorbei, leider. Denn in den neuen Filmen „Nobody“ und „Plattfuß“ fehlt nicht nur der Sinn der Handlung. Überraschenderweise fehlt fast die Handlung selbst.

Im „Nobody“ spielt Altmeister Henry Fonda einen alternden Western-Star, der einen „rühmlichen“ Abgang aus seiner eigenen Legende sucht. Terence Hill, als junger Held des Westens, verhilft ihm dazu. Aber das ist ebensowenig wie die Menschen wichtig in diesem Streifen. Wichtig ist allein, wie schnell der Colt gezogen wird und wie genau getroffen wird. Der ganze Streifen dient als Vorbereitung für solche Schießsze-

nen, die zirkusartig und ohne Zusammenhang nebeneinandergestellt sind. Garniert ist das Ganze mit dümmlichen Sprüchen aus dem Munde des jungen Helden. Aber immerhin, der Film bringt Geld — für die Produzenten, für die Darsteller und für die Kinobesitzer.

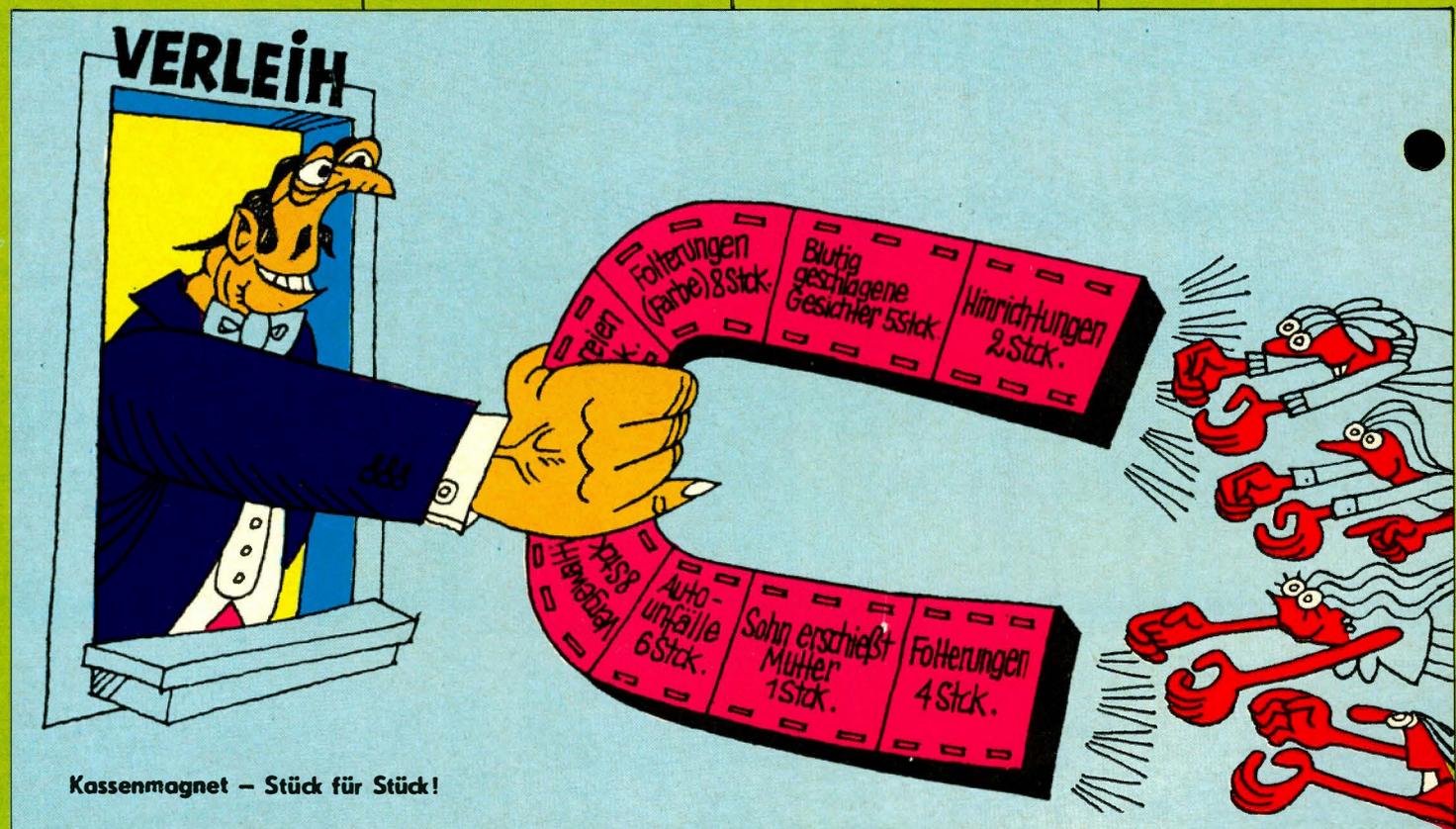
Nobodys Erfolg wird Pate gestanden haben bei dem in der Machart ähnlichen Streifen „Sie nannten ihn Plattfuß“. Auch in diesem Film sind abgegriffene Klischees nachlässig nebeneinanderkopiert. Es wirken mit: Mafia, dunkler Hafen, Zwei-Finger-Joe, Motorräder, eine Handvoll Nutzen, schnelle Wagen — auch der Polizeispitzel, der noch im Tode den Namen seines Mörders verrät, fehlt selbstverständlich nicht. Hauptperson ist Bud Spencer als Kommissar, der kühl und lässig gegen alle ankämpfen

muß. Daß er das Spiel gewinnt, weil seine Fäuste die gesamte Übermacht k.o. schlagen, gehört zum Klischee. Old Shatterhands Karikatur hat dabei nicht einmal Zeit, Freund Nobodys loses Maul zu entwickeln. Zu oft läßt er den Dampfhammer kreisen.

Aber machen wir uns nichts vor: auch in diesem Streifen ist die Handlung unwichtig. Man hat sogar den Eindruck, daß auch Bud Spencer unwichtig ist. Es kommt nur darauf an, wie oft Spencer zuschlägt, und wie weit seine jeweiligen Gegner durch die Luft fliegen.

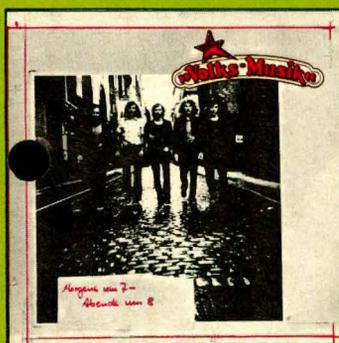
Mit diesen Einzelkämpferfilmen hat sich die Phantasie der Filmproduzenten wohl endgültig erschöpft. Die Spaghetti-Western-Welle hat jedenfalls ihren Höhepunkt überschritten.

Thomas Abels/Peter Lauf



Neue LP der VOLKSMUSIK erschienen

Morgens um sieben – abends um acht



Seit 1972 machen die fünf jungen Musiker aus Stuttgart Musik, Rock-Musik mit politischen Texten. Damals hatten sie sich den Namen „Hotzenplotz“ gegeben, mußten ihn aber nach einem gerichtlichen „Vergleich“, den der Thienemann-Verlag angestrebt hatte (Der Räuber Hotzenplotz ist dort als Buch erschienen) wieder ablegen.

Das hinderte nun die Volks-Musik nicht daran, weiter zu arbeiten, und, wie man heute sieht, nicht ohne beachtliche Erfolge. Zwei LPs und zwei Singles, beide im Eigenverlag erschienen, sind erste Erfolgsbeweise. Das alte Programm, Songs aus der Show, lief in über 100 Konzerten in der ganzen BRD. Die Erfahrungen und Diskussionen mit dem Publikum hatten natürlich einen Anteil am Entstehen des neuen Programms.

Auf der Platte „Morgens um sieben und abends um acht“ beschäftigen sich die Polit-Rocker mit dem Problem Arbeit und Freizeit. Sie stellen Untersuchungen an, analysieren Zusammenhänge, finden einiges heraus.

So steht am Anfang: „daß das zwei verschiedene Paar Stiefel sind, morgens um sieben und abends um acht“.



Denn morgens um sieben gehört man dem Boß, hat seine Zeit verkauft.

In eingehenden Rock- und Blues-Passagen schildert die Volks-Musik den Tagesablauf der Titel„helden“ Susanne und Rolf. Sie untersuchen die Möglichkeiten, Freizeit zu machen, die sinnvoll ist.

Musik und Texte der Gruppe sind aufeinander abgestimmt, nichts wirkt aufgesetzt, es paßt. Die Texte sind einfach gehalten, die Volks-Musik spricht junge Leute an, Lehrlinge und

Schüler. Das Plakat, das der Platte beiliegt, hat auf der Rückseite die Story aufgedruckt.

Alles in allem kann man sagen, daß morgens um sieben – abends um acht ein Fortschritt nicht nur für die Stuttgarter „Volks-Musik“ ist, sondern die Polit-Rock-Szene bereichert.

(Die Platte kann man zum Preis von 20 DM bestellen bei: Volks-Musik, 7 Stuttgart, Werastraße 8, oder beim Verlag „pläne“, 46 Dortmund, Ruhrallee 62)

Ingolf Riesberg

Tourneeplan der VOLKSMUSIK

- 1. 5. 1974 Mannheim
- 2. 5. 1974 Braunschweig
- 3. 5. 1974 Braunschweig
- 4. 5. 1974 Fulda
- 5. 5. 1974 Bonn
- 11. 5. 1974 Wangen/Allg.
- 18. 5. 1974 Weilderstadt
- 31. 5. 1974 Braunschweig
- 7. 6. 1974 Donauwörth
- 8. 6. 1974 Bamberg
- 14. 6. 1974 Wiesbaden
- 5. 7. 1974 Karlsruhe
- 6. 7. 1974 Geislingen

★ FILM ★ FERNSEHEN ★ BÜCHER ★

Inti Illimanyi

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee organisiert im Mai Großveranstaltungen der Chile-Solidarität, bei denen u. a. die Gruppe „Inti Illimanyi“ auftritt.

- 18. 5. München, Sternmarsch des Chile-Komitees
- 19. 5. Hannover, 4. Bundeskongress der SDAJ
- 20. 5. Hamburg, Audi-Max
- 21. 5. Bremen, Glocke
- 22. 5. Kiel, Audi-Max
- 24. 5. Köln, Mülheimer Stadthalle
- 26. 5. Münster, Audi-Max
- 27. 5. Marburg, Audi-Max
- 28. 5. Nürnberg, Meistersingerhalle
- 29. 5. Stuttgart, Gustav-Siegler-Haus
- 30. 5. Mainz, Elzer Hof
- 31. 5. Essen, Gruga-Halle „Victor-Jarra-Festival“
- 1. 6. Bottrop, Kinderfest
- 1. 6. Recklinghausen, ran-fete

ELAN—BÖRSE

Bulgarien 74

Der Bulgarische Rundfunk veranstaltet bis zum 20. Mai 1974 für die Freunde Bulgariens, sowie für alle Interessenten eine Umfrage unter dem Motto „BULGARIEN 74“.

Themenkreis:

„Wann und aus welchem Anlaß haben Sie zum erstenmal von Bulgarien gehört? Was wissen Sie über Vergangenheit und Gegenwart unseres Landes? Welches Gebiet aus dem Leben des bulgarischen Volkes beeindruckt und interessiert Sie besonders? Welches ist Ihrer Meinung nach der Platz und die Rolle Bulgariens im internationalen Leben? Wie sind Ihres Erachtens die Perspektiven für die Entwicklung unseres Landes?“

Die Wahl des konkreten Themas überlassen wir den Teilnehmern. Die besten Antworten werden wir mit Einverständnissen des Teilnehmers in unseren regelmäßigen Sendungen in deutscher Sprache von 21 bis 22 Uhr MEZ auf Kurzwellen im 31- und 49-Meter-Band verlesen.

Es werden verschiedene Preise ausgelost, wie z.B. kostenlose Besuche in Bulgarien, Gegenstände des bulgarischen Kunstgewerbes, Bücher bulgarischer Autoren in deutscher Übersetzung, Schallplatten u. a.

Einsendungen an:
Bulgarischer Rundfunk,
Deutsche Redaktion, Sofia,
Boulev. Dr. Zankov Nr. 4,
VR Bulgarien.

Termine Franz K.

- 1. 5. Herford
- 2. 5. Braunschweig
- 3. 5. Detmold
- 4. 5. Essen, PH
- 5. 5. Gladbeck
- 10. 5. Landshut
- 11. 5. Würzburg
- 16. 5. Münster, Uni
- 18. 5. Minden, HdJ
- 24. 5. Stuttgart
- 25. 5. Reichenbach

Kinderwettbewerb

Das Kulturhaus der Stadt Bydgoszcz (VR Polen) ruft auf zum Kinderwettbewerb Grafik, Malerei und Scherenschnitt. Teilnehmen können alle im Alter von 5 bis 13 Jahren. Das Thema der Arbeiten soll mit Polen in Verbindung stehen. Größe: maximal 50x70 cm. Auf der Rückseite Name, Alter und Anschrift angeben. Wertvolle Preise sind ausgesetzt. Jede Teilnehmer erhält eine Erinnerungsplakette. Einsenden bis 31. Mai an Dom Kultury, 85-023 Bydgoszcz, ul. Torunska 30, VR Polen.

Arbeiter-Literatur

Eine „Anthologie Deutscher Arbeiter-Literatur der Gegenwart“ hat Michael Tonfeld herausgegeben. Preis 10 DM, Gewerkschaftsmitglied erhalten 25 Prozent Rabatt. Bestellungen an: „Der Kreis“, c/o M. Tonfeld, 89 Augsburg, Postfach 112144.

Lieder für Chile

Die Marburger Songgruppe (355 Marburg, Hofstatt 18) hat ein hervorragendes Liederheft mit Texten und Noten herausgegeben. Der Inhalt ist in drei Teilen gegliedert: Chile, BRD-Songs, Internationale Solidarität.

„Kurve links“

Die Göttinger Songgruppe „Kurve links“ hat eine Broschüre mit ihren Liedern und Texten herausgegeben. Für 1,50 DM (in Briefmarken) zu beziehen bei:
Monika Meinshausen, 34 Göttingen, Geismarlandstr. 48.

Songfestival Ostern 73

Ein Live-Mitschnitt vom Songfestival, Ludwigschafen, ist im Pläne-Verlag, 46 Dortmund, Ruhrallee 62 erschienen. Preis der LP: 22 DM (mit Textbeilage).

Bücher aus dem sozialistischen Jugendverlag

Die X. Weltfestspiele in Berlin
mit vielen Fotos; lieferbar: Mai
1974, Preis 14,80 DM

Jack London:
Menschen im Abgrund
Der Roman spielt in den Londoner
Slums.
Bisher unveröffentlichtes Manu-
skript! Lieferbar: September
1974; Preis 8 DM

Bogdan Rutha:
Mission um Mitternacht. Spannend
erzählter Roman. Hintergrund:
Spanischer Bürgerkrieg/Vorberei-
tung des 2. Weltkriegs. Bericht eines
Kuriers von der Schweiz nach Barce-
lona. Lieferbar: Mai 1971; Preis
8,50 DM

Sergio Villegas:
Das Stadlon. Augenzeugen über den
Terror der Junta in Chile.
160 Seiten, 4,70 DM

E. R. Greulich:
Keiner wird als Held geboren. Ein
Lebensbild aus dem deutschen Wi-
derstand.
456 S., 9,80 DM

**Geschichte der deutschen Arbeiter-
Jugendbewegung** – 1904 bis 1945.
Mit Fotos, 192 S., Leinen 10,80 DM

W. Schwetmann/U. Sander:
Jugend und Klassenkampf oder
Antikapitalistische Jugendarbeit
heute. 268 S., 7,60 DM

H. Reichel:
**Wie macht man Kriege? Wie macht
man Frieden?** 328 S., 12,60 DM

Karl Liebkecht:
Rekrutenabschied
Militarismus und Antimilitarismus;
240 S., 5,80 DM

Kleine Rote Reihe 1 – **Vorwärts und
nicht vergessen!**
Lieder der Arbeiterbewegung. Mit
Noten! 1 DM

Kleine Rote Reihe 3 – **Trotz alle-
dem! Liebkecht-Luxemburg-Report**
1 DM

Kleine Rote Reihe 6 – W. Schwett-
mann: **Lenin und die Jugendbewe-
gung heute.** Zur Entwicklung der
marxistischen Jugendpolitik. 1 DM

Kleine Rote Reihe 12 – **Zu Gast bei
Freunden.** Geschichten und Gedich-
te um die Verträge von Moskau und
Warschau mit Leben zu erfüllen.
104 Seiten, 3 DM

Kleine Rote Reihe 13 – **Nguyen van
Trol. Das Leben eines vietnamesi-
schen Revolutionärs.** 104 Seiten,
3 DM

Kleine Rote Reihe 14 – **Drushba –
Freundschaft.**
So lebt die Jugend in der UdSSR.
50 Seiten, 2 DM

Kleine Rote Reihe 15 – **Die Welt-
festspiele gestern und heute.**
Eine Chronik von den I. Weltfestspie-
len in Prag 1947 bis zu den X. Welt-
festspielen in Berlin. 68 Seiten, 2 DM

Kleine Rote Reihe 17 – **Berufsaus-
bildung – Misere eines Systems.**
124 Seiten, 3 DM

Kleine Rote Reihe 18 – Christiane
Knauf/Frederik Vahle:
Die Maultrommel
Kinderlieder-Arbeitsheft. Mit Noten.
184 Seiten, 5 DM

Kleine Rote Reihe 19 – **Mit den
Kommunisten für die Rechte der
Jugend.** Arbeiterjugendkonferenz der
DKP, 160 Seiten, 3 DM

Kleine Rote Reihe 20 – **Jugend und
Freizeit.** Aktionskonferenz von SDAJ
und elan. Referate und Diskussions-
ergebnisse. Ca. 80 S., 3 DM

Eberhard Panitz:
Der Weg zum Rio Grande
Ein biografischer Bericht über Ta-
mara Bunke. Mit Fotos, 192 S., Lei-
nen, 5,40 DM

Werner Lehmann:
Schwarze Rose aus Alabama
Ein Buch über Angela Davis. Mit 22
Fotos, 192 S., broschiert, 2,80 DM

Nikolai Ostrowski:
Wie der Stahl gehärtet wurde
Roman, illustriert, 448 S., Leinen,
6 DM

Georgi Dimitroff:
Arbeiterklasse gegen Faschismus
114 S., 3,50 DM

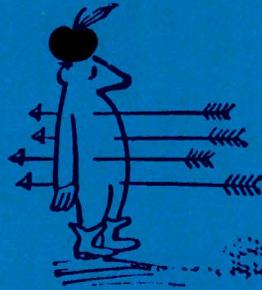
Peter Schütt:
Vietnam – 30 Tage danach!
Eine Reportage
168 S., 8,60 DM

**Israels Verflechtung mit dem
Imperialismus**
48 S., 2 DM

**Intersongs, Festival des politischen
Liedes.** Mit Fotos, Liedertexten mit
Noten, Leinen, 390 S., 9,50 DM



Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 02 31 / 57 20 10



„Und Sie werden sehen,
eines Tages setzt sich so
etwas durch!“



„Ist der Gegner erst mal verunsichert, schießt er schlecht.“



„Das ist nur Training, denn wie leicht kann
einem mal jemand auf die Zehen treten!“

